Heft 9 September 1992 6,80 DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Honecker wieder in Moabit
- Sarajevo: Aktion Kinderklau
- USA: Aufrüstung gegen die Deutschen
- Theorie: Die Aktualität Horkheimers
- Scharang: Über das Geschwätz von der Identität

in konkret September 1992

Von Konkret

an konkret

Immer höflich

Honecker in Jerusalem ? von Hermann L. Gremliza

Rekonstruktion des nationalen Subjekts von Georg Fülberth

Während die Durchsetzung der Auslieferung Erich Honeckers demonstrieren soll, daß das wiedervereinigte Deutschland seinen Willen auch gegen internationale Widerstände bekommt, geht es im Prozeß gegen den ehemaligen Staatsratsvorsitzenden darum, die DDR rückstandslos aus der Geschichte zu tilgen

Hoch der Verrat von Hermann L. Gremliza

Kurze Geschichte der sozialistischen Erneuerung im August 1992, dargestellt an einer Kolumne für das »Neue Deutschland«, einer freiheitlich-faschistischen Abmahnung in der »Welt« und einer Unterwerfungserklärung des »Neuen Deutschland« für die Kaderakte des alten

Nicht unbedingt pedantisch von Gerhard Strate

Um die Verurteilung Erich Honeckers sicherzustellen, greifen die Justizbehörden auch zu ungewöhnlichen Mitteln. So gründet sich die Anklage wegen des Wandlitzer Wohllebens der DDR-Führung auf ein Gesetz,das das Bundesverfassungsgericht einst für »mit der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland unvereinbar« erklärte. Doch auch strafrechtliche Regelungen der BRD zählen wenig in dem Verfahren gegen den Ex-Staatsratsvorsitzenden

Das ist Wahnsinn da draußen von Wolfgang Pohrt

»In der Zelle kann Honecker sich fragen, ob er recht daran tat, im Herbst 1987 durch die BRD zu tingeln und dort der gleichen Bourgeoisie zuzuprosten, die Auschwitz, zwei Weltkriege und zahllose Genossen auf dem Kerbholz hat.« Über das Versagen der Kommunisten und den weltweiten Sieg des Bandenwesens

»Artmäßig Germanen« von Heiner Möller

Die Aktion Kinderklau, in deren Verlauf zwei deutsche Landtagsabgeordnete 42 Kinder aus Sarajevo schaffen ließen, weckt Erinnerungen an die Politik der deutschen Besatzer Jugoslawiens während des 2. Weltkriegs

»Jeder ist uns der Nächste« VIII von Archiv für Sozialpolitik

Achter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

»Ein Teil im Gesamten« von Oliver Tolmein

In einem umfangreichen Text, der KONKRET zugegangen ist, setzt sich die RAF mit der Kritik an ihren letzten beiden Erklärungen auseinander, reflektiert die Motive, die ihren Anschlägen seit 1984 zugrunde lagen und präzisiert die politischen Vorstellungen, die die Aktivitäten der Gruppe zukünftig prägen sollen

»The new global enemy« von Matthias Küntzel

Ein Geheimpapier des amerikanischen Verteidigungsministeriums beschreibt, gegen welche Mächte die Rüstung der USA nach dem Ende des Kalten Krieges gerichtet ist: vor allem gegen ein zukünftig womöglich nuklear bewaffnetes Deutschland

Fluchtachterl von Erwin Riess

Die österreichische Linke, bestätigt in ihrem Mißtrauen gegen die Wirklichkeit und ihrem distanzierten Verhältnis zur Geschichte, hat sich wichtigen neuen Aufgaben

zugewendet. Einige verteidigen die kapitalistische Vernunft gegen nicht mehr vorhandene Bolschewisten, andere die österreichische Eigenständigkeit gegen die kapitalistische Vernunft

1 Million Kommunisten von Boris Gröndahl
Ein Bericht über die Aktivitäten linker studentischer Gruppen in der oberhessischen Provinz

Mickey und die Popen von Oliver Tolmein
Begegnungen mit einem Monarchisten, »Euthanasie«-Diskutanten und Heidegger-Anhängern auf einer Reise durchs neue Rußland

Abgrenzungswahn und Mordgier von Michael Scharang
Über das Geschwätz von der Identität

Stumpfe Waffe der Kritik? von Gerhard Bolte
»Seit die Neue Linke rückstandslos in den Poren der Gesellschaft versickert ist, wird die kritische Theorie immer mehr zu einem skurrilen Museumsstück, das jedenfalls mehr zu eitlen Klügeleien als zur tätigen Auseinandersetzung mit der Realität der Klassengesellschaft anstachelt.« Ein Beitrag zur ungebrochenen Aktualität der kritischen Theorie Max Horkheimers

Wann begann das Grauen? von Ingrid Strobl
In einem Dreieinhalbstundenfilm nebst Begleitbuch hat die Filmemacherin Helke Sander ein bislang tabuisiertes Thema zur Sprache gebracht: die Massenvergewaltigung deutscher Frauen durch Rotarmisten 1945. Die Art, in der sie dies tat, ist ein weiteres Beispiel für den atemberaubenden Revisionismus, der hierzulande den Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus und seinen Folgen bestimmt

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Ship of Fools von Jens Hoffmann
Erinnerung an den 1981 verstorbenen Schriftsteller Nelson Algren, »dem es gelungen ist, zu beschreiben, wie jene ausdruckslosen Gesichter zustandegekommen sind, die man in den Städten sehen kann«

Mit Gott und den Faschisten II von Karlheinz Deschner

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 09/92, S. 4

Von Konkret

KONKRET ist ein umfangreicher Text der RAF zugegangen, in dem sie sich mit der Kritik an ihren letzten beiden Erklärungen auseinandersetzt, die Motive reflektiert, die ihren Anschlägen seit 1984 zugrunde lagen und die politischen Vorstellungen präzisiert, die die Aktivitäten der Gruppe in Zukunft prägen sollen. Der Text, den Oliver Tolmein in diesem Heft referiert (»Ein Teil im Gesamten«, S. 28/29), wird von KONKRET als Sonderdruck vollständig veröffentlicht und ist zum Preis von 2 Mark in allen Buchhandlungen erhältlich, in denen KONKRET verkauft wird. Gegen Einsendung von 4 Mark in Briefmarken kann er auch direkt bei der Redaktion bezogen werden: KONKRET, Postfach 20 33 63, 2000 Hamburg 20.

Wladimir Schirenowski, Führer der liberaldemokratischen Partei Rußlands und Hoffnungsträger für viele junge Russen, wie sich in Oliver Tolmeins Reportage in diesem Heft nachlesen läßt (»Mickey und die Popen«, S. 38-41), hat einen Verbündeten in Deutschland. Auf einer Veranstaltung im thüringischen Mühlhausen versicherte er 500 Volksgenossen, die Rückgabe der Ostgebiete an Deutschland sei nur noch eine Frage der Zeit. Dafür versprach ihm Gerhard Frey Unterstützung bei der Errichtung eines großrussischen Reiches. Einig waren sich die beiden Politiker zur Begeisterung ihrer Anhänger in der Ablehnung von Krediten an Israel, das eine »mörderische Politik gegenüber den Palästinensern« betreibe, und in ihrer Aversion gegen die USA, die »uns Deutschen, die wir immer human waren«, angesichts von »neunzig Millionen ermordeten Indianern und vielen Millionen getöteten Negersklaven« gar nichts zu sagen hätten. »Deutsche und Russen – Feinde für immer?« war die Veranstaltung betitelt. Natürlich nicht, »denn immer wenn unsere Völker zusammengestanden haben, ging es uns allen gut«.

Ein Nachtrag zu Gremlizas Kolumne im »Neuen Deutschland« und ihren Folgen (Seite 13-15): In der »Weltbühne« schreibt ein Mathias Wedel unter dem Titel »Auf einmal ist er wieder der Erich« einen bemüht hämischen Beitrag über Honeckers Einlieferung nach Moabit. Am Schluß kommt auch »ein Kolumnist des ND« vor, der »gar schon einen Dimitroff auferstehen sieht. Zu fürchten ist, daß Honecker sich selber so sieht.« Daß Wedel den Namen des Kolumnisten nicht nennt, hat einen guten Grund, denn einige Sätze zuvor dichtet er munter drauflos: »Just in den Tagen, als Kohl seine Kollegen für zwanzig Millionen zum Umtrunk nach München einlud..., rechnet die Staatsanwaltschaft Honecker das Dosenbier vor, das er für Krenz und Schabowski nach Wandlitz schleppen ließ«, und die Nennung des Autors hätte Leser der »Weltbühne« bloß daran erinnern können, was sie von Gremliza ein paar Tage zuvor im »ND« gelesen hatten: »Der Premier eines Staates, der einer ist, darf für 20 Millionen Mark ein paar Kollegen zum Umtrunk einladen; der Staatsratsvorsitzende eines Staates, der keiner ist, kommt wegen Veruntreuung in Haft, wenn er für die Mitglieder seiner Regierung Dosenbier einkauft.« Frage an die Treuhandanstalt: Gilt bei geistigem Eigentum auch Rückgabe vor Entschädigung?

Zwei Neuerscheinungen geben Auskunft darüber, wieweit die Deutschen nur anderthalb Jahre nach ihrer Wiedervereinigung bereits wieder sind: Wie sie mit den Trümmern der Berliner Mauer nur die Konturen jener Geschichte nachstellten, die sie doch darunter begraben wollten, ist Thema des Buches »Tanz der Derwische. Vom Umgang mit der Vergangenheit im wiedervereinigten Deutschland«, in dem KONKRET-Redakteur Wolfgang Schneider – überarbeitete und ergänzte – Beiträge zusammengestellt hat, die zwischen Oktober ‘89 und Juni ‘92 in KONKRET erschienen waren. Der Band ist im Zu Klampen Verlag (Lüneburg) erschienen, hat 197 Seiten und kostet 24 Mark.

Ebenfalls in KONKRET sind die meisten der Beiträge erschienen, die Wolfgang Pohrt in seinem Buch »Das Jahr danach. Ein Bericht über die Vorkriegszeit« zusammengestellt hat. Darin untersucht er die drei entscheidenden Ereignisse, die für die Konstitution des Massenbewußtseins im Jahr nach der Wiedervereinigung in Deutschland wesentlich waren: Golfkrieg, Ausländerverfolgung und Serbienfeldzug.

Der Band ist in der Edition Tiamat (Berlin) erschienen, hat 351 Seiten und kostet 34 Mark.

Konkret 09/92, S. 6

an konkret

Immer höflich

KONKRET über Jugoslawien

Früher hatten Sie versucht die Bader Meinhof Banditen zu Freiheitskämpfern hochzustilisieren und jetzt versuchen Sie die Verbrechen der Serben als Befreiung hinzustellen. Ich war 3 1/2 Jahre bei der Wehrmacht in Frankreich eingesetzt. Ich habe nie derartige Verbrechen an Kindern und Frauen erlebt. Die deutsche Wehrmacht ist gegenüber diesen Tschetnik-Banden eine ehrenwerte Vereinigung. Wir haben die Zivilbevölkerung immer höflich behandelt.

Ich war öfters in Jugoslawien in Ferien und habe dort einen guten Kontakt zu den Menschen gehabt. In der Hoffnung auf baldige Beendigung dieses furchtbaren Krieges verbleibe ich Ihr

Werner Mayerlen

Tübingen

Jederzeit einsatzbereit

KONKRET 8/92: Tomayers ehrliches Tagebuch

Lieber Tomayer,

wo Du recht hast, hast Du recht, und auch wir möchten gerne einen Zustand herbeiführen, dessen Nichthergestelltsein Du so schmerzlich vermißt: nämlich daß der »Anachronistische Zug« mit seinen 41 Lkws, Luxuslimousinen und Motorrädern, von seinen 200 Darstellern ganz abgesehen, jederzeit einsatzbereit ist und zum Beispiel Mirnixdirnix auf dem Weltwirtschaftsgipfel auffahren und der berechtigten Kritik Oliver Tolmeins, die Gipfelgegner hätten vergessen, den eigenen Imperialismus anzugreifen, ein wenig den Wind aus den Segeln nehmen könnte. Darüber diskutieren wir je gerade mit diesem und jenem und jetzt auch mit Dir: daß das unter anderem eine Stange Geld kostet und das Geld aufgebracht werden muß.

Wo Du aber nicht recht hast, fällst Du auch gleich sowas von auf die Nase. Daß der »Anachronistische Zug« da war auf der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel, und zwar in Gestalt seines ostlandreitenden Generals, auf einem Wagen mit dem Transparent des Januar-Kongresses an der Humboldt-Universität zu Berlin »Wohin fährt der Anachronistische Zug?«, daß eben jener General in bekannter bayerischer Art festgenommen, aber nur wenig gewürgt, der Wagen dafür aber demoliert wurde von der WWG-schützenden Polizei – ja das alles hättest Du sehen können auf der Demonstration, wenn Du nicht – anders als wir – ein bißchen Theaterferien gemacht hättest und dann gezwungen gewesen wärst, alles das für nichtvorhanden zu erklären, was Du in der Tagesschau nicht hast sehen dürfen.

So, zur Strafe schreibst Du jetzt zweimal unsere Spendenkontonummer: einmal auf den beiliegenden Überweisungsträger und dann in Dein ehrliches Tagebuch, und wenn Du **das** dann in der nächsten KONKRET veröffentlichst, sind wir Dir wieder gut. Versprochen!

Konto Angela Kammrad, Postgiroamt München, BLZ 700 100 80, Kto.-Nr. 150293-800

Für das Büro Anachronistischer Zug

Stefan Eggerdinger

Pressesprecher

Fälschung

KONKRET 7/92: An Konkret

Daß der Schreiber oder die Schreiberin eines derart dämlichen Leserbriefs wie des in Heft 7/92 unter meinem Namen abgedruckten anonym bleiben wollte, kann ich gut verstehen. Ich bedaure nur, daß die Anonymität ihn oder sie auch davor schützt, für die Frechheit, mit meinem Namen zu unterschreiben, eins in die Fresse zu kriegen.

Ulrich Bröckling

Freiburg

Weder Gysi noch Brie

Am 1. August erschien in der PDS-Zeitung »Neues Deutschland« ein Gastkommentar von Hermann L. Gremliza über den Fall Honecker. Drei Tage später distanzierte sich »ND«-Redakteur Christoph Seils, der diesen Kommentar bestellt hatte, von dessen Inhalt. Beide Texte werden in diesem Heft dokumentiert und kommentiert (»Hoch der Verrat«, S. 13 ff.). Die vier Leserbriefe, die vom »ND« zu Gremlizas Kommentar und Seils Distanzierung abgedruckt wurden, sowie ein nicht veröffentlichter folgen an dieser Stelle.-Red.-Die Kolumne in der Ausgabe vom vergangenen Wochenende kann nicht unwidersprochen hingenommen werden, deshalb folgende Meinungsäußerung dazu: Hermann L. Gremliza hat sich mit seiner Kolumne im »ND« vom 1.8.92 zum Vorsitzenden des Komitees »Freiheit für E.H.« qualifiziert. Dafür mußte ihm der Platz auf Seite 1 eingeräumt werden. Der Autor hat das »ND«, das alte, von E.H. redigierte, gut studiert, die Diktion ist erkennbar. Bemerkenswert zwei Fakten: Kein Wort über das historische Versagen Honeckers. Und der Vergleich mit Dimitroff! Welch ein Maßstab! Gremliza bleibt in der von Honecker fortgeführten kommunistischen Tradition: Egal welche Verfehlungen – im Kampf gegen den Klassenfeind hat man immer recht.

Siefried Schröder

1120 Berlin

Es trifft keineswegs zu, daß die westdeutsche Linke Erich Honecker zum Märtyrer hochstilisieren will. Es geht es doch, wie Gremliza treffend formulierte, darum, die DDR und weitergehend die sozialistische Idee zu kriminalisieren. Das Verhalten der Berliner Justiz ist nicht dazu angetan, die Vorwürfe, es handele sich hier um die Justiz eines Besatzungsregimes, zu entkräften.

Wenn wirklich der Haftbefehl gegen E.H. wegen des Verdachts auf Totschlag aus gesundheitlichen Gründen aufgehoben worden wäre, dürfte man ihn trotzdem nicht freilassen, weil ja doch noch der Haftbefehl »wegen des Verdachts von unlauterem Erwerb von Dosenbier für seine Mannschaft« (Gremliza) besteht. Zu letzterem Vorwurf würde ich gern mal eine Stellungnahme des Bundeskanzlers und der Bundestagspräsidentin hören.

Werner Ratzke

8014 Kerpen-Sindorf

In seiner Philippika gegen die »linken« Keulenschwinger um Hermann Gremliza behauptet Christoph Seils, 1989 sei das DDR-Regime zunächst nicht von der westdeutschen Bourgeoisie besiegt, sondern von der eigenen Bevölkerung hinweggefegt worden. Ist Herr Seils dermaßen naiv oder tut er nur so, daß er den vierzig Jahre währenden Anteil des westdeutschen Regimes an der Beseitigung der DDR übersieht? Statt des linken Auges das rechte zuzukneifen, macht auch Einäugigkeit.

Gerd Nagel

1020 Berlin

Als ich den Artikel von Gremliza las, war ich stolz auf das »ND« und freute mich darüber, daß sich diese Zeitung dem Wolfsgeheul der professionellen DDR-Kriminalisierer und Honecker-Jäger so würdig und tapfer entgegenstellte. Freunde, die ich anrief, stimmten dem zu, meinten aber, es sei beschämend, daß der Autor dieses menschlich und politisch sauberen Artikels weder Gysi noch Brie heiße. Während die PDS einmal mehr »Kaninchen im Rübenfeld« spiele, zeige ihr der KONKRET-Mann Gremliza, daß man Solidarität auch einem von der deutschen Reaktion verfolgten Antifaschisten erweisen müsse, dessen politischen Stil man zu seinen Machtzeiten abgelehnt habe. Als ich nur drei Tage später dann in derselben Zeitung das Produkt des Herrn Seils las, schämte ich mich für das »ND«. Beiträge dieses Schlages werden unsere sozialistische Tageszeitung von der überwältigenden Mehrheit der ihr noch treuen Leser trennen. Ich war nie ein Honecker-Fan, aber der Prozeß gegen den ersten Mann der DDR soll uns alle in den Schmutz ziehen. Deshalb sage ich wie meine Freunde: Kohls und Limbachs Schauprozeß darf nicht stattfinden!

Ulrike Bäumler

1195 Berlin

Daß bei der »Abschiebung« nach Berlin »völkerrechtlich verbindliche Menschenrechtskonventionen mit Füßen getreten« wurden und daß dabei Gewalt angewendet wurde, steht inzwischen außer Zweifel. Was soll angesichts solcher Rechtsbrüche die ständig heruntergeleierte Beteuerung einer Jutta Limbach, Honecker habe ein »faires und rechtsstaatliches Verfahren« zu erwarten? Allein die Tatsache, daß ein solcher Schauprozeß, gegen den hoffentlich noch rechtzeitig die entsprechenden Rechtsmittel eingelegt werden, überhaupt vorbereitet wird, ist ein Rechtsbruch, denn das

ehemalige Oberhaupt eines einst souveränen Staates kann juristisch gar nicht von der Justiz eines anderen Staates belangt werden. Dazu fehlt nicht nur jede juristische, sondern auch jegliche sachliche Grundlage.

Da wundert es nicht, daß der Urteilsspruch der Nazi-Gerichte von 1937 gegen Erich Honecker derselbe ist wie 1992: »Ein unbelehrbarer Kommunist«.

Unvorstellbar, daß dieser mutige und aufrechte Kämpfer gegen den Faschismus nun wieder im Nazi-Terrorgefängnis Moabit inhaftiert ist! Das muß auch Gegnern Erich Honeckers zu denken geben.

Dr. Eva Ruppert

Bad Homburg

Konkret 09/92, S. 8

Hermann L. Gremliza

Honecker in Jerusalem ?

Deutschland bemüht sich um die Bildung eines Internationalen Strafgerichtshofes. Die Kompetenz des Gerichts sollte die Tatbestände des geplanten »Kodexes der Verbrechen gegen die Menschheit« umfassen.
Aus »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Die Grundsätze der Nürnberger Anklage sind: Politik ist kriminalisierbar; es kann geboten sein, sich in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzumischen... Nürnberg ist ein Präzedenzfall gewesen, aber er hat keine Anwendung gefunden. Die politischen Ursachen dafür zu benennen, ist sehr einfach. Man sollte sie aber nicht mit Gründen verwechseln, denen beizustimmen wäre... (Nürnberg war ein) Versuch, neue internationale Normen zu schaffen und institutionell abzusichern... Das Hamburger Institut für Sozialforschung wird... die Frage zur Debatte stellen, ob und wie internationale Normen zu schaffen und institutionell abzusichern sind, die Regierungskriminalität im Sinn der Prozesse aus der unmittelbaren Nachkriegszeit unter Strafe stellen können.
Jan Philipp Reemtsma in »Mittelweg 36«

Die Vorstellung einer Weltregierung, einer Weltpolizei und eines (weltlichen) Weltgerichts ist alt, älter als die Vereinten Nationen, älter als der Völkerbund. Zuletzt kam sie am Ende des Zweiten Weltkriegs auf, um sogleich zu verschwinden und erst 45 Jahre später wieder aufzutauchen: in der »Frankfurter Allgemeinen« sowie im besonderen bei ihrem Außenminister Kinkel, der sich von einem Internationalen Gerichtshof die Bestrafung »der Führung Serbiens und der Führer der serbischen Bevölkerung... für den Bruch des humanitären Völkerrechts« verspricht; und bei den neuen Zivilisationstheoretikern, die sich nach dem Debakel ihrer Hoffnungen auf eine politische Revolution des Proletariats in Osteuropa auf das »Konzept eines Weltbürgerrechts« geworfen haben. Beide Parteien ziehen an dem selben Strang. Ziehen sie am Ende am selben Ende?

Daß sie jetzt und gleichzeitig ziehen, hat die selben Gründe: Mit der Sowjetunion war, solange sie währte, eine Einigung über ein Weltbürgerrecht und ein Strafgericht, das zu Exekutionen ermächtigte, nicht möglich; es war aber auch nicht so sehr nötig, denn noch hatte man den Zustand nicht herbeigeführt, den der Generalsekretär der Vereinten Nationen in seiner »Agenda für den Frieden« betitelten Werbeschrift für eine Weltstreitmacht im Juni 1992 skizzieren mußte: »... brutale ethnische, religiöse, soziale, kulturelle... Auseinandersetzungen bedrohen den Zusammenhalt der Staaten..., die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (droht) weiter zuzunehmen..., neue rassistische Spannungen..., erdrückende Schuldenlasten..., immer größere Disparität von Arm und Reich. Armut, Krankheit, Hunger, Unterdrückung und Verzweiflung grassieren und haben in ihrem Zusammenspiel 17 Millionen Flüchtlinge, 20 Millionen Vertriebene hervorgebracht«; und noch war den Verdammten der Dritten und den Verarschten der Zweiten Welt nicht jener letzte Hoffnungsschimmer genommen, welcher die Verzweifelnden, die darum ja keineswegs die Guten sein müssen, vom Äußersten abhält.

An einem Schlimmen unter ihnen, Saddam Hussein, haben sie die neue Notwendigkeit entdeckt und exekutiert: Wer aufbegehrt gegen die Gesetze der Weltherrschenden, welche die herrschenden Gesetze sind, dem wird von einem Weltstrafgericht, das in Personalunion mit der Armee der USA (und demnächst auch der des Vierten Reichs) auftreten kann, kurzer Prozeß gemacht. Die den Krieg führten, kämpften für die »neue Weltordnung«, nämlich für »unser Öl« und das warnende Beispiel; die den Krieg billigten, nahmen ihn als Exempel ihrer »neuen Weltordnung«: des sittlichen Rechts der reichen Staaten, die sie wohl deshalb stets wie im Gebet »die zivilisierten« nennen, weil auf ihr Konto alle großen Verbrechen der Geschichte gehen, den ärmeren »neokolonialistische Auflagen zu machen« (Micha Brumlik). Daß auch die Gegner der einen wie der anderen »neuen Weltordnung« einen eigenen unabweisbaren Grund fanden, die Entwaffnung Saddam Husseins zu wünschen, hat das Publikum einige Zeit verwirrt.

Was das Weltstrafgericht betrifft, so besteht ein solcher Grund nicht, auch wenn der Bezug auf die Nürnberger Prozesse suggerieren will, es gehe irgendwie noch einmal um einen ideellen Beitrag auch zur Verteidigung Israels oder des Gedenkens an die Vernichtung der Juden, es gehe bei Noriega in Florida oder gar bei Honecker in Moabit um Eichmann in Jerusalem. Nürnberg war kein Präzedenzfall; nicht weil er keine Anwendung gefunden hat, sondern weil er nie mehr eine finden kann. Der Internationale Militärgerichtshof hatte seine Autorität nicht zuletzt aus der außerordentlichen Tatsache bezogen, daß sich die zwei in jeder anderen Frage wie Feuer und Wasser begegnenden Weltmächte USA und Sowjetunion, diese zugleich als Vertreterin von mehr als zwanzig Millionen ermordeter Sowjetbürger und jene zugleich als Sprecherin von sechs Millionen ermordeter Juden, in dieser einen Frage einig waren: daß sie die Pflicht hatten, die deutschen Verbrecher für ihre Verbrechen zu bestrafen; ein Strafgerichtshof, der auf einer Abrede zwischen Bush, Major, Kohl und

dem Beifall ihrer Zweit- und Drittwelt-Claque gründete, wäre das filzige Produkt eines Herrschaftsklüngels von Anfang an.

Der Internationale Militärgerichtshof war, zweitens, nicht nur dem Namen nach, sondern auch faktisch und theoretisch ein Militärgerichtshof. Die Nürnberger hängten keinen, den sie nicht hatten, sie hatten die Täter und hängten sie, weil diese einen Krieg angefangen und jene ihn gewonnen hatten. Deutlicher als der redundanten und deshalb stellenweise mißverständlichen Anklageschrift ist ihrer das Gesetz ersetzenden Grundlage, dem »Statut für den Internationalen Militärgerichtshof«, zu entnehmen, daß dieser solche Verbrechen und nur solche Verbrechen ahnden sollte, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung und der Führung eines Angriffskrieges begangen worden waren:

a) Verbrechen gegen den Frieden: Nämlich: Planen, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Abkommen oder Zusicherungen oder Beteiligung an einem gemeinsamen Plan oder an einer Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen; b) Kriegsverbrechen: Nämlich: Verletzung der Kriegsgesetze oder -gebräuche... c) Verbrechen gegen die Menschheit: Nämlich: Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung vor oder während des Krieges, Verfolgung aus politischen, rassischen, oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist.

(Hinweis für Quellenstudenten: In einer Fußnote hat der Gerichtshof auf Seite 12 des ersten Bandes der deutschen Ausgabe seiner Protokolle vermerkt, daß der im ursprünglichen englischen und französischen Exemplar zwischen den Worten »Krieges« und »Verfolgung« gesetzte Strichpunkt durch Protokoll vom 6.10.1945 durch ein Komma ersetzt wurde. Der Strichpunkt hätte das Mißverständnis erleichtert, der Gerichtshof solle alle unmenschlichen Handlungen verfolgen, ob sie in Verbindung mit der Vorbereitung und Führung eines Angriffskriegs gestanden haben oder oder nicht.)

Zuständig war der Gerichtshof nach Artikel 1 des Statuts für die »gerechte und schnelle Aburteilung der Hauptkriegsverbrecher«. Daß der Nürnberger Gerichtshof sich in die inneren Angelegenheiten eines Staates eingemischt hat, ist richtig. Aber es war der erste Grundsatz der Nürnberger Anklage, sich in die inneren Angelegenheiten nur jenes Staates einzumischen, dessen innere Angelegenheit es gewesen war, sich zuvor, durch Überfall und Besetzung, in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.

Ob Nürnberg dennoch ein Versuch war, »neue internationale Normen zu schaffen und institutionell abzusichern«, oder ob es nicht eine einmalige (und vielleicht als solche in einer fernen Zeit und Lage beispielhafte) moralische Anstrengung der Menschheit war, ihr zugefügte, nach Zahl und Art unerhörte Untaten an einigen der Täter vor aller Welt exemplarisch zu sühnen (»... bis die guten Geister der Menschenwelt aufleben zur Tat der Vergeltung«), muß ich nicht entscheiden. War Nürnberg der genannte Versuch, so ist er gescheitert. Schlimmer wäre, Nürnberg würde zum Präzedenzfall oder Paradigma oder wasauchimmer für die Normierung und institutionelle Absicherung von Strafaktionen degradiert wie jener vergangenen, bei der sich die USA die Ergreifung ihres lästig gewordenen Komplizen Noriega den Tod von 2.600 Panamesen kosten ließen, oder jener künftigen, bei der die Deutschen noch einmal zusammen mit ihren faschistischen Freunden aus Kroatien über die Serben herfallen wollen.

Politik ist kriminalisierbar, und Pilze sind eßbar, je nachdem. Auch dazu ist alles Nötige längst gesagt: »So wie ein gewisses Ausmaß an Gewalt, deren Herrschaft das Gesetz ja gerade ablöst, immer nötig bleibt, um die Existenz des Gesetzes zu sichern, so mag ein Staat, um seinen Bestand zu sichern, sich gezwungen sehen, Handlungen zu begehen, die gemeinhin als Verbrechen gelten, und zwar nicht nur im Kriegsfall und nicht nur in zwischenstaatlichen Verhältnissen. Solche verbrecherischen Staatsaktionen sind bekanntlich in der Geschichte auch zivilisierter Staaten häufig vorgekommen... Die Staatsraison beruft sich – je nachdem zu Recht oder zu Unrecht – auf die Notwendigkeit, und die in ihrem Namen begangenen Staatsverbrechen, die auch im Sinne des jeweils herrschenden Rechtssystems durchaus kriminell sind, gelten als Notmaßnahmen, die von realpolitischen Erwägungen erzwungen sind, als Zugeständnisse, um sich an der Macht zu halten und damit das bestehende Rechtssystem im ganzen zu sichern.« Diese Verbrechen, so Hannah Arendt weiter, blieben »gerichtsfrei«, weil »kein Staat dem anderen... vorschreiben kann, wie er seine Existenz bewahren soll« – es sei denn ein Staat habe »die völkerrechtliche Parität (par in parem non habet jurisdictionem) aus eigener Machtvollkommenheit gebrochen«, er habe sich, wie Hans Mommsen in seinem Vorwort zu »Eichmann in Jerusalem« schreibt, selbst »außerhalb der menschlichen Gesellschaft« gestellt. (Wäre das nicht die angemessene Übersetzung für *crimes against humanity*: Verbrechen gegen die menschliche Gesellschaft?)

Anlaß der aktuellen Diskussion aber ist nicht die Bestrafung politischer Verbrecher, die sich außerhalb der menschlichen Gesellschaft gestellt hätten, sondern die strafrechtliche Verfolgung politischer Verlierer. Ein Weltgericht, vor dem jemals der Präsident der USA oder der Außenminister der BRD angeklagt werden könnten, wird es nicht geben, sondern nur eines, zu dessen Richtern die beiden gehören können. Dennoch ließe sich mit Hannah Arendt meinen: »Auch der Richter, der einen Mörder verurteilt, kann noch sagen, wenn er nach Hause geht: And there, but for the grace of God, go I.« Die Anwendung des Gesetzes setzt nicht den gerechten Richter voraus. Kann aber deshalb eine minimale Rücksicht auf den

Sinn für Gerechtigkeit so negiert werden wie in dem vorstellbaren Fall, daß ein Angeklagter Castro, falls er das Napalm-Bombardement des zivilisierten Nachbarn überlebt haben sollte, von einem Weltstrafrichter Reagan gehängt wird? Ist es für die Interessenten an der Verfolgung real-sozialistischer Regierungskriminalität wirklich unerheblich, daß Erich Honecker, den die deutsche Regierung in ihre Gewalt gebracht hat, indem sie eine wohl feile Regierung ein ärztliches Gutachten fälschen ließ und einer anderen Regierung mit dem Entzug von Entwicklungshilfe drohen ließ, auf seinem Weg durch die institutionell abgesicherten Normen vor jener Kreatur des NS-Marinerichters Filbinger landen kann, die heute den Präsidenten des Verfassungsgerichts der BRD darstellt?

Die neun Zehntel der Erde, deren Hoffnungslosigkeit die Herren der neuen Weltordnung garantieren, werden viele Revolten sehen, auch viele häßliche. Die Herren des herrschenden Zehntels, das sich das zivilisierte nennt, werden die Aufstände niederschlagen und ihre Führer, je nach Opportunität, umbringen, laufenlassen, engagieren oder vor einen von ihren Kinkels eingesetzten und von ihren Herzogs betriebenen Internationalen Strafgerichtshof stellen. Und Leute, die daran nichts werden ändern können, werden durch ihre Anrufung des Paradigmas Nürnberg den imperialistischen Schauprozessen die antifaschistische Ehre gegeben haben.

Konkret 09/92, S. 10

Georg Fülberth

Rekonstruktion des nationalen Subjekts

Während die Durchsetzung der Auslieferung Erich Honeckers demonstrieren soll, daß das wiedervereinigte Deutschland seinen Willen auch gegen internationale Widerstände bekommt, geht es im Prozeß gegen den ehemaligen Staatsratsvorsitzenden darum, die DDR rückstandslos aus der Geschichte zu tilgen

Das größer gewordene Deutschland hat demonstriert, daß es imstande ist, international seinen Willen gegen das Widerstreben anderer durchzusetzen. Honecker ist nicht Noriega, aber er kann so behandelt werden. Was in Panama dem Vatikan nicht gelang (falls er es damals wollte): seine Botschaft gegen den Druck einer Hegemonialmacht immun zu halten, war in Moskau auch Chile auf Dauer nicht möglich. In der unmittelbaren Konfrontation mit der BRD hätte es sogar noch eine Chance gehabt. Als im Mai der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Büchler von der Regierung forderte, »wirtschaftlichen Druck auf Chile auszuüben, um die Auslieferung des ehemaligen SED-Chefs und DDR-Staatsratsvorsitzenden durchzusetzen« (»FAZ«, 19.5.), teilte ihm der Minister Spranger mit, daß er leider passen müsse: »Da Chile kein klassisches Entwicklungsland mehr ist, sondern als potentielles Schwellenland gilt, hat unsere Entwicklungszusammenarbeit eine Größenordnung, die für politischen Druck kaum ausreicht« (»FAZ«, 22.5.). Wichtiger war, daß »Boris Yeltsin, keen to obtain financial aid from Bonn, took a hard line on the refugee and said he must leave« (»The Guardian«, 30.7.). Der chilenische Präsident Aylwin erklärte schließlich resignierend, die politischen Kosten seien ihm zu hoch geworden: Er hatte es nicht nur mit Deutschland zu tun, sondern auch mit dessen Rausschmeißer.

Die BRD konnte zeigen, daß Rußland zu ihrem Informal Empire gehört. Diese Klarstellung ist allemal den juristischen Ärger wert, der noch kommen mag. Er wird aber geringer sein, als es das gegenwärtige Frömmeln über die Schwierigkeiten des Rechtsstaats nahelegt.

Gewiß: Der Justiz wird zugemutet, die Wahrnehmung des staatlichen Gewaltmonopols, auf das die BRD für ihren eigenen Gebrauch so großen Wert legt, im Fall der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Strafrecht zu belangen. Das Grenzregime der DDR war gesetzlich normiert. Sie konnte sich darauf berufen, daß sie damit auch internationalem Recht nicht widersprach. Sollte das alles jetzt nicht mehr gelten, müßten auch alle Abgeordneten der Volkskammer, welche einst das Grenzgesetz beschlossen, unter Anklage gestellt werden: eine närrische Idee.

Zweifellos wäre es reizvoll, zu untersuchen, wozu das staatliche Gewaltmonopol da und dort benutzt wird. Doch die Geschichte der DDR würde hierfür nicht die eindrucksvollsten Beispiele liefern. Dabei geht es nicht um einen Vergleich mit Hitler, Stalin, Pol Pot, Pinochet, sondern sozusagen um die Normalfälle, die auch in den klassischen Demokratien herb ausfallen können. Wenn auf Demonstrations-Transparenten Johnson (wegen seines Wirkens gegen Vietnam) und Bush (Golfkrieg) als Mörder bezeichnet wurden, dann handelte es sich ebenso um einen politischen Kampfbegriff wie beim »Mauermörder Honecker« der »Bild-Zeitung«. Der Unterschied besteht darin, daß nur im Fall des Staatsratsvorsitzenden, der, anders als die Präsidenten, seinen Gegnern in die Hände fiel, aus der Feinderklärung ein Rechtsakt gemacht werden soll.

Um die Schwierigkeit, welche hier entsteht, zu umgehen, ist eine zweite Anklageschrift nachgeschoben worden. Sie hat etwas mit »Veruntreuung« im Zusammenhang mit Wandlitz zu tun. Das ist ein Verbrechen von ähnlich großem Kaliber wie die Tatsache, daß Helmut Schmidt, als er Verteidigungsminister war, sich im Bundeswehrkrankenhaus behandeln ließ.

All das könnte man sich sparen, erfände man einfach neues Recht: Siegerrecht. Der ehemalige Verteidigungsminister Rupert Scholz nennt einen Präzedenzfall: Nürnberg. Hierauf will er allerdings nicht zurückgegriffen wissen – vor allem wohl deshalb, weil das Leid, das einst den Volksgenossen angetan wurde, nachträglich legitimiert würde, wenn die BRD zum gleichen Mittel griffe: »Ging es in Nürnberg um Siegerrecht, so geht es bei Honecker um die Durchsetzung des Rechtsstaates« (»Welt am Sonntag«, 2.8.1992).

Der allerdings bedient sich der Politischen Justiz, und dabei wird letztlich jede Lösung, ist der Zweck nur erreicht, auch ihre Befürworter finden. Wenn das Gericht sich durch eine hohe Strafe Honeckers blamiert oder durch ein mildes Urteil oder gar einen Freispruch das gesunde Volksempfinden gegen sich aufbringt, ist das eben in Kauf zu nehmen: In allen Fragen, die mit der Wiedervereinigung Deutschlands zu tun haben, gilt der Primat der Politik, und dabei ist das Bauchweh von Richtern (falls es das hier geben sollte; eher ist mit klammheimlicher Freude zu rechnen) ebenso belanglos wie 1990 das Barmen des damaligen Bundesbankpräsidenten, man möge ihm doch seine D-Mark nicht weich machen. Daß in dieser Situation ein Generalist Kanzler ist, der sich nicht um jeden Kleinkram von Juristen und Wirtschaftsleuten kümmern kann, ist nicht Mißgeschick, sondern Stärke. Es kommt darauf an, daß Deutschland in den Sattel kommt. Reiten, der Satz ist bekannt, wird es schon selber können.

Tatsächlich: Es geht um Deutschland. Die Durchsetzung nach außen – so eindrucksvoll sie ausfiel – ist wahrscheinlich das weniger interessante Ergebnis der Verschleppung Honeckers (denn darum dürfte es sich gehandelt haben). Wichtiger ist die

Rekonstruktion des nationalen historischen Subjekts. Damit sind wir beim zweiten Ziel der Aktion:

Sie kann nie genug zitiert werden, die Begründung des Bundesverfassungsgerichts zu seinem Urteil vom 31. Juli 1973 über den Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Dort heißt es: »Das GG – nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! – geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist.« Die BRD sei »also nicht ›Rechtsnachfolger‹ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ›Deutsches Reich‹, – in bezug auf seine räumliche Erstreckung allerdings ›teilidentisch‹, so daß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht«. (Der letzte Halbsatz besagt, daß die staatliche Substanz sich für einige Zeit in den Westen zurückzog, aber bei günstiger Gelegenheit wieder auf die anderen Teile, die dann überhaupt nichts mehr zu melden haben werden, auszudehnen ist. Wenn die ehemaligen Bewohner der DDR sich jetzt über »Kolonialisierung« beklagen: Hier ist der Rechtsgrund. Sie hätten es wissen können.)

Allerdings war dieser Anspruch lange Zeit nicht durchzusetzen: Die Existenz der DDR bedeutete seine Negation. Ihre Gründung 1949 war zwar noch als ein gesamtdeutsches Unternehmen gedacht gewesen: als Versuch, dem westdeutschen Kernstaat einen ostdeutschen (ebenfalls mit der Behauptung, das Ganze zu repräsentieren) entgegenzustellen. Wer von beiden am Ende übrigblieb, das mußte der Kalte Krieg entscheiden. Als 1955 die UdSSR erkannte, sie werde bei diesem Ringen um Gesamtdeutschland, von dessen Fortexistenz sie bis dahin ausgegangen war, den kürzeren ziehen, begann das für unser Thema Interessante: das Bemühen, an die Stelle des »Staates ›Deutsches Reich‹« zwei gleichberechtigte Völkerrechtssubjekte zu setzen. Mit den Ostverträgen schien dies erreicht.

Damals, Anfang der siebziger Jahre, benutzte der Gießener Staatsrechtler Helmut Ridder zuweilen ein merkwürdiges Wort: »Umgründung« der Bundesrepublik. Er meinte damit nicht den Sozialismus, sondern die Chance, daß der westliche Staat durch die Anerkennung des östlichen eine neue Identität zu gewinnen vermöge, welche von derjenigen der Jahre 1871 – 1945, aber auch von derjenigen der BRD seit 1949 (als des »Reiches« im Kleinformat) völlig verschieden sein könne: weg vom alten Großmacht-Anspruch des nach Osten territorial, nach Westen vor allem hegemonial ausgreifenden, im Inneren Berufsverbote und Schlimmeres exekutierenden Landes in der »Mitte Europas«.

Wir Linken (ich zum Beispiel) haben damals gar nicht richtig zugehört. Wir ließen das Hemd aus der Hose hängen, gingen über Stühle und Bänke in Richtung Sozialismus. Ridder nannte den Spruch des Bundesverfassungsgerichts von 1973 ein »Kyffhäuser-Urteil« und hatte damit gezeigt, daß er – anders als wir – sich auf der Höhe des politischen Kalküls der politischen Klasse und ihrer Justiz befand. Das Ende des »Staates ›Deutsches Reich‹«: das war es gerade, was sie nicht wahrhaben wollte, und sie verlor diesen Zentralpunkt auch in jenem Moment nicht aus dem Auge, als scheinbar für sie schon vieles verloren schien.

Der Anspruch blieb allerdings eingefroren, solange es die DDR gab. Jetzt, da sie verschwunden ist, soll offensichtlich der Auffassung entgegengewirkt werden, durch ihre zwischenzeitliche Existenz habe sich vielleicht doch fortwirkend etwas geändert.

Damit sind wir wieder bei Erich Honecker. Als Hitlers Reich unterging, kam er aus dem Knast. Unter Kohl, während es restauriert wird, fuhr er wieder ein. Als er auch zu Modrows Zeit kurz gesessen hat, war die Hegemonie der BRD über die nur noch nominell selbständige DDR bereits perfekt. Honecker wird angeklagt wegen Handlungen, die er als Staatsoberhaupt der DDR vorgenommen hat, und zwar – Grenzregime – in einem Bereich, der mitkonstituierend für die Souveränität eines Staates ist. Wird dies nun als Tat einer Privatperson abgeurteilt, wie Schwiegermuttermord und Handtaschendiebstahl, dann wird die Deutsche Demokratische Republik, die 1990 ohnehin untergegangen ist, auch im nachhinein getilgt. Es handelt sich dabei letztlich um einen symbolischen Akt, nicht um einen staats- und völkerrechtlichen (deshalb wird ja auch nach DDR-Recht vorgegangen werden). Aber er ist offensichtlich wichtig für das Selbstverständnis des »Staates ›Deutsches Reich‹«, der sich inzwischen Bundesrepublik Deutschland nennt und jetzt zeigen will, wer er ist: derselbe, welcher – zum Beispiel und unter anderem – auf dem Balkan 1914 und 1941 präsent war und (»historische Verantwortung«) sich leider, leider auch heute nicht so einfach davonstehlen kann.

Zweifellos hat sich dieser Staat zwischen 1945 und 1990 manierlicher benommen als von 1871 bis 1918 und von 1933 bis 1945. Ihm blieb auch gar nichts anderes übrig, denn es gab ihn – sieht man von seiner Titular-Existenz beim Bundesverfassungsgericht ab – gar nicht. In der Zeit, als die Bundesrepublik sich in halbgeduckter Haltung (vom Verzicht auf eigene Atomwaffen bis zum »Genscherismus«) an den Punkt heranschlich, an dem sie jetzt den aufrechten Gang und (was für sie dasselbe ist) die Kanonenboot-Politik üben kann, war sie gehandicapt durch ihr so oft beklagtes »Souveränitätsdefizit«, die Stärke der sowjetischen Waffen und die Teilung. Für letztere steht – neben anderen – Erich Honecker. Soweit eine Einzelperson überhaupt historische Verdienste haben kann: er hat sie.

Frau Vollmer allerdings fand schon lange, dies alles hätte man auch billiger kriegen können. Im Deutschen Bundestag erklärte sie 1990, sie selbst sei es gewesen, die, zusammen mit den anderen Achtundsechzigern, die Bundesrepublik

zivilisiert habe. Das gute Kind wußte noch nicht einmal, von welchem Territorium es sprach. Sie meinte wohl noch die BRD und befand sich schon in Deutschland. Nehmen wir einmal – fälschlicherweise – an, die Bundesrepublik sei in der ersten Jahreshälfte 1989 drauf und dran gewesen, sich mit Hilfe des Wahlkampfprogramms von Oskar Lafontaine und unterstützt von Frau Vollmers Gebeten in eine ökologisch-soziale und multikulturelle Gartenlandschaft zu verwandeln, in der die Frauenbeauftragten die Richtlinien der Politik bestimmen: Spätestens am 9. November desselben Jahres bestand dieses Phantom nicht mehr. Ob es mildere Mittel gibt, das neue Gebilde zu »zivilisieren«, als die Handschellen der Jahrzehnte 1945 – 1990: das muß jetzt erst bewiesen werden.

Nicht nur Frau Vollmers Idylle ist notleidend geworden, auch manches neuere Projekt wird in Bedrängnis geraten, wenn man ihm mit Stasi und Honecker kommen kann. Denken wir an die »Komitees für Gerechtigkeit«. Fast den ganzen Juli über schienen sie das Sommerloch gepachtet zu haben. Dann kam Honecker, und es ist nichts mehr von ihnen zu hören. Dies mag medientechnische Gründe haben. Doch es gibt auch ein prinzipielles Problem: Wären sie konsequent, müßten die Komitees jetzt diskutieren, ob die westliche Ungerechtigkeit gegenüber dem Osten, die sie beklagen, nicht nur Honeckers ehemalige angebliche Opfer trifft, sondern auch ihn selbst. Na? Wie ist es? Ach so: Gerechtigkeit heißt auf lateinisch Justitia und auf deutsch Justiz.

Diese müßte, versteht sie ihren politischen Auftrag richtig, dazu neigen, Honecker laufen zu lassen: Der Volkszorn hält dann länger. Die populistische, eher rechte Verachtung, welche der politischen Klasse in mehreren Ländern Europas und in den USA entgegengebracht wird, dürfte in der BRD bereits wieder von den Regierenden genommen sein, denn sie konzentriert sich nun auf den Abgesetzten.

Zuweilen höre ich den Einwand, man dürfe das deutsche Problem nicht so verbiestert sehen. Als Bismarck 1866 – 1871 mit Eisen und Blut das Reich erbaute, hätten Bebel und Liebknecht ja auch nicht dem Deutschen Bund oder ihrem Traum von der radikaldemokratischen Republik nachgetrauert, sondern sie hätten sich – darin bestärkt von ihren Brieffreunden Marx und Engels – auf den Boden der neuen Tatsachen gestellt und dort weitergekämpft.

Tun wir das. Begeben wir uns ins neue Deutschland. Und was finden wir? Den Fall Honecker. Der Aufbruch zur eigenen Weltpolitik legitimiert sich »zivilgesellschaftlich«: als Abrechnung mit dem totalitären Erbe, das, da das Zentralreich des Bösen sich inzwischen zur Kirche umdefiniert hat, nur noch in Serbien und bei Ulbrichts Erben gesucht werden kann. Die Bundesrepublik hat sich von Anfang an als antikommunistischer Grenzerstaat definiert und damit auch nach innen Druck gemacht. Ihre politische Klasse wird auf die Grundelemente dieser Herrschaftstechnik nicht verzichten. Die alte Frontstellung hat linke Leute in der BRD immer wieder in Bedrängnis gebracht: Sie wollten, wenn sie gegen Adenauer und Schmidt waren, nicht als die Freunde Ulbrichts und Honeckers gelten. Nach dem Ende der DDR meinten viele, jetzt seien sie dieses Problem los. Von wegen. Die Pariser Commune mag (anders als die DDR) nach ihrer Beseitigung für die europäischen Sozialisten ein heroisches Vorbild gewesen sein. Aber auch die Bourgeoisie mochte nicht auf sie verzichten: auf die Geschichte vom blutigen Schreckensregime.

Der Justizfall Honecker hat in Wirklichkeit nichts mit dem zu tun, was die Person Erich Honecker getan und unterlassen hat. Wer sich mit dieser Affäre auseinandersetzen will, ist ausschließlich mit den politischen Zukunftsplänen der Sieger, nicht mit irgendwelchen Delikten der Vergangenheit befaßt. Für mich ist das ein Grund, öffentlich für Erich Honecker einzutreten. Wer das anders sieht, dessen Argumente möchte ich bei Gelegenheit gern einmal hören.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 8/92 über die Irrtümer der Linken

Konkret 09/92, S. 13

Hermann L. Gremliza

Hoch der Verrat

Kurze Geschichte der sozialistischen Erneuerung im August 1992, dargestellt an einer Kolumne für das »Neue Deutschland«, einer freiheitlich-faschistischen Abmahnung in der »Welt« und einer Unterwerfungserklärung des »Neuen Deutschland« für die Kaderakte des alten

Am 1. August erschien im »Neuen Deutschland« meine Kolumne über die Verfolgung Erich Honeckers: **Der Hochverräter**

Hermann Josef Abs, um mit einem beispielhaften deutschen Leben zu beginnen, genießt hohes Ansehen. Er hat die Deutsche Bank zum mächtigsten Kapitaleigner Europas gemacht. Er hat die Kanzler der Bundesrepublik beraten und geleitet. Er hat als Aufsichtsrat der IG Farben die IG Auschwitz beaufsichtigt, die von der SS zur »Vernichtung durch Arbeit« gelieferte Häftlinge durch Arbeit vernichtet hat. Als Hermann Josef Abs neunzig Jahre alt wurde, reihte sich alles, was Macht und Amt hat, vom Vorstandsvorsitzenden des Rüstungskonzerns bis hinunter zum Bundespräsidenten, in die Schlange der Gratulanten. Hermann Josef Abs hat sich ein Leben lang um Deutschland verdient gemacht.

Als der Verdiente sich seine ersten Verdienste machte, saß ein anderer im Zuchthaus, wegen Hochverrats. Als in Frankfurt am Main der Oberbürgermeister mit dem Verdienten auf seine Verdienste anstieß, war Deutschland wieder hinter dem anderen her. Am vergangenen Mittwoch endlich wurde Erich Honecker, der sich zum wiederholten Male nicht um Deutschland verdient gemacht hat, zum zweiten Mal in seinem Leben ins Gefängnis Berlin-Moabit eingeliefert.

Es gibt verschiedene Mutmaßungen, warum das geschah. Es soll Leute geben, die meinen, Erich Honecker werde wegen seiner Verantwortung für die Sicherung der ehemaligen Staatsgrenze und für das Wohlleben in Wandlitz verfolgt. Das ist freilich ausgesuchter Quatsch, und sogar die Leitartikler der Bürgerpresse fürchten ja, daß nicht einmal die ihnen doch stets gern gefällige deutsche Justiz es fertigbringen wird, den ehemaligen Vorsitzenden des Staatsrats wegen Totschlags und Veruntreuung zu verurteilen. Jeder weiß, daß Erich Honecker kein Totschläger und kein Dieb ist. Das neue Deutschland hat die Regierungen Rußlands und Chiles nicht deshalb gezwungen, sich selbst ins Gesicht zu spucken, weil es Erich Honecker für einen Gauner hält. Wofür Deutschland Erich Honecker verfolgt, sind nicht Verbrechen in der DDR, es ist das Verbrechen DDR, diese vierzigjährige Sabotage am Deutschen Reich, dessen Aufstieg zur Weltmacht sie um unwiederbringliche Jahre verzögert hat. Erich Honecker, der wieder in Moabit sitzt, sitzt dort wieder wegen Hochverrats.

In der »Frankfurter Allgemeinen«, die weniger eine Zeitung ist als eine Einrichtung zur Selbstverständigung der deutschen Bourgeoisie, hat der Historiker Ernst Nolte vor einigen Monaten geschrieben: *Die DDR war der ältere deutsche Staat, älter als die Bundesrepublik, älter als das Dritte Reich, älter sogar als die Weimarer Republik... Die DDR war der Staat, von dem Lenin träumte,... sie war der Staat, der hätte entstehen können, als im Januar 1919 viele Hunderttausende von Menschen gegen die schwache Regierung Ebert demonstrierten und bereit waren, dem Aufruf Karl Liebknechts zum Sturz der Regierung zu folgen; sie war der Staat, der Trotzki vor dem geistigen Auge stand... Aber die DDR war auch der Staat, den Hitler fürchtete, wenn er in seinen frühen Reden immer wieder vom »Blutsumpf des Bolschewismus« sprach.* Weil es diese DDR immer gegeben hat, hätte es sie nie geben dürfen und es war jedes Mittel zu ihrer Beseitigung legitim: *Es hilft kein Drehen und Wenden: Diejenigen, welche die DDR längst vor ihrer faktischen Entstehung fürchteten und haßten, waren nicht von vornherein im Unrecht*.

Die Mörder Luxemburgs und Liebknechts, die Nazis, die Thälmann erschossen und Honecker ins Zuchthaus gesperrt haben, haben die DDR bekämpft. Heute führen die »FAZ«, Herr Kohl und Frau Limbach den Kampf. Daß es die DDR damals »faktisch« noch nicht gab, dispensierte die Kämpfer sowenig wie die Tatsache, daß es sie heute »faktisch« nicht mehr gibt. Denn wie der Kampf einst geführt wurde, damit die DDR nie »faktisch« existieren würde, muß er heute darum geführt werden, daß die DDR als deutscher Staat, in dem sich dennoch Hermann Josef Abs die genannten Verdienste nicht hätte erwerben können, »eigentlich« nie existiert hat. Was sich am besten beweisen läßt, wenn das politische Handeln ihrer staatlichen Funktionsträger zur privaten Willkür erklärt wird. Ein Privatmann, der tut, was ein Staat ungestraft darf: Krieg führen, Demonstranten knüppeln und auch mal erschießen, Spitzel kaufen, Telefone abhören, die Reichen reicher und die Armen ärmer machen, ist ein Verbrecher. Der Premier eines Staates, der einer ist, darf für 20 Millionen Mark ein paar Kollegen zum Umtrunk einladen; der Staatsratsvorsitzende eines Staates, der keiner ist, kommt wegen Veruntreuung in Haft, wenn er für die Mitglieder seiner Regierung Dosenbier einkauft.

Honeckers Verfolger organisieren den politischen Schauprozeß gegen einen Hochverräter als Verfahren gegen einen Totschläger und Dieb. Ein »Phänomen« (wie der Nazi-Kanzler Kiesinger es nannte), dessen erster Mann mit der Portokasse durchgegangen ist, kann kein Staat gewesen sein. Das Ziel ist Auslöschung, das Mittel Erniedrigung, an der sich all jene Heulsusen beteiligen, die meinen, die Justiz solle den »armen alten Mann laufenlassen«. Erich Honecker ist aber kein Egon Krenz. Er bedarf der Hilfe solcher Sozialfürsorger nicht. Er weiß, zu welchem Zweck die Bundesregierung ihn

aus Moskau geholt hat und was die Klassenjustiz mit ihm vorhat. Das gibt Grund zur Hoffnung, daß das Kammergericht so wenig Freude an ihm haben wird wie einst das Reichsgericht an einem gewissen Dimitroff.

*

Am 4. August erschien im »Neuen Deutschland« eine Antwort des Redakteurs Christoph Seils:

Endlich scheinen für viele Linke die Koordinaten des Klassenkampfes wieder zu stimmen. Sie können wieder unbesorgt die Keule schwingen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei vorweg gesagt, ich bin nicht dafür, daß Erich Honecker vor Gericht gestellt wird, weil das, was ihm vorzuwerfen ist und wofür er und seine Genossen sich zu verantworten haben, nicht vor einem westdeutschen Schwurgericht verhandeln werden kann.

Vierzig Jahre habe Honecker den Aufstieg des Deutschen Reiches sabotiert, führt Hermann Gremliza (ND 1.8.92) als Grund dafür an, daß ihm jetzt der Prozeß gemacht werden soll. Was jedoch in den vierzig Jahren in der DDR zum Scheitern des Versuches, eine Alternative zum kapitalistischen Deutschland aufzubauen geführt hat, danach fragt er nicht. 1989 wurde das DDR-Regime zunächst nicht von der westdeutschen Bourgeoisie besiegt, sondern von der eigenen Bevölkerung hinweggefegt, die nicht mehr länger unter einem bankrotten diktatorischen Regime leben wollte. Der Anschluß an die BRD war erst die Folge dieses Zusammenbruchs.

Vom Klassenfeind angegriffen, rücken jetzt viele wieder hinter den Palisaden zusammen: Vorzuwerfen wäre Honecker nicht so sehr der Schießbefehl – allerdings soll niemand kommen und sagen, er sei an die Grenze gezwungen worden.

Warum eine Gesellschaft, die sich irgendwann mal auf die Fahnen geschrieben hatte, die Menschheit vom Joch der kapitalistischen Unterdrückung zu befreien, autoritär-bürokratisch erstarrte und nur noch von einem diktatorischen Unterdrückungsapparat zusammengehalten werden konnte, dazu sollte Honecker sich doch mal rechtfertigen.

Oder zum Thema Meinungsfreiheit: Die Redakteure des Neuen Deutschlands wissen sicher am besten, wie diese Freiheit – obwohl verfassungsrechtlich verbrieft – bereits am Schreibtisch des Generalsekretärs der SED endete.

Die inneren Gründe für das Scheitern der DDR kann man auch nicht mit einem saloppen Hinweis auf den Kalten Krieg wegwischen, oder den MfS-Apparat mit einem dezenten Hinweis auf den Verfassungsschutz beiseite schieben. Einen Bärendienst erweist sich Gremliza auch, indem er die westdeutsche Justiz mit den Nazi-Mördern Luxemburgs, Liebknechts und Thälmanns gleichsetzt, denn damit verharmlost er nicht nur das Terrorregime des Nationalsozialismus, sondern macht auch eine differenzierte Geschichtsbetrachtung unmöglich.

In der DDR gab es viele Menschen, die die Mißstände beklagt oder auf die Reform des realen Sozialismus gedrängt haben. Aber trotzdem muß sich jeder DDR-Bürger, vor allem jedes ehemalige SED-Mitglied, fragen, wie er selbst, auch wenn er persönlich etwas ganz anderes wollte, zur Aufrechterhaltung des undemokratischen Systems beigetragen hat.

Natürlich sitzen die DDR-Bürger seit über zwei Jahren auf der demütigenden Anklagebank des Westens und sie sollen im Prozeß gegen Honecker und Co. nochmal exemplarisch vorgeführt werden. Fast aber habe ich den Eindruck, viele Mitläufer, die zum Funktionieren der DDR beigetragen haben, sind unfähig, ihre eigene Vergangenheit aufzuarbeiten. Ihren persönlichen Beitrag zum Funktionieren der DDR verdrängen sie, indem sie die Hauptverantwortlichen vor der Klassenjustiz zu schützen versuchen.

Mit dem Anschluß der DDR an die BRD wurde zwar die Chance verwirkt, Erich Honecker, Erich Mielke, Willi Stoph und Co. vor ein DDR-Tribunal zu stellen, doch die Notwendigkeit, die Vergangenheit aufzuarbeiten, besteht dringender denn je. Erich Honecker eignet sich nicht als Märtyrer. Statt nur Mitleid oder Solidarität zu bekunden, sollten gerade die übriggebliebenen Linken Honecker (aber auch sich selbst) viele unangenehme Fragen stellen.

Christoph Seils

*

Loewenstern der Völkerfreundschaft

Ein Herr, der dieses Gericht nicht kannte, strich es sich in die Haare. Auf das Unschickliche seines Tuns aufmerksam gemacht, erwiderte er: Oh, Verzeihung, ich dachte, es sei Spinat. So auch der Redakteur Seils vom »Neuen Deutschland«, dessen Erwiderung auf meine Kolumne nie ahnen läßt, daß es der Redakteur Seils vom »Neuen Deutschland« gewesen ist, der mich um den Beitrag gebeten hat. Nicht zu mißbilligen ist die Absicht, dem gebetenen Autor zu widersprechen, so sehr sie dem Redakteur auch mißlingen mußte und weit mehr als dem Honecker die DDR; mies ist, daß der Redakteur den Lesern seine Bitte verschweigt. Sie laden dich zu Tisch, um dir ihre Bratensauce in den Kragen zu schütten, und statt sich zu entschuldigen fragen sie, wer dich hereingelassen hat. Zur Aufnahme in den Verein deutsches Bürgerpack fehlen diesen Parvenus der Wende nicht die Liebe zum Vaterland, das Posten hat, und nicht der Hang zu jeder Intrige, die geeignet

scheint, an den nächst höheren zu kommen, sondern bloß ein paar jener Umgangsformen, welche die Auftritte des geborenen Bourgeois leichter ertragen lassen. Aber ich habe nicht dem Enno von Loewenstern und den anderen bürgerlichen Arischgesichtern ihren Ausweis ausgestellt, um den prolet-arischen Nachwuchs unregistriert davonkom-men zu lassen. Der Redakteur Seils gibt ein brauchbares Exempel ab. Ich werde zeigen, wofür:

Vierzig Jahre habe Honecker den Aufstieg des Deutschen Reiches sabotiert, führt Hermann Gremliza als Grund dafür an, daß ihm jetzt der Prozeß gemacht werden soll. Was jedoch in den vierzig Jahren in der DDR zum Scheitern des Versuchs, eine Alternative zum kapitalistischen Deutschland aufzubauen, geführt hat, danach fragt er nicht.

Das ist wahr. Ich frage auch nicht danach, was der liebe Hans wobei womit macht, denn ich sollte und wollte die Gründe für die Deportation Honeckers von Moskau nach Moabit und für die Anklage wegen Totschlags und Veruntreuung von Volksvermögen beschreiben, und die haben mit Honeckers Anteil am Scheitern der DDR soviel zu tun wie mit dem Knie beim Tanz. Der Redakteur darf wegen einiger Abonnenten, die sich nicht so schnell gewendet haben könnten wie er, nicht dafür sein, Honecker vor Gericht zu stellen. Der Redakteur ist deshalb sehr der Meinung, daß das, was Honecker vorzuwerfen sei, nicht vor einem westdeutschen Schwurgericht verhandelt werden könne. Der Redakteur ist aber noch mehr der Meinung, daß der Prozeß, den ein westdeutsches Schwurgericht dennoch gegen Honecker führt, so kommentiert werden muß, daß die Schuld Honeckers am Scheitern des Versuchs festgestellt wird, die Menschheit vom Joch der kapitalistischen Unterdrückung zu befreien. Der Redakteur besteht darauf, daß die Frage, warum Honecker vor einem westdeutschen Schwurgericht wegen Totschlags und Veruntreuung angeklagt wird, damit beantwortet wird, daß Honecker der Schießbefehl »nicht so sehr« vorzuwerfen sei und Unterschlagung vielleicht gar nicht, daß aber die Gesellschaft der DDR autoritär-bürokratisch erstarrt gewesen sei und die Meinungsfreiheit des »ND«-Redakteurs am Schreibtisch des Generalsekretärs geendet habe. (Meine Freude über den Fortschritt, daß die Meinungsfreiheit des »ND«-Redakteurs Seils heute nicht mehr am Schreibtisch des Generalsekretärs endet, ist dadurch getrübt, daß meine Meinungsfreiheit nun am Schreibtisch eines »ND«-Redakteurs endet, der das »Neue Deutschland« an die jahrzehntealte Tradition angeknüpft hat, Beiträge von mir nicht zu drucken, wobei ich gerne gestehe, daß von den Gründen, die mich abhalten mußten, für das »ND« zu schreiben, die Zensurgewalt des Generalsekretärs mir lieber war als die schlechten Manieren des Redakteurs.)

Die inneren Gründe für das Scheitern der DDR kann man auch nicht mit einem saloppen Hinweis auf den Kalten Krieg wegwischen, oder den MfS-Apparat mit einem dezenten Hinweis auf den Verfassungsschutz beseite schieben.

Mit wem redet der Redakteur Seils? Wo findet sich in meiner Kolumne ein salopper Hinweis auf den Kalten Krieg, wo ein dezenter auf den Verfassungsschutz? Der Redakteur wird sich herausreden wollen, das habe er nur so ganz allgemein gemeint und überhaupt nicht persönlich, aber den nächsten Satz fängt er so an:

Einen Bärendienst erweist sich Gremliza auch...

und entlarvt sein allgemeines Gerede als das spezielle Geschwätz eines Denunzianten. Darauf geht’s blutig und heiter weiter:

Einen Bärendienst erweist sich Gremliza auch, indem er die westdeutsche Justiz mit den Nazi-Mördern Luxemburgs, Liebknechts und Thälmanns gleichsetzt, denn damit verharmlost er nicht nur das Terrorregime des Nationalsozialismus, sondern macht auch eine differenzierte Geschichtsbetrachtung unmöglich,

welche eine Betrachtung des Redakteurs Seils dann doch wieder möglich macht, der die Morde an Luxemburg und Liebknecht, 1919 von deutschen Offizieren begangen, die unter dem Schutz der Reichswehr standen, zu Nazi-Morden erklärt und damit die SPD-Führer Ebert und Noske, die sich mit der Reichswehr gegen die Revolution verbündet hatten, zu Schutzpatronen von Nazi-Mördern. Mir soll’s ja recht sein, obwohl ich keineswegs so weit gegangen bin, sondern lediglich einen Gedanken des Historikers Nolte zu seinen logischen Konsequenzen geführt habe, was aber der Redakteur nicht merken mußte, denn warum sollte, wer nicht schreiben kann, lesen können? Was er hingegen kann, ist informelle Mitarbeit mit drei Durchschlägen:

Endlich scheinen für viele Linke die Koordinaten des Klassenkampfes wieder zu stimmen. Sie können wieder unbesorgt die Keule schwingen...

Vom Klassenfeind angegriffen, rücken jetzt viele wieder hinter den Palisaden zusammen...

Fast aber habe ich den Eindruck, viele Mitläufer, die zum Funktionieren der DDR beigetragen haben, sind unfähig, ihre eigene Vergangenheit aufzuarbeiten. Ihren persönlichen Beitrag zum Funktionieren der DDR verdrängen sie, indem sie die Hauptverantwortlichen vor der Klassenjustiz zu schützen versuchen.

Was will der Redakteur Seils damit sagen, uns und dem Bundesminister des Innern? Er will sagen, daß für ihn die Koordinaten des Klassenkampfs nicht mehr stimmen, daß es für ihn keinen Klassenfeindmehr gibt und auch keine Klassenjustiz. Er will sagen, daß alle, die jetzt noch von Klassen sprechen, Stalinisten sind, rücksichtslose wie ich, die unbesorgt die Keule schwingen, oder Mitläufer, bestenfalls. Er will sagen, daß im Gegensatz zu diesen er selber, seine Zeitung und seine Partei prima freiheitliche Demokraten sind, fähig, ihre eigene Vergangenheit und ihren Beitrag zum

Funktionieren der DDR dadurch aufzuarbeiten, daß sie die Hauptverantwortlichen nicht vor der Klassenjustiz zu schützen versuchen, sondern die Anklage mit vielen Vorwürfen bereichern. Er sagt:

Statt nur Mitleid oder Solidarität zu bekunden, sollten die übriggebliebenen Linken Honecker (aber auch sich selbst) viele unangenehme Fragen stellen.

Das ist ganz meine Meinung, wenn die übriggebliebenen Linken, zu denen der Redakteur gewiß auch sich, seine Zeitung und seine Partei zählt, die unangenehmste der unangenehmen Fragen sich nicht verkneifen: Warum sie, die vierzig Jahre lang fähnchenschwenkend an den alten Herren vorbeimarschiert sind, nichts eiliger zu tun haben, als auch den neuen Herren, die sich freiheitlich-demokratische Grundordnung nennen, in den Arsch zu kriechen, und sie in denselben nur dann treten bzw. sie »hinwegfegen«, wenn der nächste Herr schriftlich in mehrfach beglaubigter Ausfertigung den Auftrag erteilt hat.

Meine Kolumne war im »Neuen Deutschland« vom 1. August erschienen. Am 3. August antwortete Enno von Loewenstern in der »Welt« unter der Überschrift »Das nennen sie Erneuerung«:

Jüngst erst, als das Kammergericht der PDS bescheinigte, man könne sie, die umetikettierte SED, nach wie vor als Verbrecher- und Mörderbande bezeichnen, barmte der PDS-Sprecher, »gerade die PDS« habe »als einzige Partei der ehemaligen Vor-Wende-DDR eine Erneuerung zustandegebracht«. Wie das aussieht, konnte man eben in ihrem alten und neuen Verkündigungsorgan »Neues Deutschland« ganz im Ton der »ehemaligen Vor-Wende-DDR« nachlesen: »Es soll Leute geben, die meinen, Erich Honecker werde wegen seiner Verantwortung für die Sicherung der ehemaligen Staatsgrenze und für das Wohlleben in Wandlitz verfolgt. Das ist freilich ausgesuchter Quatsch... Jeder weiß, daß Honecker kein Totschläger und kein Dieb ist.« Vielmehr werde Honecker »verfolgt« wegen »Hochverrats«, weil die »DDR, diese vierzigjährige Sabotage am Deutschen Reich, dessen Aufstieg zur Weltmacht... um unwiederbringliche Jahre verzögert hat.«

Da hat keine Wende stattgefunden. Das würde heute noch die Staatsgrenze in bewährter Manier sichern, wenn es nur dürfte. Immerhin, die Offenherzigkeit ist zu begrüßen.

Am Mittwoch hatte der Redakteur des »Neuen Deutschland« meine Kolumne erbeten. Am Samstag war sie erschienen. Am Montag hatte ein freiheitlich-demokratischer Faschist die Redaktion abgemahnt. Am Dienstag lieferte der Redakteur des »Neuen Deutschland« seine Unterwerfungserklärung (vormals: Selbstkritik) bei den neuen Firmenchefs (vormals: Kaderakte) ab. Das nennen sie Erneuerung.

Konkret 09/92, S. 16

Gerhard Strate

Nicht unbedingt pedantisch

Um die Verurteilung Erich Honeckers sicherzustellen, greifen die Justizbehörden auch zu ungewöhnlichen Mitteln. So gründet sich die Anklage wegen des Wandlitzer Wohllebens der DDR-Führung auf ein Gesetz,das das Bundesverfassungsgericht einst für »mit der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland unvereinbar« erklärte. Doch auch strafrechtliche Regelungen der BRD zählen wenig in dem Verfahren gegen den Ex-Staatsratsvorsitzenden

Im Oktober 1991 konnten sich die Leser der »Neuen Juristischen Wochenschrift« (NJW) die Augen reiben. In der renommiertesten Fachzeitschrift bundesdeutscher Juristen fand sich unter dem Stichwort »Schießbefehl an der DDR-Grenze – Fall Honecker« ein Beschluß des 4. Strafsenats des Kammergerichts vom 6. März 1991. Es handelte sich um die Beschwerdeentscheidung des höchsten Berliner Gerichts, mit der der Haftbefehl des Amtsgerichts Tiergarten gegen Erich Honecker vom 30. November 1990 bestätigt worden war. Die Veröffentlichung von Haftentscheidungen aus laufenden Ermittlungsverfahren ist eine Seltenheit. Warum? Weil die Veröffentlichung verboten ist: Gemäß § 353 des Strafgesetzbuches wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bestraft, wer »die Anklageschrift oder andere amtliche Schriftstücke eines Strafverfahrens ... ganz oder in wesentlichen Teilen, im Wortlaut öffentlich mitteilt, bevor sie in öffentlicher Verhandlung erörtert worden sind oder das Verfahren abgeschlossen ist.« Diese Strafvorschrift schien die Mitglieder des 4. Strafsenates des Kammergerichts nicht zu kümmern; jedenfalls heißt es am Ende des Entscheidungs-Abdruckes in der NJW: »Mitgeteilt vom 4. Strafsenat des KG«.

Der – womöglich durch das übliche Einsenderhonorar noch prämierte – Verstoß gegen ein strafrechtliches Verbot durch Richter des Kammergerichts schafft nicht unbedingt das Vertrauen, daß die Berliner Justiz im Umgang mit Erich Honecker ansonsten die gesetzlichen Vorschriften pedantisch beherzigen werde.

Pressemeldungen zufolge wird Erich Honecker u.a. ein »Verbrechen des Vertrauensmißbrauches in einem schweren Fall« gemäß § 165 des alten Strafgesetzbuches der DDR vorgeworfen. Zusammen mit Erich Mielke und dem inzwischen verstorbenen Hermann Axen soll er entschieden haben, daß ausschließlich zu seiner persönlichen Nutzung durch die dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR unterstehende Verwaltung »Waldsiedlung« ein Freizeitobjekt in Born aus Mitteln des Staatshaushaltes der DDR mit einem Kostenaufwand in Höhe von 6,5 Mio. Mark der DDR errichtet wurde, obwohl auch ihm bewußt gewesen sei, daß hierfür keine Rechtsgrundlage existierte. Die Vorschrift des § 165 DDR-StGB rechnete in der alten DDR zu den »Straftaten gegen die Volkswirtschaft«. Der Wortlaut der Vorschrift: »Wer eine ihm dauernd oder zeitweise übertragene Vertrauensstellung mißbraucht, indem er entgegen seinen Rechtspflichten Entscheidungen oder Maßnahmen trifft oder pflichtwidrig unterläßt oder durch Irreführung oder in anderer Weise Maßnahmen oder Entscheidungen bewirkt und dadurch vorsätzlich einen bedeutenden wirtschaftlichen Schaden verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung oder mit Geldstrafe bestraft.«

Die Fortgeltung des § 165 DDR-StGB ist angeordnet worden durch das am 29. Juni 1992 von der Volkskammer beschlossene 6. Strafrechtsänderungs-Gesetz, mit dem das Strafgesetzbuch der DDR von sämtlichen Vorschriften gereinigt wurde, die der früheren sozialistischen Gesellschaftsordnung verpflichtet waren. Auch der Straftatbestand des »Vertrauensmißbrauchs« wurde gestrichen, sollte allerdings in den Fällen fortgelten, in denen wegen Vertrauensmißbrauchs bereits »Strafverfahren eingeleitet wurden«. Die Strafbarkeit soll sich also danach ausrichten, ob eine Strafverfolgungsbehörde bereits einen Vorgang angelegt hat oder nicht. Herkömmlicherweise ist es gerade umgekehrt: Ob ein Ermittlungsvorgang angelegt wird, richtet sich nach der Strafbarkeit.

Tatsächlich handelt es sich bei der Fortgeltung des § 165 DDR-StGB um eine willkürliche Einzelfall-Gesetzgebung, die durch Artikel 19 Abs. 1 S. 1 des Grundgesetzes verboten ist. Der Einigungsvertrag, der jene Regelung übernommen hat, dürfte einer verfassungsgerichtlichen Kontrolle nicht standhalten. Im übrigen hatte das Bundesverfassungsgericht schon mit Beschluß vom 31. Mai 1960 die DDR-Wirtschaftsstrafgesetze – da auf Stärkung der sozialistischen Wirtschaftsordnung zielend – als »mit der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland unvereinbar« erklärt (BVerfGE 11, 150, 161).

Strafrechtlich problematischer sind die Todesschüsse an der DDR-Grenze. Der Schußwaffengebrauch an der Grenze war bis 1982 in der DDR gesetzlich nicht geregelt, so daß schon deshalb der Einsatz von Schußwaffen zur Grenzsicherung und zur Verhinderung von Grenzdurchbrüchen gegen Art. 30 Abs. 2 der Verfassung der DDR verstieß, der Einschränkungen der Persönlichkeit und Freiheit eines jeden Bürgers nur im Falle »gesetzlicher« Begründung vorsah. Das Grenzgesetz der DDR von 1982 ließ die Anwendung der Schußwaffe zu, »um die unmittelbar bevorstehende Ausführung oder die Fortsetzung einer Straftat zu verhindern, die sich den Umständen nach als ein Verbrechen darstellt«. Trotz der Weite dieser Vorschrift sah das Grenzgesetz immerhin vor, daß die Anwendung der Schußwaffe nur »die äußerste Maßnahme der Gewaltanwendung gegenüber Personen« sein sollte (§ 27 Abs. 1 DDR-Grenzgesetz).

Die Konstruktion des Haftbefehls gegen Erich Honecker – und so sicherlich auch der Anklage – läuft nun nicht darauf hinaus, ihn für die jeder Verhältnismäßigkeit hohnsprechende Handhabung des Grenzgesetzes verantwortlich zu machen. Das Kammergericht stellt darauf ab, daß er verantwortlich sei für eine auf der Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR am 3. Mai 1974 gefaßte Richtlinie, »bei Grenzdurchbruchsversuchen von der Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch« zu machen. Mit dieser Richtlinie habe er sich – gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des Verteidigungsrates – der »gemeinschaftlichen Anstiftung zu Tötungsdelikten« schuldig gemacht. Das Kammergericht wörtlich: »Die Taten, zu denen der Beschuldigte angestiftet hat, waren hinsichtlich des angesprochenen Täterkreises, der Tatorte, der Begehungsweise und der Opfer hinreichend konkretisiert. Als Täter kamen alle zur Bewachung der Grenzen eingesetzten Soldaten in Betracht, aber auch nur diese. Der Personenkreis war zwar groß, aber durch die besondere Art der Dienstausübung begrenzt. Daß der Beschuldigte die Todesschützen nicht persönlich kannte, ist bedeutungslos. Seine sie zu der Tat bestimmende Weisung war auch an sie gerichtet. Die Zwischenschaltung von Befehlsübermittlern ändert nichts an der Tatbestandsmäßigkeit der Anstiftung (sogen. Kettenanstiftung, die häufig dadurch gekennzeichnet ist, daß der Anstifter die Haupttäter nicht kennt).«

Die Konstruktion der »Kettenanstiftung« wird, so landläufig-logisch sie zu sein scheint, juristisch kaum standhalten. Zum einen ist es fraglich, ob das – vorrangig anwendbare – DDR-Strafrecht überhaupt die Rechtsfigur der »Kettenanstiftung« kannte. Zum anderen verlangt auch das bundesdeutsche Strafrecht, daß »der Vorsatz des Anstifters ... sich auf die Ausführung einer zwar nicht in allen Einzelheiten, wohl aber in ihren wesentlichen Merkmalen oder Grundzügen konkretisierenden Tat beziehen« muß. Die Haupttat, auf die sich die Anstiftung richtet, müsse sich – so der Bundesgerichtshof in einem Urteil vom 21. April 1986 – auf ein »konkret-individualisierbares Geschehen« richten. Eine *generelle* Richtlinie an die Grenztruppen der DDR, bei Grenzverletzungen stets und rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, erfüllt diese Voraussetzungen nicht.

Letztlich scheitert eine Verurteilung Erich Honeckers auch an einem Beschluß des Bundesgerichtshofes vom 14. Dezember 1984. Dieser Beschluß erging im Zusammenhang mit dem bereits für 1984 geplanten, schließlich wieder abgesagten Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland. Auf den Antrag des Generalbundesanwalts hin sollte der Bundesgerichtshof das für eine Strafanzeige gegen Honecker zuständige Gericht bestimmen. Der Bundesgerichtshof lehnte diese Gerichtsstandsbestimmung ab. Honecker sei Vorsitzender des Staatsrates der DDR, der nach Art. 66 Abs. 2 ihrer Verfassung in seiner Gesamtheit das Staatsoberhaupt bilde. Als Staatsoberhaupt genieße der Staatsratsvorsitzende die einem Staatsoberhaupt zustehenden Vorrechte und Befreiungen, vor allem die der Immunität. Der Bundesgerichtshof bezog sich bei dieser Entscheidung ausdrücklich nicht auf eine speziell für den Honecker-Besuch geschaffene Sonderregelung, die ihm lediglich *zeitweilige* Immunität verschaffen sollte, sondern behandelte ihn als Staatsoberhaupt nach allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts.

Die Immunität, die Honecker während seiner Amtszeit als Staatsratsvorsitzender genoß, war nach seinem Rücktritt im Oktober 1989 keineswegs gegenstandslos geworden. Auch nach Ablauf seiner Amtszeit darf das ehemalige Staatsoberhaupt nicht für sein amtliches Handeln während seiner Amtszeit belangt werden. Nur dann, wenn der durch ihn vertretene Staat auf das Vorrecht der Im-munität verzichtet – was in dem Einigungsvertrag nicht geschehen ist – , entfällt der Schutz der Immunität. Daß es sich hier um eine allgemeine Regel des Völkerrechts handelt, zeigt auch Art. 39 Abs. 2 der Wiener Diplomatenrechtskonvention, der für Diplomaten ausdrücklich den Fortbestand der Immunität auch nach Beendigung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorsieht. Fraglich ist allein, ob die Fortgeltung der Immunität auch dann zu bejahen ist, wenn der durch das ehemalige Staatsoberhaupt vertretene Staat gänzlich erloschen ist. Dies hätte aber nicht die Berliner Justiz, sondern das Bundesverfassungsgericht gemäß Art. 100 Abs. 2 des Grundgesetzes vorab zu entscheiden.

Gerhard Strate ist Rechtsanwalt und lebt in Hamburg

Konkret 09/92, S. 18

Wolfgang Pohrt

Das ist Wahnsinn da draußen

»In der Zelle kann Honecker sich fragen, ob er recht daran tat, im Herbst 1987 durch die BRD zu tingeln und dort der gleichen Bourgeoisie zuzuprosten, die Auschwitz, zwei Weltkriege und zahllose Genossen auf dem Kerbholz hat.« Über das Versagen der Kommunisten und den weltweiten Sieg des Bandenwesens

I

Als die Verwüstung Jugoslawiens durch seine Bewohner im Sommer 1991 in die heiße Phase trat, war es zwei Jahre her, daß die DDR-Bürger den Anfang gemacht hatten, indem sie auf kalte Weise ihren Staat zerschlugen. Weil sie einander und die Lieben zu Hause nicht ertrugen, kamen sie einfach aus dem Urlaub in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei nicht zurück. Sie erzwangen die Verlängerung der Reise sowie den Abstecher in die Bundesrepublik, wo schließlich alle, auch die damals Daheimgebliebenen, gelandet sind.

Nun erfaßte der große Widerwille und die Sehnsucht nach dem Tapetenwechsel auch Jugoslawien, wo es für die Menschen, die ihr Land und einander nicht leiden konnten, allerdings kein Entkommen gab. Schneller als in der Zone wurde aus Feindschaft Gewalt, die sich zunächst andere Opfer suchte. Hier kam es vor, daß Asylbewerberheime brannten und deren Bewohner flüchten oder evakuiert werden mußten. Dort kam es zu den ersten schweren Schießereien im Nationalitätenstreit. Hoyerswerda war schon die Vertreibung und Verfolgung Wehrloser, gleichsam in Miniatur freilich, Vukovar war noch das Gemetzel zwischen bewaffneten Gruppen. Beide Orte markieren die große Linie und die kleinen Unterschiede. Hier wie dort hieß die Aufgabe Kapitalvernichtung, nur zerlegten deren Opfer in der Zone im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen Rohr für Rohr ihren alten Arbeitsplatz, während man in Jugoslawien offenbar die Fabrik wenigstens explodieren sehen wollte, wenn schon alles vor die Hunde ging. Mittlerweile spielt das Lokalkolorit keine Rolle mehr. In Jugoslawien kristallisiert sich aus dem Chaos des Übergangs bei allen Parteien die postkommunistische neue Ordnung heraus, die der Lager mit dem Schwerverbrecher als Kommandanten an der Spitze nämlich, welche nicht nur die Ergänzung zum ethnisch reinen Nationalstaat, sondern dessen Muster sind – nirgends als im Lager der Gegenpartei sind Kroaten, Serben und Muslime so ausschließlich unter sich.

Weltweit waren unterdessen seit zehn Jahren die Menschen dabei, sich mal wieder wie im Käfig zusammengesperrte Ratten zu verhalten. Dreht der Versuchsleiter die am Laufrost liegende Spannung hoch, werden die Tiere unruhig, dann aggressiv, schließlich beißen sie einander tot. Anfangs wirkt das Kribbeln unter den Füßen sogar belebend, die Ratten werden unternehmungslustig, dem Menschen fallen Parolen ein, wie sie der friedensbewegte Gollwitzer 1981 formulierte: »Kein Deutscher kann diese bedingungslose Unterwerfung der Interessen unseres Volkes unter fremde Interessen, diese Auslieferung der Verfügung über die Existenz unseres Volkes an eine fremde Regierung hinnehmen.« Der Tatendrang vermischt sich mit Größenwahn, wenn einer wie Havemann von Breschnew den »Abzug aller Besatzungstruppen« aus Deutschland verlangt und droht: »Wie wir Deutsche unsere nationale Frage dann lösen werden, muß man uns schon selbst überlassen, und niemand soll sich davor mehr fürchten als vor dem Atomkrieg.«

Früher als andere hatten die katastrophensüchtigen und machtfixierten Deutschen den Zusammenbruch jener Welt gewittert, worin der Ostblock und sein Gegensatz zum Westen ein stabilisierendes Element für die übergreifende Herrschaft des Kapitals gewesen waren. Ihr vermeintlicher Protest gegen die Dominanz der Blöcke zielte in Wahrheit auf deren Schwäche und die mit ihr verbundene Unsicherheit. Früher als anderswo regte sich deshalb hier der Trieb, das eigene Schäfchen schnell noch ins Trockene zu bringen, die Wäsche vom Balkon zu holen, die Fenster mit Balken zu vernageln, Vorräte zu horten und für Waffen zu sorgen. Typisch für diese Phase ist, daß die Linken verlangen, man dürfe die nationale Frage nicht den Rechten überlassen. Der Fortgang der Geschichte folgte dann dem Ablaufschema der Panik, wo die Menschen einander tottrampeln, weil jeder sich in Sicherheit bringen will. Als Gefangene der fixen Idee, um jeden Preis die eigene Haut retten zu müssen, bearbeiteten schließlich in Südafrika Anhänger der Zulu-Bewegung ihre gleichfarbigen Gegner mit dem Hackebeil und korrigierten auf diese Weise das Bild, das sich Rassisten vom Rassismus machen. Das Schlimmste geschieht, um Schlimmeres zu verhindern – in Äthiopien, Afghanistan, Sri Lanka sowie dem Sudan. In Kämpfe verwickelt sind Armenier, Aserbeidschaner, Gagausen, Moldawier, Georgier, Osseten, Inguschen, Tschetschenen, Kosaken, Kurden, Sunniten, Schiiten, Paschtunen etc. Das *Wer gegen wen* überblickt keiner mehr, zumal die Beteiligten selber es oft nicht wissen.

II

Ebenfalls im Sommer 1991 bewies der kläglich gescheiterte Moskauer Putschversuch, daß die Sowjetunion wenig Freunde hatte. Weder betrauerte die Bevölkerung den Verlust dessen, was in besseren Zeiten als Heimat oder Vaterland angeschmachtet worden war, noch zeigte irgendeine Instanz oder Gruppe von Bedeutung sich an einem Rettungsversuch

interessiert. Als einige wenige Nostalgiker in Partei und Armee das Elend nicht mehr mitansehen mochten, und als sie in einem Anfall von Sentimentalität müde nach dem Präsidenten schnappten, dem vermeintlich Hauptverantwortlichen für den Ruin, war der kraftlose Griff obendrein einer ins Leere, denn längst teilten rivalisierende Provinzhäuptlinge sich die Kontrolle über das Land, skrupellose Figuren wie Jelzin, Krawtschuk, Snegur.

Nicht nur sehen die bulligen Typen mit der Mischung aus Brutalität, Jovialität und Verschlagenheit im Gesicht alle wie Abziehbilder Breschnews aus, sondern sie sind das zur Erscheinung gekommene Wesen jener Kreml-Chefs, die vor Jahrzehnten schon sich der »friedlichen Koexistenz« verschrieben hatten, dem unbedingten Erhalt der Macht, auch um den Preis des Verzichts auf ihren revolutionären Zweck. Das Doppelmoppelwort vom »real existierenden Sozialismus« hatte auf den Beifall der im Alltag gefangenen Massen spekuliert, es sollte die Linksradikalen als weltfremde Spinner denunzieren, unfähig zur Einsicht, daß nach dem Fressen noch mal das Fressen kommt und die Moral erst dann, irgendwann, und daß der Spatz in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dach. Von der revolutionären Idee eines Vereins freier Produzenten, die zur materiellen Gewalt würde, wenn die Menschen sie begriffen, war lange vor Gorbatschow keine Rede mehr. An die Stelle des offensiven Kampfes für die richtige Idee einer solidarischen Menschheit als Subjekt der Geschichte trat der defensive Götzendienst am durchorganisierten autoritären Wohlfahrtsstaat, der das kleinere Übel, also von unschätzbarem Nutzen war, wenn man ihn mit frühkapitalistischem Terror oder dem Grauen in der Dritten Welt verglich, der aber dennoch innerhalb einer vom Kapital beherrschten Welt ein vorgeschichtliches Gewaltverhältnis bleiben mußte. Seine Verkitschung zum »sozialistischen Vaterland« oder »Vaterland der Werktätigen« war eine Verbeugung vor den reaktionären Instinkten, auf denen der Zusammenhalt im Gemeinwesen gründet, das von seinen Mitgliedern nicht durchschaut werden darf. Ihn zum Idol zu machen, wie es die Linken im Westen taten, war nichts als billiger Gastarbeiter-Chauvinismus, welcher der Regel folgt, die Heimat um so mehr anzubeten, je weniger man sie erträgt.

Durch ihre Haltung, statt auf die Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung auf die Sowjetunion und deren Machtbereich zu setzen, wo angeblich alles Erstrebte schon greifbare Gestalt geworden war, glichen die resignierten Kommunisten mit dem Vorstellungsvermögen eines sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionärs bei der »Neuen Heimat« sich weltweit den Wilden an, die ihren Gott lieber als Stück Holz in der Tasche denn als Vorstellung im Kopf besitzen wollen. Am Ende zeigte sich, daß die banalen Gewißheiten des verdinglichenden Denkens die allergrößten Illusionen sind, und die Fetischisten, die sich für Realisten oder gar Materialisten gehalten hatten, standen – hoffentlich nicht zum letzten Mal – als die Angeschmierten da. Millionen Büros, Dienststellen, Funktionäre, Mitglieder, Jubler, Agenten, Soldaten und Polizisten schienen damals nur den Schluß zu erlauben, daß die Existenz des Ostblocks auf unabsehbare Zeit gesichert war – wie heute das mit allen Mitteln nach der Weltherrschaft strebende Regime der siegreichen Westmächte unüberwindbar scheint. Vergessen wurde damals und wird heute, daß gesellschaftliche Verhältnisse sich ebensowenig auf ihre Elemente reduzieren lassen wie ein Gemälde auf Anzahl und Qualität der verwendeten Farben. Das größte Staraufgebot garantiert im Kino keinen Kassenknüller, wenn der Regisseur ein langweiliger Pfuscher war, und Millionen Polizisten nützen dem Machthaber nichts, wenn sie seinen Befehlen nicht folgen.

Als Kohls Gefangener lernt Honecker nun den äußerlich imposanten Verein von innen kennen, als dessen Vorsitzender er sich mächtig glaubte. Die gleichen Leute – vormals SED, jetzt PDS – die dem Staatschef auf eine ekelhaft speichelleckerische Weise gehuldigt hatten, wenn er peinlich dumme und tödlich langweilige Reden schwang, geben sich heute dafür her, den alten Antifaschisten, den neben Castro letzten Kommunisten, den ersten politisch Verfolgten und über Staatsgrenzen hinweg Verschleppten des Vierten Reiches zu verleugnen, zu dem Honecker seit seiner Entmachtung geworden ist. Nichts haben die Gysis von ihrem ehemaligen Chef gelernt, dessen Fehler sie sklavisch imitieren, ohne seine Lebensgeschichte zu besitzen und seine Verdienste zu teilen. Sie überbieten ihn noch an falscher Beflissenheit, wenn sie heute aus Parteiräson tun, was er aus Staatsräson tat, nämlich die Idee und die Genossen dem Buhlen um die Gunst der Machthaber und des Publikums zu opfern. Den einen, der festgehalten wird unter derart kindischen Vorwänden, daß man sie nicht mal zurückweisen oder entkräften mag, und dessen Schuld nur das Resultat ihrer tausendfachen Feigheit gewesen sein könnte, klagen sie an, daß er sie verdorben habe, weil sie der irrigen Meinung sind, daß sie Reue zeigen und Besserung geloben, kurz: mit den Wölfen heulen müssen, um auf Resozialisierung hoffen zu dürfen. Vom pädagogisch ambitionierten Kommunismus verwöhnt, wo dergleichen Demutsgesten und Loyalitätsbekundungen bisweilen so fürstlich honoriert wurden, daß Altnazis zu hohen Ämtern kamen, täuschen sie sich sehr über den Westen, der sich vor lauter Freunden der Demokratie und Anhängern der freien Marktwirtschaft neuerdings kaum retten kann und nicht mehr Gesinnungsgenossen mit Anspruch auf Alimentierung gewinnen, sondern sie loswerden, d.h. Feinde identifizieren will. Auf allen vieren kriechen sie vor dem neuen Staat, wie sie vor dem alten krochen, während Honecker doch gerade in Moabit die Quittung dafür bekommt, daß es das oberste Ziel der DDR-Diplomatie gewesen war, sich bei den Westmächten Liebkind und auf internationalem Parkett eine gute Figur zu machen.

In der Zelle kann Honecker sich fragen, ob er recht daran tat, im Herbst 1987 durch die BRD zu tingeln und dort der gleichen Bourgeoisie zuzuprosten, die Auschwitz, zwei Weltkriege und zahllose Genossen auf dem Kerbholz hat. Statt, wie es scheint, Verrat zu üben, wenn sie den gleichen SED-Chef heute wie einen lumpigen Verbrecher behandelt, den sie vor

fünf Jahren als Staatsmann und Staatsgast servil umschmeichelt hat, bleibt die Bundesregierung nur dem Grundsatz treu, daß Kommunisten zu verfolgen seien, wo dies die Umstände erlauben. Teilweise seit über 15 Jahren schon saßen RAF-Häftlinge im Knast, als Honecker und Kohl freundlich grinsend gemeinsam vor die Presse traten, gar nicht zu reden vom Radikalenerlaß und vom KPD-Verbot. Nicht für den Kommunisten, sondern für den Staatschef wurde in Bonn der rote Teppich ausgerollt. Daß Honecker auf dem Ding herumstolzierte, bewies, daß er mit dieser Rolle so zufrieden war, wie die PDS es heute ist, wenn sie im Bundestag sitzen und in der Talk-Show mitplaudern darf. Wer aber nur am Ruder bleiben will, bleibt es nicht, die Könige wußten, warum sie sich als Untertanen Gottes und oberste Diener des Gemeinwesens verstanden. Sie taten es, weil die Führer nichts daran ändern können, daß ihr Verhalten beispielgebend wirkt. Wahrscheinlich wird Honecker nie begreifen, daß er der erste von Zehntausenden war, die in die Bundesrepublik wegen des Begrüßungsgeldes kamen, das zwar in seinem Fall anders hieß, aber für den gleichen Zweck bestimmt war, für die Festigung der Macht durch Befriedigung der Habgier demoralisierter Massen. Sie mit erbettelten Vergünstigungen zu bedienen, war die Absicht Honeckers, der nicht mit ihrer Schlauheit gerechnet hatte. Den Handel durchschauend kamen sie zu dem Schluß, daß der Mittelsmann nur Prozente nimmt, die man sich bei direktem Zugang zur Quelle sparen kann. Statt nach der Devise »Gut ist, was mir, der Partei oder dem Staat nützt« zu handeln, müssen die Machthaber sich einer Idee unterordnen, wenn sie Unterordnung erreichen wollen. Verweigern sie den Gehorsam, finden sie selber keinen und bringen ihresgleichen in solcher Überzahl hervor, daß die Herrschaft im Kampf aller gegen alle endet.

Das seit den 50er Jahren bestehende und dem Hitler-Stalin-Pakt nachgebildete Arrangement des Ostblocks mit der Fortdauer des Kapitalismus lief zwangsläufig aufs Akzeptieren von dessen Spielregeln hinaus, nur ist der Kapitalismus kein Spiel und schon gar keins, bei dem jeder mitmachen kann. Den Klassenfeind im friedlichen Wettstreit um den ersten Platz unter den Automobilproduzenten übertreffen zu wollen, wie Chruschtschow gelobte, verriet das Gemüt eines ignoranten Großmauls, weil nur das Kapital die Arbeiter dazu bringen kann, acht Stunden lang sich am Fließband für das fragwürdige Vergnügen zu schinden, daß man während der Anfahrt zur Fabrik solo im eigenen Wagen sitzen darf. Derlei als »Aufbau des Sozialismus« zu begreifen, war das Mißverständnis einer Führungsclique, die vom Kommunistischen Manifest wenig hielt, viel aber von Datscha, Dienstwagen und Devisen. Der Rest war »Wandel durch Annäherung« dergestalt, daß die leitenden Kader mit der Rentnermentalität es sich gemütlich machten in den Verhältnissen, die für unumstößlich galten. Auf das Bewußtsein, einerseits nichts mehr ändern zu können, gleichsam am Ende zu sein, andererseits aber fest im Sattel zu sitzen, reagierte der Osten wie der Stehkragenproletarier auf die Festanstellung, nämlich mit der Aufnahme von Krediten, deren Vergabe in diesem Fall »Neue Ostpolitik« hieß.

Während Brandt und Breschnew sich zur Feier des schmutzigen Geschäfts volllaufen ließen wie zwei alte Saufkumpane, orientierten sich die nüchtern gebliebenen Funktionäre um und übten lange vor Gorbatschow das »Neue Denken«. Zum Gläubiger aufschauen hieß, nach Westen zu blicken, in der Ferne das eigene Vorbild zu erkennen, unter gesellschaftlicher Macht allmählich die Lizenz zur Durchsetzung eigener Vorteile zu verstehen und darunter irrtümlicherweise nichts als das Erschnorren von Privatbesitz. Als Folge des Schuldnerstatus, den der Osten angenommen, und welcher den Klassenfeind in einen Geschäftspartner verwandelt hatte, fand ein schleichender Machtwechsel statt, der die Gesinnung des Lumpenproletariats an die Spitze brachte, das bekanntlich in den Kategorien von Schenken und Pumpen denkt und zwischen Verkauf und Verrat nicht unterscheidet. Nicht erst unter Gorbatschow war die korrupte Kaste habgieriger und verantwortungsloser Funktionäre entstanden, die nacheinander als linientreue Kommunisten zu Ämtern, als Reformer zu Einfluß und als Anti-Kommunisten zu ramschartigem Reichtum kommen sollten. Die Asozialen an der Spitze waren vielmehr das Produkt einer Entpolitisierung, die unter dem Namen »Entspannungspolitik« Anhänger gewann. In Gorbatschow fand sie nur ihren beredten Ideologen, glänzenden Propagandisten, gefälligen Ausdruck und Starverkäufer im Außendienst. Im Namen von Glasnost wurden der Nepotismus, die Betrugsaffären und Bestechungsskandale aus der späten Breschnew-Ära angeprangert, aber nur, um gleichzeitig im Namen von Perestroika den Motiven und Methoden der in die Skandale Verwickelten den Status von Legalität und Legitimität zu verschaffen. Am Ende besaß der entmachtete Kremlchef mit der Gabe, schier endlos von geistigen Dingen zu schwafeln, mehr rechtmäßig erworbenes Vermögen als ein ehrlicher Gauner wie Breschnews Schwiegersohn je beiseiteschaffen konnte. Er wurde reich, während die Massen verarmten, wobei sich nur die Frage stellt, ob er Gelegenheit haben wird, seinen Reichtum auch zu genießen. Denn wenn das Hauptinteresse der politischen Führungsschicht auf ganzer Breite den Nebeneinkünften gilt, heißt dies, daß sie nicht mehr herrschen kann.

III

Wohin das führt und wie das kommt, war in Somalia zu studieren, wo die Lage noch wirrer als anderswo zu sein schien, weil die Banditen, die schließlich das Land ruinierten, auf den völkischen Mummenschanz weitgehend verzichtet hatten und nicht mal Namen trugen. Dafür kennt man in diesem Fall die Vorgeschichte besser, die durchaus exemplarische Bedeutung hat. Für die Erlaubnis, daß die GSG 9 eine entführte Lufthansamaschine in Mogadischu stürmen durfte, hatte im Jahr 1977 die Bundesregierung 35 Millionen Mark an den somalischen Präsidenten gezahlt, ohne lange nach dem

Verwendungszweck zu fragen. Der Handel begründete eine dauerhafte Geschäftsbeziehung, der vorher dem sozialistischen Lager zugerechnete Staat war bald mit Deutschland befreundet und vom Westen begünstigt. Mit dem Geld des Gönners kamen auch dessen Grundsätze ins Land, nur nahmen die Eingeborenen sie allzu wörtlich. Unter »freiem Spiel der Kräfte« wurde dasjenige der Streitkräfte verstanden, und unter Demokratie, daß jeder sich daran beteiligen darf.

Zum gleichen Zeitpunkt, als in Somalia der Verteilungskampf um die versiegenden Westmillionen immer härter wurde und allmählich in die letzte Runde ging, war anderswo ein ähnlicher Verteilungskampf schon gelaufen. Die Vorgeschichte: Ums Jahr 1985 herum hatte die freie Marktwirtschaft sich den Ostblock noch nicht erschlossen, wohl aber die Armenviertel von Los Angeles. Neue und begeisterte Anhänger fand die alte Idee unter den Jugendbanden, die bislang als Nachbarschaftsvereine Gleichaltriger mit dem Unternehmertum eher auf Kriegsfuß gestanden hatten. Man war in der gleichen Gosse aufgewachsen, hielt zusammen, prügelte sich mit den Jungs von der anderen Straßenseite, verteidigte das Revier, erfand Rituale, gehorchte dem Boß, war arm und klaute auch mal ein bißchen. Vor allem aber stahl man, da Arbeitsplätze Mangelware waren, und solange es noch Sozialhilfe gab, dem lieben Herrgott die Zeit. Im Zentrum der kapitalistischen Raserei hatte sich eine Enklave eingenistet, wo der Rhythmus des Alltags ein wenig demjenigen der sozialistischen Länder glich.

Mitte der 80er Jahre flog die Enklave auf, als das Kokain die Wende brachte, indem es für eine Welle von Existenzgründungen sorgte. Die Jugendbanden wurden Dienstleistungsunternehmen, die Nachbarschaftsvereine Vertriebsorganisationen, die Reviere Absatzmärkte und die persönlichen Freundschafts- oder Treueverhältnisse durch das egoistische Streben des einzelnen nach Einkommen ersetzt. Beim Geld hören bekanntlich alle Sentimentalitäten auf, oder anders gesagt: »Die Jagd nach persönlicher Bereicherung wird zum universellen Ideal aller Mitglieder der Gesellschaft, was verbissene individuelle Konkurrenz in allen gesellschaftlichen Bereichen nach sich zieht, auf Kosten von Solidarität und Kooperation.«

Dergleichen Befunde sind weder neu noch originell, und nur um die Ähnlichkeit zwischen Phänomenen zu zeigen, die zusammengehören, obgleich sie räumlich und zeitlich weit entfernt sind, wurde diese Passage nicht aus einer Studie über Amerika zitiert, sondern aus Ernest Mandels 1969 erschienenem Buch »Jugoslawische ökonomische Theorie«. Es untersucht die Frage, was es wohl auf sich hatte mit jener Sozialismusvariante, in deren Beschreibungen viel von »Arbeiterselbstverwaltung«, »Blockfreiheit«, »sozialistischer Marktwirtschaft« »Drittem Weg«, »... mit menschlichem Antlitz« die Rede war – damals, als konservative Blätter wie die »FAZ« die Serbokommunisten ihrer ökonomischen Vernunft wegen herzten und SPD-Funktionäre so begeistert zurückkamen von den Gesprächen mit Titoisten an der schönen Adria, daß Brandt dem Völkerkerker einen Fünfmilliardenkredit spendierte.*

Nach Mandels Auffassung liefen das jugoslawische Modell und besonders die im Westen als Liberalisierung gepriesenen Wirtschaftsreformen anfangs und Mitte der 60er Jahre auf eine Mischung aus Frühkapitalismus und Sozialstaat hinaus, welche die Gesellschaft allmählich zerrütten würde: »Phänomene wie weitverbreitete Korruption, Prostituierung, Käuflichkeit von Feder und Geist, ständiger Abbau gesellschaftlicher Ideale und des gesellschaftlichen Idealismus bei der Jugend müssen in einer solchen Atmosphäre unweigerlich gedeihen.«

Was damals die schärfste Kritik an einem Gesellschaftstyp war, der im Westen als Musterknabe unter den sozialistischen galt, liest sich heute wie eine Sonntagspredigt. Wo Mandel sich um den gesellschaftlichen Idealismus der Jugend sorgte, bildete sich gerade eine staatliche Menschenhändlerorganisation heraus, die ganz Westeuropa mit der Ware Arbeitskraft versorgte. Die Ausgestoßenen rächten sich und kamen mit D-Mark in der Tasche als Aufkäufer zurück, im sozialistischen Jugoslawien gab es Wohnungsnot und viele leerstehende Häuser, deren Besitzer im Ausland arbeiteten und die Immobilie als Altersruhesitz erworben hatten. Die Zurückgebliebenen, die Versager, rächten sich ebenfalls, indem sie die erfolgreicheren Abtrünnigen kräftig molken. Eine typische Gastarbeiterreise in die Heimat begann damit, daß an der Grenze das Vaterland mächtig Zoll kassierte. Dann kamen die Verwandten, die alle nur eines, nämlich Haben wollten, mit dem Effekt, daß man im anderen entweder den Krösus oder den Schnorrer sah. Bei der Arbeit stellte sich jeder die Frage, warum er sie für umgerechnet 400 Mark machen soll, während der Schwager in Mannheim dafür 3.000 Mark bekommt. Lange bevor der Staat Jugoslawien zerbrach, war die Gesellschaft in asoziale einzelne zerfallen, in ein System allseitiger Konkurrenz.

IV

Zur individuellen Konkurrenz, in welcher – wir sprechen wieder von Los Angeles – die Mitglieder der Bande zueinander standen, kam freilich eine andere hinzu, nämlich die zwischen den Banden selber. Ein Revier abzustecken und dort keine andere Bande zu dulden, war zuvor eines Frage des Selbstwertgefühls gewesen, eben Ehrensache. Dafür prügelte man sich oder riskierte auch eine Messerstecherei, aber man griff nicht gleich zum Gewehr. Die schwereren Waffen kamen zum Einsatz, weil aus der Kontrolle über ein paar verwahrloste Straßen die Kontrolle über einen millionenschweren Absatzmarkt geworden war. Außerdem sah jede Bande sich mit dem typischen Problem des Existenzgründers konfrontiert,

daß immer alle auf die gleiche Idee kommen und dann die Konkurrenz beginnt. Die Einzelheiten hat Susanna Elm in ihrem Artikel »Am Ende erschlagen sie ihre Brüder – Aufstieg und Zerfall der Jugendbanden von Los Angeles« beschrieben, der wiederum eine Untersuchung der Universität Berkeley referiert und dort erhobenes Interview-Material zitiert. Er erschien am 20. Juni 1992 in der »FAZ«, nachdem Ende April/Anfang Mai bei bürgerkriegsähnlichen Unruhen in Los Angeles rund 60 Menschen ums Leben gekommen waren und ganze Viertel aussahen wie Vukovar nach der Zerstörung. Susanna Elm also über die Entwicklung der Marktwirtschaft, dargestellt an einem Musterfall: »Es war nur eine Frage der Zeit, bis der Kokain- und Crackmarkt die Folgen einer Angebotsübersättigung zu spüren bekam. Die Konkurrenz verschärfte sich, Preise und Gewinne sanken. Bis zu einem gewissen Grad konnten die Wirtschaftsgangster durch neue Verkaufsgebiete und Käuferkreise die Gewinneinbußen auffangen: _O. k., in meinem Gebiet kann man jetzt nur noch einen minimalen Gewinn im Drogenhandel erzielen. Also versuchen sie, Gebiete zu erobern, und alles wird so durcheinander und eingepfercht. Das einzige, was sie trennt, ist eine Straße. Auf dieser Seite die eine Bande und auf jener Seite die andere Bande.‹ Doch der Konkurrenzkampf wurde immer härter. Für die Banden bedeutete das: ›Mehr Artillerie. Jeder hat jetzt ein Gewehr. Jeder. Kleine Kinder rennen mit Gewehren durch die Gegend. Dieselben Gewehre, die die Polizei hat, die kleinen Jungs haben die auch. Und die schießen.‹«

Ende der 80er Jahre standen die Jugendbanden in den Armenvierteln amerikanischer Großstädte also vor dem gleichen Problem, mit dem die Länder der Dritten Welt und der Ostblock zu kämpfen hatten. Im einen Fall waren es die Drogen, im anderen die Rohstoffe, die sich nur noch zu Dumpingpreisen verkaufen ließen. Überhaupt hatte die Weltwirtschaft den Punkt erreicht, wo Absatzgewinne ausschließlich zu Lasten der Konkurrenten gehen, was zu heftigen Verteilungskämpfen und damit zu Siegern und Verlierern führt. Die GATT-Verhandlungen traten auf der Stelle, die USA lagen mit Japan und die EG lag mit allen beiden im Handelsstreit. Die in der Schuldenkrise steckende Dritte Welt wurde immer ärmer, in der UdSSR gab es nichts zu kaufen, und in Jugoslawien hatte man kein Geld. Doch während im internationalen Maßstab der Braten gewissermaßen noch in der Röhre schmorte, hatte man in Los Angeles schon die nächste Etappe erreicht, freilich noch lange nicht die letzte.

Die vorletzte brach an, als im Jahr 1990 Bushs Anti-Drogen-Programm zu wirken begann. Das Bündel von Gesetzen und Erlassen machte zusammen mit bewilligten Millionensummen paramilitärische Einsätze gegen die Stützpunkte der Banden möglich, ganze Straßenzüge wurden bei Verdacht durchsucht oder nachts von den Suchscheinwerfern der Polizeihubschrauber ausgeleuchtet. Im eigenen Land wurde eine Aktion ausprobiert, die sich demnächst in Bosnien oder Serbien mit ähnlichem Erfolg wiederholen könnte, nämlich die Zerschlagung von Gebietskörperschaften, die nichts als das Streben nach Geld und Macht zusammenhält. Statt unter dem Druck einer als ungerecht empfundenen Verfolgung noch enger zusammenzurücken, zerfallen die Banden im Maße, wie die Gewinne sinken. Im Sommer 1991, schreibt Susanna Elm, registrieren Soziologen aus Berkeley das Auseinanderbrechen der schwarzen Jugendbanden in den Stadtteilen Compton, Watts und Inglewood:

»An die Stelle der Verteilungskämpfe rivalisierender Banden, etwa zwischen den *Bloods* und *Crips*, ist der Kampf jedes gegen jeden getreten. Eine Welle beispielloser Brutalität überzieht die Viertel, in denen die *gangs* entstanden. ... ›Da draußen, da herrscht Krieg‹, erzählt einer von ihnen, ›ja, zwischen *Bloods* und *Bloods*. Mein *homeboy* hier, der kam neulich zu mir. Er war auf ‘ner Party, einer der *homeboys* hatte ‘ne Party, und die ganze Bande war da. Ein paar waren also auf der einen Seite vom Zimmer und ein paar auf der anderen Seite. Und die fangen an, direkt aufeinander zu schießen. Verdammt, das ist Wahnsinn da draußen.‹«

Wahnsinn also – ein Wort, drei Orte, drei Bedeutungen: Jubel in Berlin 1989, als die Mauer fiel; Entsetzen in Los Angeles 1991, als die *Bloods* Jugoslawien im kleinen spielten; und Verzweiflung in Sarajevo 1992, als die Milizen außer Kontrolle gerieten. Ein knappes Jahr nach der blutigen Party tobten in den Stadtteilen Compton, Watts und Inglewood die Ausschreitungen, Plünderungen und Brandschatzungen am heftigsten, die Nationalgarde greift ein, der Notstand wurde ausgerufen und Ausgangssperren wurden verhängt. Der Wahnsinn hatte die ihm gemäße Normalität hervorgebracht, den Aufstand des Mobs und seine Niederwerfung durch das Militär, dessen Einsätze friedensschaffende oder friedensbewahrende Maßnahmen heißen.

*Peter Coster, Jochen Schulze zur Wiesch, Elisabeth Stein: Jugoslawien auf dem ›Dritten Weg‹ – zum Kapitalismus, in: Sozialistische Politik Nr. 9, Dezember 1970

Wolfgang Pohrt schrieb in KONKRET 8/92 über die Vorbereitungen des Krieges gegen Rest-Jugoslawien

Konkret 09/92, S. 24

Heiner M□ ller

□ Artm□ □ ig Germanen□

Die Aktion Kinderklau, in deren Verlauf zwei deutsche Landtagsabgeordnete 42 Kinder aus Sarajevo schaffen lie□ en, weckt Erinnerungen an die Politik der deutschen Besatzer Jugoslawiens w□ hrend des 2. Weltkriegs

Im »Hamburger Abendblatt« vom 5. August 1992, das ganz im Zeichen der deutschen Waisenkinderwelle steht, polemisiert der Kommentator gegen des Außenministers Kinkel Distanzierung von den »Kinderrettern« aus Sachsen-Anhalt. Bürokratenreaktion gegen »Zivilcourage«: »Auch wenn es riskant ist. Im Zweiten Weltkrieg sind Tausende von jüdischen Kindern durch Herzensmut von Politikern und Behörden gerettet worden, während gleichzeitig manche Rettungsaktion grausam scheiterte.« In der selben Zeitung findet sich einige Seiten weiter hinten die Geschichte des polnischen jüdischen Pädagogen Janusz Korczak, der vor 50 Jahren mit 200 Waisenkindern in Treblinka vergast wurde. Daneben, groß, ein Foto des alten Janusz Korzcak inmitten seiner Waisenkinder, aufgenommen im KZ. Zwei Seiten vorher war der »Abendblatt«-Leser bereits auf ein großes Bild gestoßen, das Helfer inmitten von »Waisenkindern« aus Bosnien zeigt, die ein Flugzeug verlassen. In der Bildmitte ein Arzt, der, man glaubt es kaum, aussieht wie Janusz Korczak. Er stammt aus Magdeburg und mag etwa 20 Jahre jünger sein als der polnische Pädagoge.

Zufall oder perfider Journalismus? Sicherlich, der Arzt ist echt, und das Schicksal Korczaks und seiner Kinder jährte sich im August tatsächlich zum fünfzigsten Mal. Doch ob in diesem Fall Perfidie oder ihr Unbewußtes die Zeitungsmacher dazu trieb, die Bewältigung der deutschen Vergangenheit an Jugoslawien zu exekutieren – derlei ist hierzulande längst Usus geworden: Theo Sommer fühlt sich in der »Zeit« angesichts der Internierungslager im ehemaligen Jugoslawien an »Bergen-Belsen« und angesichts »ethnischer Säuberungen« an »Hitlers Versuch(!), Europa judenfrei zu machen«, erinnert. »Kein Wunder, daß hierzulande die Emotionen besonders hochgehen.« Erich Rathfelder mutmaßt in der »TAZ«, daß »heute und jetzt ein neues Auschwitz« beginnt. Johann Georg Reißmüller findet in der »FAZ« die »Endlösung« durch die Serben realisiert. Tapfere Deutsche aber haben 42 »Waisenkinder« gerettet, während Janusz Korczak und seine 200 Waisenkinder wegen fehlender Hilfsbereitschaft in den Tod mußten.

In der »Zeit« beschwört Theo Sommer den »Wahnsinn in der eigenen Vergangenheit«, der uns »geradezu die Verpflichtung (auferlegt), mit aller Macht darauf hinzuwirken, daß etwas geschieht, den Bedrängten zu helfen und den Bedrängern das Handwerk zu legen«. Denn alle anderen schauen weg. Die Amerikaner sind mit sich selbst beschäftigt und egoistisch, weil□s auf dem Balkan kein Öl gibt. Franzosen und Engländer sind – wie gehabt: München 38 und so – feige, damit haben sie uns schon einmal viel zu früh in den Krieg gejagt. Die Uno? Unfähiges Bürokratenpack, solange die Deutschen nicht einen Sitz im Sicherheitsrat haben.

Doch auch »wir« handeln immer noch nicht konsequent genug. Vorerst wird humanitär geschossen. Zwei in Nahaufnahme und Farbe zu goutierende blutüberströmte Kleinkinderleiber verstärken nicht nur eine nie gekannte »Welle von Hilfsbereitschaft«, die die mit deutscher Tüchtigkeit und exzellenter Propaganda inszenierten beiden Flüchtlingszüge aus Bosnien ausgelöst haben. Sie befördern auch eine Welle von humanitärer Kriegsbereitschaft. Die nationalen »Rettet die Kinder«-Brigaden heißen »Nachbarn in Not« (ARD und »Bild«), »Von Mensch zu Mensch« (»Hamburger Abendblatt«, Axel Springer Verlag), »Aktion Zuflucht« (»Stern« und Arbeiterwohlfahrt), »Menschen in Not« (NDR und ORF), »Menschen in Not – ZDF und DRK helfen Jugoslawien-Flüchtlingen« sowie basisdemokratisch und ökologisch »Aktion Fluchtweg« (»TAZ«, Grüne/AL Berlin).

Tapfere Deutsche? »Wir holen die Kinder aus Sarajewo raus!« hatte Außenminister Kinkel am 26. Juli 92 (eine Woche vor dem Kaperunternehmen) in »Bild am Sonntag« versprochen, denn »die deutsche Bevölkerung ist bewundernswert bereit, Kriegsopfer aufzunehmen, viele Eltern wollen Waisenkinder aufnehmen«. Die Uno jedoch, die sich entgegen dem deutschen Drängen noch immer nicht als antiserbische Kampftruppe begreift, sprach sich gegen Aktionen aus, die nicht mit den Kriegführenden abgesprochen wurden. Die Aktion Kinderklau der beiden Magdeburger Abgeordneten Angelbeck und Knolle paßte denn auch zur großmäuligen Ankündigung des deutschen Außenministers und kam der deutschen Politik der Kriegsverschärfung entgegen. Der Bundesregierung blieb die Möglichkeit, ihr sowohl staatliche Rückendeckung zu verweigern und sie zur Privathandlung zu erklären als auch sie propagandistisch auszuschlachten. Prompt meldeten sich die Kinderschützer in der Boulevardpresse zu Wort. Bundesjugendministerin Angela Merkel kündigte, assistiert vom Kinderkommissionsvorsitzenden des Bundestags, Wilhelm Schmidt (SPD) (»alle rund 50.000 Kinder aus Sarajevo rausholen«), eine großangelegte Rettungsaktion an. Seither tobt der deutsche Babykrieg gegen den Rest des einstigen Jugoslawien.

Man kann als sicher annehmen, daß die Initiatoren und Befürworter der Aktion den Tod einiger der Kinder einkalkuliert hatten. Soweit es heute rekonstruierbar ist, war das gesamte Unternehmen extrem fahrlässig organisiert. Es gab keine Absprachen mit der Uno, die für einen Transport drei Tage später in Verhandlungen stand. Man fuhr unter Druck zwölf Stunden früher ab, als mit den privaten Hilfsorganisationen vor Ort abgesprochen war. Für die beiden im kroatischen Split

auf den Bus wartenden Abgeordneten allerdings war das Unternehmen risikolos. Passiert nichts, sind wir heldenhafte Kinderretter. Wahrscheinlicher aber ist, daß irgendwer entlang der »Heckenschützen-Allee«, die der Bus passieren mußte, schießt – ein weiterer Beleg für Grausamkeiten, denen die Deutschen, wenn sie denn dürften, schon längst ein Ende bereitet hätten.

Um die Aktion humanitär zu verkaufen, mußte zunächst die Schuldfrage geklärt werden. Wider besseres Wissen wird in der »TAZ« (was in diesem Fall nicht mal Springers »Welt« tat) jeder Heckenschuß in Bosnien zu einem serbischen erklärt, der aus Belgrad gelenkt wird. Von dem Angriff auf den Kinderbus weiß man zwar nur, daß er aus »einem der gegenüberliegenden Hochhäuser« kam, und bereits einige Tage zuvor hatte der mittlerweile abgelöste Uno-General MacKenzie erklärt, daß er Beweise dafür habe, »daß alle Seiten ihre eigenen Stellungen beschossen haben, um den Eindruck eines gegnerischen Angriffs zu erwecken«. Es mußte darüber hinaus die Lüge vom lebensrettenden Charakter des Coups in die Welt gesetzt werden, um dem seit Anfang Juli mit Wissen des Außenministeriums und Unterstützung des Sozialministeriums in Sachsen-Anhalt geplanten Unternehmen den geeigneten humanitären Anstrich zu geben. Der Behauptung, »Nichtsstun oder noch längeres Warten hätte den Tod der Kinder bedeutet«, widersprechen zwar zahlreiche nichtdeutsche Stellen (Uno-Kinderhilfswerk, die Leitung des Waisenheims), was hierzulande jedoch niemanden hindert, sie als wahr zu verbreiten.

Kriminell war auch das Auswahlverfahren für die Kinder: 30 der 42 sollen ohne Einverständnis ihrer Eltern regelrecht verschleppt worden sein. Dennoch wird ständig von »Waisenkindern« geschrieben. Selbst die Idiotie, in ein und derselben Zeitung von der Beerdigung eines der getöteten »Waisenkinder« zu berichten und zugleich ihre Mutter (die weder von der Ausreise noch der Beerdigung informiert wurde) abzubilden, halten bundesdeutsche Medien ihren Lesern für zumutbar. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß Bestechungsgelder bei der Auswahl der Kinder eine maßgebliche Rolle gespielt hat. Daß serbische Polizisten in Bosnien neun Kinder aus dem Bus geholt und in ein Krankenhaus gebracht haben, wurde als zusätzliche Greueltat von Kidnappern gewertet. Dabei hatten sie nach Aussagen von bosnischen Begleitern Fürsorgedokumente vorgelegt, deren Existenz umgekehrt die Annahme zuläßt, daß es sich bei der gesamten Aktion um ein Kidnapping durch die deutschen Aktionisten gehandelt hat. Schließlich haben Angelbeck und Knolle ihr Bundesland Sachsen-Anhalt nicht vergessen. Die Eile bei der Durchführung der Aktion war auch von der Notwendigkeit bestimmt, freie Heimplätze aus DDR-Zeiten zu besetzen, um öffentliche Gelder zu erhalten.

Bei der Arbeiterwohlfahrt hat die Aktion eine »große Nachfrage nach Waisenkindern« ausgelöst. »Aus ganz Deutschland gingen in Magdeburg Adoptionswünsche« ein. Nach Hoyerswerda, Hünxe und Mannheim-Schönau regte sich endlich der gute Deutsche. »Schockiert von den Fernsehbildern und abgestoßen von den bürokratischen Hürden... greifen Privatpersonen zur Selbsthilfe«, jubelte eine Bettina Markmeyer in der »TAZ«. Was in Sarajevo »nicht mehr möglich sein soll, daß Serben, Kroaten und Moslems Tür an Tür leben, wird nun hier geprobt«. Schauen wir uns das multikulturelle, flüchtlingsfreundliche Deutschland etwas genauer an. Nicht nur 42 Waisenkinder, bereits 263 Säuglinge und 1.350 Kinder waren mit dem ersten Flüchtlingszug der 5.000 Bosnier und Kroaten in der BRD eingetroffen. In Hamburg haben sich 211 private Helfende gemeldet, nur 14 waren allerdings bereit, eine Mutter mit Kind aufzunehmen, die meisten wollten nur das Kind. In Niedersachsen waren es 450 von 840 Familien, die nur ein Kind, viele nur ein Waisenkind, aufnehmen wollten – unter den Flüchtlingen aber war kein alleinstehendes bosnisches Kind. In Bayern hatten nach über einer Woche nur 50 von 700 Flüchtlingen privat bei Bayern und Jugoslawen untergebracht werden können, die allermeisten Hilfswilligen wollten nur Kinder haben. Und dann gibt es da noch die Spezialwünsche. »Der fünfzig Jahre alte Mann (in Unna), der zwei Mädchen unter achtzehn Jahren aufnehmen wollte, ist ein Einzelfall« (»FAZ«). »Angebote von Hamburgern haben leider schon gezeigt, daß alleinstehende Männer ihre Flüge nach Thailand sparen und gern Frauen aufnehmen wollen, die auch Kinder haben dürfen«, klagte die »Aktion Fluchtweg« in der »TAZ«. »Ein männlicher Anrufer« bat: »Bitte schicken Sie mir eine 19jährige«; ein anderer bestellte einen »hübschen Jungen« (»TAZ«).

Allzusehr verweist diese »Hilfsbereitschaft« auf deutschen Kinder»notstand« und Geburtenrückgang, auf psychosoziale Probleme von Kinderlosigkeit und den Willen, die Notsituation anderer Menschen brutal auszunutzen. Da kommen bosnische Kleinkinder, am besten Waisen, oder solche, die durch den Krieg von ihren Eltern getrennt oder für ein paar D-Mark gekauft worden sind, gerade recht. Noch sind sie nicht zur Adoption freigegeben, da Bosniaken und Kroaten deren Rückkehr zur Bedingung für die Ausreise machten. Doch ist es angesichts des Krieges nur eine Frage der Zeit, daß daraus »doch noch ein Daueraufenthalt in Sachsen-Anhalt« wird, schreibt die »Berliner Zeitung«.

Die Sympathiewoge für bosnische Flüchtlingskinder und die unbedingte Bereitschaft zur Eindeutschung wecken unangenehme Erinnerungen an die Politik der deutschen Besatzer Jugoslawiens während des 2. Weltkriegs. Wo liest man schon, daß bei Kriegsende die Nazis über 400 jugoslawische Kinder im Gau Bayreuth in Lagern zwecks »Eindeutschung« festhielten? In solchen Lagern wurden sie auf »rassische Reinheit« und »Eindeutschungsfähigkeit« untersucht und anschließend in Heime des »Lebensborn e.V.« gegeben, eines vom Reichsführer-SS Heinrich Himmler gegründeten Vereins zum Schutz von »Müttern guten Bluts« und zur Betreuung von »Kindern guten Bluts«. Kinder getöteter Partisanen gehörten ebenso dazu wie gewaltsam den Eltern weggenommene. Die genaue Zahl der damals »eingedeutschten« jugoslawischen Kinder ist nicht bekannt. Die meisten kamen nach der »Rassenkontrolle« zu deutschen Familien in Pflege

und sollten nach dem Krieg zur Adoption freigegeben werden. Im besetzten Polen war diese Eindeutschungspolitik, die u.a. dem Ziel diente, den Geburtenrückgang und die Kriegsverluste wettzumachen, am weitesten entwickelt. Die Besinnungslosigkeit der aktuellen Adoptions- und Kinderbegeisterung folgt natürlich nicht solch staatlichem Programm – das als auch subjektives Adoptionsmotiv zudem vehement bestritten werden dürfte. Daß aber im NS-Nachfolgestaat die Grundlagen der Rassen- und Germanisierungspolitik nachwirken, zeigt die politisch instrumentalisierbare Lenkung und (unbewußte) Auswahl der Objekte der Kinderliebe. Auch dieses Unbewußte wächst aus gesellschaftlicher Tradition.

Die Bereitschaft der Deutschen, »in ihren Wohnungen zusammenzurücken«, ist für die bereits zitierte Bettina Markmeyer »eine weibliche Antwort auf den männlichen Krieg« (»TAZ«). Spätfolgen der grün-alternativen Mütterdebatte aus den achtziger Jahren? Wo jetzt schon das alternative Mutterkreuz vergeben wird, stellt sich die Frage, warum ausgerechnet bosnische Kinder? Warum keine somalischen »Neger«babys, von denen doch täglich 200 sterben? Da ändert das Rettungsschiff Cap Anamur seinen Kurs Richtung Somalia, um statt dessen 400 bosnische Flüchtlinge aufzunehmen. »Die Situation in der Bundesrepublik ist ja nicht gerade günstig für die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Horn von Afrika«, begründet Rupert Neudeck diesen Gesinnungswandel in der »TAZ«. Aber bei Bosniern und Kroaten rechnet er »mit der humanitären Kraft der deutschen Gesellschaft«. Welche Assoziationen legt dies nahe?

Der nationalsozialistischen Rassenlehre galten die Slawen als minderwertige Rasse. Daß »Kroaten keine Slawen sind, sondern blut- und artmäßig sich letztlich zum Germanentum bekennen«, hatte der Ustascha-Führer Pavelic schon Adolf Hitler versichert. »Um den verbündeten Kroaten die Peinlichkeit zu ersparen, als slawische Untermenschen gelten zu müssen, wurden die Kroaten zu einem □langschädeligen□ Menschentyp erklärt und waren damit rassisch wertvoller als die übrigen Slawen. Die moslemischen Bosnier hatten die Ehre, als die □Blüte des kroatischen Volkes□ und als rassisch besonders □reine□ Kroaten zu gelten (Melita H. Sunjic).« Auch heutigen, zumeist kulturalistischen Rassisten gelten sie zwar als religiös (Islam) eigenständig, ethnisch aber als Kroaten, die insofern dem westlichen Kulturkreis zuzuschlagen sind. Bereits dem faschistischen Kroatien von deutschen Gnaden wurde Bosnien-Herzegowina zugeschlagen (auch das »europäische« Kroatien Tudjmans beansprucht die muslimisch bewohnten Gebiete als kroatische).

Und während die deutsche Hilfswelle rollt, werden zur gleichen Zeit jugoslawische und andere Flüchtlinge in Mecklenburg von bewaffneten Skins vertrieben; kündigt eine sozialdemokratische Ministerin in Niedersachsen die »Grenzen der Toleranz« gegen »aggressiv bettelnde« Roma und Sinti an; wird eine Bürgerwehr gegen Flüchtlinge in Oelixdorf/Schleswig-Holstein wegen Lärm- und Schmutzbelästigung gegründet; klagen CSU-Stoiber und SPD-Bernrath, daß der »Asylmißbrauch« den Platz für bosnische Flüchtlinge raube, die zunächst hier arbeiten und später wieder in ihre Heimat zurück wollten (vorbildlich!); jubelt Klaus Wolschner in der »TAZ«, daß Deutschland »derzeit in Europa beispiellos« sei. »Vielleicht ist doch nicht alles schlichte □Ausländerfeindlichkeit□, was sich als Stimmung gegen Asylbewerber – ohne so klar nachvollziehbaren Fluchtgrund – entwickelt hat. Es sieht so aus, daß die bundesdeutsche Fernsehgemeinde doch stärker differenziert zwischen solchen, die im Geruch (!) stehen, nur die bundesdeutschen Sozialkassen anzapfen zu wollen, und anderen, denen geholfen werden muß«.

Heiner Möller schrieb in KONKRET 11/91 über die Eindeutschung des ehemaligen Kaliningrad

Konkret 09/92, S. 26

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste« VIII

Achter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Donnerstag, 11.6.92 –

In Freiburg bei Dresden sowie im Kreis Flöhe und in Frankenberg stür-men 90 Polizeibeamte in Kampfanzügen insgesamt drei Asylbewerberheime. Dabei fallen Rufe wie »Scheißasylanten« und »Raus hier«. Die Bewohner des Heimes Gränitz, die an einen Überfall von Neonazis glauben, versuchen die Türen verschlossen zu halten. Nach Zeugenaussagen kommt es zu gewalttätigen Übergriffen durch die Polizeibeamten. Der Leiter der Polizeidirektion Freiberg, Hans Schmid, begründet die Razzia mit der »steigenden Kriminalität durch Ausländer«. Übergriffe der Beamten seien ihm nicht bekannt.

Freitag, 12.6. –

Das Gießener Landgericht verurteilt zwei wegen versuchten Mordes angeklagte 28 Jahre alte Männer, die einen Brandanschlag auf das Haus einer türkischen Familie in Alsfeld verübt hatten, zu Freiheitsstrafen von je einem Jahr und zehn Monaten. Die Strafen werden zur Bewährung ausgesetzt. –

Brand in einem zweigeschossigen Wohnhaus in Altdorf bei Nürnberg, in dem 30 Asylbewerber untergebracht sind. Das Haus wird total zerstört, Personen kommen nicht zu Schaden. Die Polizei schließt Brandstiftung aus. –

Brand in einem Asylbewerberwohnheim in Isen/Kreis Erding. Das Gebäude brennt bis auf die Außenmauern ab, Personen werden nicht verletzt. Die Polizei schließt Brandstiftung aus.

Montag, 15.6. –

Auf dem Markt in Weißenfels bewerfen Jugendliche zehn Vietnamesen mit Tischen und Stühlen aus einer nahegelegenen Fleischerei.

Dienstag, 16.6. –

Sprengstoffanschlag auf ein Asylbewerberwohnheim im Berliner Stadtteil Wedding.

Mittwoch, 17.6. –

Das Landgericht Hamburg verurteilt zwei Männer, die am 30. September ‘91 in einem Asylbewerberheim Feuer gelegt hatten, zu Freiheitsstrafen von jeweils zweieinhalb Jahren.

Donnerstag, 18.6. –

In Lückenwalde/Berlin werfen Unbekannte einen Brandsatz aus einem Pkw vor ein Asylbewerberheim.

Samstag, 20.6. –

Vier Randalierer überfallen das Asylbewerberheim in Gröden/Kreis Elsterwerda. Sie malen Hakenkreuze und ausländerfeindliche Parolen an die Hauswand und werfen mit Steinen Fensterscheiben ein. –

Skinheads überfallen das Asylbewerberheim in Jessern/Kreis Lübben. –

Der 26jährige Polizeiangehörige Tino B. kontrolliert – in Zivil – eine 27jährige Vietnamesin auf dem Prerower Platz in Hohenschönhausen/Berlin. Er legt ihr Handfesseln an, bringt sie mit seinem Auto zu einem nahegelegenen Parkplatz, wo er sie sexuell belästigt. Als die Frau sich wehrt, raubt er ihr 100 Mark und fährt weg.

Montag, 22.6. –

Die Leipziger »Forschungsstelle Sozialanalyse« stellt die Ergebnisse einer Studie vor. Danach äußerten 54 Prozent der Befragten eine ablehnende Haltung gegenüber Ausländern. Befragt wurden insgesamt 4.300 Personen zwischen 14 und 25 Jahren in Sachsen und Sachsen-Anhalt. –

In Erding/Bayern erleidet ein 25jähriger Asylbewerber aus Indien einen Oberschenkeldurchschuß, als er bei seiner Festnahme wegen mehrmaliger Verstöße gegen das Asylverfahrensgesetz zu fliehen versucht. Nach Polizeiangaben löste

sich der Schuß versehentlich.Der betreffende Polizist habe einen Schock erlitten.

Montag, 29.6. –

Eine Gruppe von etwa 20 illegalen Einwanderern aus Rumänien überquert die deutsch-polnische Grenze im Kreis Pasewalk. Beim Durchqueren eines Kornfeldes werden zwei Rumänen von Schüssen tödlich getroffen. Zwei Jäger werden unter dem Verdacht der fahrlässigen Tötung festgenommen.

Sonntag, 5.7. –

In Zittau/Sachsen kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Rechtsradikalen und Asylbewerbern, in deren Verlauf ein deutscher Jugendlicher getötet und mehrere Asylbewerber zum Teil schwer verletzt werden. Im Anschluß greifen bewaffnete Rechtsradikale ein Asylbewerberheim an.

Mittwoch, 8.7. –

Skinheads überfallen ein Arbeiterwohnheim in Ostfildern-Kemnat/Kreis Esslingen. Sie dringen am frühen Morgen in ein Zimmer der Unterkunft ein und schlagen auf zwei Jugoslawen im Alter von 55 und 46 Jahren ein. Der ältere Mann stirbt am Tatort, der jüngere wird mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Donnerstag, 9.7. –

In Fürstenwalde verprügeln zwei Jugendliche einen 24jährigen Vietnamesen im Personenzug nach Erkner. Der Vietnamese muß in ärztliche Behandlung. –

Ebenfalls in Fürstenwalde wird ein russischer Aylbewerber zusammengeschlagen und beraubt. Der Verletzte erlitt ein Schädelhirntrauma. –

In Herborn/Lahn-Dill-Kreis werden zwei 18- und 20jährige Männer aus Pakistan von drei Unbekannten mit Eisenstangen niedergeschlagen und mit Messerstichen verletzt. Sie müssen in ärztliche Behandlung.

Freitag, 10.7. –

Das Landgericht Mönchengladbach verurteilt einen 30 Jahre alten Mann, der am 2. Oktober ‘91 einen 47 Jahre alten Türken auf offener Straße mit zehn Messerstichen niedergestochen hatte, zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe und anschließender Sicherheitsverwahrung. Der Verurteilte war schon mehrfach wegen Gewalttätigkeiten aufgefallen.

Sonntag, 12.7. –

In Saarwellingen/Saarland greifen unbekannte Täter eine Turnhalle an, in der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien untergebracht sind. Sie zünden Feuerwerkskörper und beschmieren die Halle mit rechtsradikalen Parolen.

Mittwoch, 15.7. –

In Plessow bei Potsdam überfallen Skinheads ein Lager mit ausländischen Erntehelfern. Die Skinheads greifen die Arbeiter mit Messern und Ketten an. Drei Ausländer werden verletzt, die Baracken beschädigt und Einrichtungsgegenstände zerstört.

Donnerstag, 16.7. –

Im Leipziger Stadtteil Süd-Ost überfallen fünf maskierte Männer die Wohnung eines vietnamesischen Ehepaars. Die mit Schrotflinten und Baseballschlägern bewaffneten Männer dringen in das Schlafzimmer ein und mißhandeln den im Bett liegenden Mann schwer. Der Mann wird schwerverletzt und mit Schädelhirntrauma in ein Krankenhaus eingeliefert.

Samstag, 18.7. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Buchholz südlich von Hamburg. –

In Bitterfeld/Sachsen-Anhalt dringen Skinheads in ein Asylbewerberheim ein, schlagen auf die Bewohner ein und zerstören das Mobiliar. Zwei Bewohner werden verletzt, einer muß zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus.

Montag, 20.7. –

Versuchter Brandanschlag auf eine Asylbewerber-Unterkunft im Marburger Stadtteil Schröck.

Samstag, 25.7. –

Brandanschlag auf eine Anlaufstelle für Asylbewerber im niedersächsischen Woltersdorf bei Lüchow. Der Sachschaden beläuft sich auf 50.000 Mark, Personen werden nicht verletzt. –

Dem Landeskriminalamt Hessen wurden von Januar bis Juni 1992 109 fremdenfeindliche Straftaten gemeldet, davon 14 Brandanschläge, zwei Fälle von Körperverletzung und 18 Sachbeschädigungen. Aus Baden-Württemberg werden 128 fremdenfeindliche Straftaten in der ersten Jahreshälfte gemeldet.

Sonntag, 26.7. –

In Jena werden drei Ausländer auf dem Markt von Rechtsradikalen angegriffen und verletzt. Sie müssen in ärztliche Behandlung, einer von ihnen mit einer Stichwunde. –

Vor einer Bar in Saalfeld werden Asylbewerber von rechtsradikalen Jugendlichen mit Zaunlatten und Gaspistole angegriffen. –

Der Kölner »Express« berichtet unter Berufung auf das Bundesamt für Verfassungsschutz, daß die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten in den ersten fünf Monaten diesen Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 228 auf 389 zugenommen habe. 70 Prozent der Brand- und Sprengstoffanschläge, Körperverletzungen und Sachbeschädigungen wurden von Jugendlichen unter 21 Jahren verübt, 3 Prozent der Taten wurden von Frauen verübt.

Montag, 27.7. –

Brandanschlag auf eine Wohnunterkunft polnischer Erntearbeiter im Kreis Seelow. –

Nach der Ablehnung seines Asylantrags übergießt sich ein 31jähriger Rumäne vor dem Landratsamt in Karlstadt mit Petroleum und droht, sich zu verbrennen. Die eintreffende Polizei liefert ihn gemäß dem bayerischen Unterbringungsgesetz in eine Nervenklinikein.

Dienstag, 28.7. –

In einem Wald bei Erzhausen/Kreis Darmstadt-Dieburg wird ein 23jähriger türkischer Asylbewerber erstochen aufgefunden.

Donnerstag, 30.7. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Griesheim/Kreis Darmstadt-Dieburg. –

Der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor stellt den Verfassungsschutzbericht 1991 für NRW vor. Im vergangenen Jahr seien insgesamt 709 fremdenfeindliche Straftaten registriert worden, davon 467 in der Zeit zwischen Oktober und Dezember. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres habe es in NRW insgesamt 332 fremdenfeindliche Straftaten gegeben.

Freitag, 31.7. –

Das Schwurgericht München I verurteilt den Zeitsoldaten Michael K. (22) wegen versuchten Totschlags in zwei Fällen zu sieben Jahren Haft. In der Nacht zum 8. Juli ‘91 war es zwischen dem Angeklagten und einer Gruppe junger Türken zu Auseinandersetzungen gekommen. Der Angeklagte fuhr nach Hause, holte ein abgesägtes Schrotgewehr und kehrte zurück, um drei Schüsse abzufeuern. Levent U. wurde am Bein verletzt, Cuneyt M. wurde von mindestens 70 Schrotkörnern am Kopf und in den Oberkörper getroffen. Er überlebte »wie durch ein Wunder«. Von den zunächst angenommenen Mordmerkmalen fielen die niedrigen Beweggründe weg, da nicht festgestellt werden konnte, ob K. »aus Ausländerhaß« gehandelt habe.

Samstag, 1.8. –

In Jessern/Kreis Lübben in Brandenburg überfallen etwa 20 bis 30 Jugendliche ein Asylbewerberheim und werfen Fensterscheiben ein. –

In Lübbenau/Kreis Calau in Brandenburg greifen ca. 20 Jugendliche ein Asylbewerberheim an. Sie werfen mit Steinen und Flaschen. –

Überfall auf ein Asylbewerberheim in Bärenklau/Kreis Oranienburg.

Sonntag, 2.8. –

Das Asylbewerberheim in Jessern/Kreis Lübben wird erneut von 20 bis 30 teilweise vermummten Personen angegriffen. Die mit Zaunlatten Bewaffneten randalieren und werfen Steine. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim im Norden von Nürnberg.

Montag, 3.8. –

Etwa 100 Asylbewerber flüchten nach ausländerfeindlichen Aktionen rechtsradikaler Jugendlicher gegen eine Asylbewerber-Unterkunft in Mecklenburg-Vorpommern nach Lauenburg/Schleswig-Holstein.

Mittwoch, 5.8. –

Der Berliner Innensenator Heckelmann (CDU) bezeichnet einen Großteil der Asyl beantragenden Flüchtlinge als »reine Wirtschaftsasylanten«, die den Schutz des Asylrechts nicht benötigen. Er fordert eine Ergänzung des Grundgesetzes, um den »anschwellenden Asylantenstrom« von dem Rechtsverfahren auszuschließen. Der »ungebremste Zustrom von Scheinasylanten« führe zur »Verpulverung von Steuermilliarden«.

Donnerstag, 6.8. –

Die Polizei hat sechs junge Potsdamer im Alter von 17 bis 20 Jahren ermittelt, die seit zwei Wochen eine deutsch-afrikanische Familie terrorisiert haben. Bei nächtlichen Überfällen wurden sechsmal die Scheiben der Potsdamer Wohnung eingeworfen. –

Die nach Lauenburg/Schleswig-Holstein geflüchteten Asylbewerber kehren nach Mecklenburg-Vorpommern zurück. –

In den Grünanlagen am Fernsehturm in Berlin wird ein Pole bei einer Auseinandersetzung mit zwei unbekannten Männern durch Messerstiche in den Bauch schwer verletzt.

Samstag/Sonntag, 8.8./9.8. –

In Dergentin/Kreis Perleberg in Brandenburg dringen etwa 50 maskierte und mit Knüppeln und Schlagringen bewaffnete Personen in ein Asylbewerberheim ein und demolieren das Gebäude. Zehn Asylbewerber werden verletzt, einer davon schwer. –

In Pretsch/Kreis Wittenberg in Sachsen-Anhalt überfallen zehn maskierte Männer ein Asylbewerberheim und demolieren die Inneneinrichtung. –

Im Markranstädt/Sachsen greifen etwa 50 Jugendliche ein Asylbewerberheim an. Sie zerschlagen Fensterscheiben und werfen Brandsätze. –

In Lückenwalde/Brandenburg greifen vier Skinheads einen Asylbewerber aus Ghana an und schlagen ihn zu Boden. –

Der am 6. August in Berlin schwerverletzt aufgefundene Pole stirbt an seinen Verletzungen.

Das Archiv für Sozialpolitik erstellt diese Chronik für KONKRET seit Dezember ‘91

Konkret 09/92, S. 28

Oliver Tolmein

»Ein Teil im Gesamten«

In einem umfangreichen Text, der KONKRET zugegangen ist, setzt sich die RAF mit der Kritik an ihren letzten beiden Erklärungen auseinander, reflektiert die Motive, die ihren Anschlägen seit 1984 zugrunde lagen und präzisiert die politischen Vorstellungen, die die Aktivitäten der Gruppe zukünftig prägen sollen

Zum ersten Mal seit dem sogenannten Mai-Papier 1982 – »Guerilla, Widerstand und Antiimperialistische Front« – hat die RAF in einem neuen Text (datiert vom August 1992), der KONKRET zugegangen ist, ihre strategischen und taktischen Vorstellungen ausführlich formuliert. Dieses Papier enthält unter anderem die Darstellung der Gründe für einige Anschläge der letzten Jahre und reflektiert, welche Fehler die Gruppe dabei begangen hat. Kritisiert wird vor allem, daß die Guerilla nicht als ein »Teil im Gesamten« gesehen wurde, sondern »für viele das war, was den höchsten Wert hatte«. Außerdem reagieren die Autorinnen und Autoren des 33seitigen Textes, den KONKRET als Sonderdruck herausgibt (siehe Editorial), auf Kritik an ihrer Erklärung vom 10. April dieses Jahres, vorerst keine Attentate verüben zu wollen, und versuchen, falsche Interpretationen zu korrigieren – tatsächlich läßt sich der politische Schritt der RAF mit Hilfe des neuen Papiers besser erklären, es erleichtert die Debatte über die veränderte Haltung der RAF, weil es sie, wenngleich noch immer etliche Fragen unbeantwortet bleiben, klarer macht.

Vor allem die Vorstellung, die RAF habe mit der »Rücknahme der Eskalation« den bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik insgeheim ganz aufgegeben, erscheint nach Lektüre des neuen Papiers als falsch, zumindest voreilig. Ausdrücklich wird die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes, »wenn die staatliche Seite nicht zurückweicht«, »notwendig« und »historisch logisch« genannt, »aber nicht nur als Entscheidung, daß allein wir, die RAF, weitere Aktionen machen, sondern als Entscheidung von vielen, die sich jetzt in den gesamten Prozeß reinstellen... Es muß der Regierung, den Wirtschaftseliten und den Staatsschützern aller Fraktionen unmißverständlich klargemacht werden, daß die Konsequenzen für diesen Staat, wenn er am Ausmerzverhältnis festhält, bei weitem das übersteigen werden, womit er konfrontiert gewesen wäre, wenn wir am 10.4. nicht diesen Schnitt in unserer Geschichte gemacht hätten.« Es geht der RAF also vor allem um eine Entspannung der Verhältnisse im Inneren, um die Entwicklung einer, auch in diesem Text immer wieder als Zielvorstellung beschriebenen, »Gegenmacht von unten«.

Voraussetzung dieses Konzepts ist die Annahme, daß der Staat zu einer solchen Entspannung gezwungen werden könne bzw. selbst ein Interesse daran habe, weil er unter erheblichem Druck stehe. Ausführlich setzen sich Verfasserinnen und Verfasser in diesem Zusammenhang mit der »Kinkel-Initiative« auseinander, die sie als »Auswirkung des jahrelangen Kampfes« gegen die Haftbedingungen begreifen. Mit Blick auf ihre Erklärung vom 10. April, die kritisiert worden war, weil sie dem Vorhandensein unterschiedlicher Fraktionen im Staatsapparat zu große Bedeutung zugeschrieben und den Kinkel-Vorschlag zu positiv bewertet habe, antwortet die RAF: »Natürlich haben wir weder Kinkel noch der Koordinierungsgruppe Terrorismus-Bekämpfung die Wandlung zu menschlichen Motiven unterstellt... Es reicht (aber) nicht aus, sich gegenseitig darüber zu verständigen, daß sich die Ziele des Staatsschutzes natürlich nie mit unseren decken. Es ist enorm wichtig zu sehen, daß der Staat an einem Punkt der Auseinandersetzung begriffen hat, daß er sich bewegen muß.« Die Gewohnheit mancher Linker, bei Staatskritik und Analyse zu verharren, wird von der RAF auch an anderer Stelle scharf kritisiert.

In einer Auseinandersetzung mit der Kritik an den Maschinengewehrsalven gegen die US-Botschaft während des Golfkriegs beispielsweise heißt es: »Bei allem ist uns am meisten aufgefallen, mit welcher Selbstverständlichkeit sich Leute hinsetzen und Aktionen von uns begutachten, ohne wahrscheinlich je selbst einen Gedanken daran zu verschwenden, das, was sie von uns fordern, selbst zu machen. Z.B. die, die aufgetrumpft haben, wir hätten die Rolle der BRD angreifen können – von ihren Initiativen in diese Richtung ist uns jedenfalls nichts zu Ohren gekommen.« Das Resümee der friedensbewegten Aktivitäten während des Golfkriegs fällt positiv aus: »Aber jede/r kann sich klarmachen, daß Rühe und Kinkel heute schon wesentlich weiter damit wären, die Bundeswehr zu Kriegseinsätzen in die ganze Welt zu schicken, wenn es diese Mobilisierung nicht gegeben hätte... Wir waren selbst erstaunt... daß es nach zwei Jahren deutscher Jubelfeiern und Mobilisierung für Großdeutschland eine so breite Bewegung gegen diesen imperialistischen Krieg gab.«

In der Sicht der heutigen RAF gibt es, damit greift sie Positionen aus dem »Konzept Stadtguerilla« wieder auf, auch weitere Ansatzpunkte zur positiven gesellschaftlichen Veränderung. Schrieb die RAF 1970: »Sie sehen in dem Terror gegen uns nur den Terror, nicht die Angst vor der sozialen Explosion, die sie im Keim ersticken müssen... sie sehen in der hohen Selbstmordquote des Proletariats nur den Akt der Verzweiflung, nicht den Protest«, so schreiben sie 1992: »Was die Herrschenden heute als den Sieg des Kapitalismus bezeichnen, hat in Wirklichkeit seine globale Krise zementiert... Die Herrschenden sind heute schon nicht mehr in der Lage, die alte Funktionsweise des kapitalistischen Systems aufrechtzuerhalten... das drückt sich immer schärfer an ihrem Verlust der Integrationskraft ganzer Bevölkerungsteile aus, was in den USA, aber auch in der Ex-DDR, Frankreich oder Großbritannien am stärksten sichtbar ist... Aber auch hier hat es lange nicht mehr so viele Streiks, Demonstrationen und Werksbesetzungen gegen das ständige Zurückrollen von

ehemals erkämpften sozialen Rechten und Errungenschaften der Menschen gegeben... Doch die Kämpfe sind nur die eine Seite. Die Explosion der Gewalt und Brutalität... die andere.«

Überraschend ist diese Rückbesinnung auf den politischen Ansatz aus der Zeit vor der Formulierung des Frontpapiers vom Mai 1982 und den Gefangenenbefreiungsaktionen ab 1975 auch deswegen, weil die RAF in ihrer neuen Erklärung die Diskontinuität der Gruppe betont: »Die RAF war die ganzen 22 Jahre über immer eine relativ kleine Gruppe, wir sind in dieser Zeit durch Verhaftungen mehrmals ganz oder fast zerschlagen worden... Auch 1984 war so ein Jahr für uns. Im Sommer wurden 7 GenossInnen verhaftet, und der Staat feierte wieder einmal öffentlich unsere endgültige Zerschlagung. Für uns war es auch tatsächlich so, daß niemand von denen, die in den Jahren vorher die Politik der Guerilla mitentwickelt hatten, übrig geblieben war... Niemand von uns, die heute in der RAF sind, war schon vor 84 dabei.« Die Behauptung, derzufolge die Haftbedingungen der politischen Gefangenen für die Mobilisierung neuer Gruppenmitglieder entscheidend (gewesen) seien, wird durch das Papier hingegen widerlegt. Die heutigen RAF-Aktiven waren in der Anti-Nato-Bewegung, in Kämpfen gegen Atomkraft, bei Hausbesetzungen, auch bei den Auseinandersetzungen zur Unterstützung des Hungerstreiks 1981 und in der Friedensbewegung aktiv. »Wir haben dabei dieselben Erfahrungen gemacht, wie alle anderen auch: Wir kommen gegen diese Macht nicht durch... logisch daß da die Kämpfe auch immer radikaler und militanter geführt wurden.« Bewaffnet zu kämpfen sei damals zum »letzten Mittel« geworden.

Heute sehen die RAF-Mitglieder das offensichtlich anders. Daß sie ab 1986 »darauf orientiert haben, daß die einzig angemessene Antwort auf die Repression die Organisierung der Illegalität sein kann«, wird selbstkritisch als Fehler gesehen, zumal das »in manchen Städten soweit (ging), daß nicht einmal mehr die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen offen vertreten wurde«. Erste Impulse für die folgenreiche Selbstkritik, da wird das neue Papier konkreter und detaillierter als die beiden letzten Texte, seien von außen gekommen: Der »Kampf für die Durchsetzung der Hafenstraße« und der Aufruf des »Initiativkreises für den Erhalt der Hafenstraße« zur »Zusammenlegung der politischen Gefangenen« sowie später die Umorientierung der Gefangenen aus der RAF hätten eine neue Perspektive eröffnet.

»Es hat ... uns ins Nachdenken gebracht«, schreibt die RAF bezogen auf die Hafenstraße, »wie die Leute es dort geschafft hatten, einen entschlossenen Kampf für ihr Ziel, ihre Lebensperspektive zu führen und mit der gleichen Entschlossenheit, mit der sie dem Staatsapparat gegenüberstanden, auch um die Verbindung mit tausenden unterschiedlichen Menschen in der Stadt und darüber hinaus gekämpft haben. Es war nicht diese alte Art von Bündnispolitik, in der alles nach dem Prinzip funktioniert, welche Position kann sich durchsetzen... Das war nach 77, wo der Staat mit der Ermordung von Gudrun (Ensslin), Andreas (Baader) und Jan (Raspe) eine absolute Grenze dagegen, daß Widerstand hier durchkommen kann, setzen wollte, das erste Mal, daß es wieder die Erfahrung gab, daß ein Kampf sich gegen den Staat durchsetzen konnte.«

Die Auseinandersetzungen um die Hafenstraße sind für die RAF auch deswegen von großer Bedeutung, weil »damals auch viele internationalistische Initiativen gekommen (sind), die weit über sie selbst raus Diskussionen ausgelöst haben, wie z.B. die Palästina-Parole (1988 wurde eines der Hafenstraßenhäuser mit der Parole »Boykottiert Israel! Waren, Kibbuzim und Strände« beschriftet, was angesichts der »Kauft nicht bei Juden!«-Parole im NS-Staat von Teilen der linken und bürgerlichen Öffentlichkeit scharf kritisiert worden ist, O.T.) oder die Unterstützung der von Abschiebung bedrohten Roma in den Häusern. Diese Initiativen zeigen, wie eng internationale Solidarität mit dem eigenen Aufbruch von Menschen hier verknüpft ist und von da aus Stärke entwickeln kann (wir sagen das hier auch gegen Aussagen wie die von Georg Fülberth in der August-KONKRET...).«

Aus den Auseinandersetzungen in anderen Ländern, vor allem in El Salvador und Nicaragua, hat die RAF, ihrem Papier zufolge, neue Erkenntnisse über das Verhältnis von Bevölkerung und Guerilla gezogen – wobei leider offen bleibt, inwieweit sich diese Erfahrungen – denenzufolge etwa entscheidend ist, ob sich die Guerilla »in eine Option für eine Volksbewegung verwandeln wird«: »Guerilla als Waffe der sozialen Bewegung« – auch auf die Deutschen übertragen lassen. Jedenfalls liegen der RAF Polemik oder scharfe Töne gegen die deutschen Massen fern. Zwar gesteht sie zu, daß es eine »reaktionäre nationalistische und rassistische Mobilisierung« gibt, aber sie stellt auch fest: »Insgesamt ist die Zahl derer, die eine Lösung der existentiellen Probleme vom Staat erwarten, rapide gesunken. Aber die Verschärfung der Widersprüche führt nicht automatisch zu Solidarisierung und Organisierung.«

Ihre Beschreibung der Ursachen des aggressiver werdenden Nationalismus hierzulande erinnert an die Theorie von den »Modernisierungsverlierern« und geht offenbar nicht von einer besonderen Gefährlichkeit des deutschen Rassismus aus: »Der Frust, die Angst und die Aggression wird gegen sich selbst gerichtet oder gegen andere, die in der gesellschaftlichen Hierarchie noch weiter unten sind. Das sind die Nazis gegen die Menschen anderer Hautfarbe und Nationalität, Schwule und Lesben, die steigende Gewalt gegen Frauen, Kinder und alte Menschen. Die Medienhetze gegen Flüchtlinge und das Niederknüppeln von AntifaschistInnen auf den Straßen zeigen deutlich das Interesse von Staat und Kapital, die wachsende Unzufriedenheit in eine rassistische und reaktionäre Mobilisierung zu kanalisieren.« Am Beispiel Mannheims (s. KONKRET 7/92) versucht die RAF klarzumachen, wie dem wachsenden Rassismus zu begegnen wäre: »In Mannheim... war die Situation vorher so: In dem Stadtteil, wo die Flüchtlinge hingekommen sind und angegriffen wurden, hatten vorher Jugendliche einen Raum für sich gefordert, der ihnen von der Stadt verweigert wurde. In genau dieses Gebäude mußten die

Flüchtlinge einziehen. Hätte es vorher eine Auseinandersetzung um die Situation im Stadtteil gegeben, hätten die Jugendlichen z.B. von Antifas in der Region, die dann auch später den Schutz der Flüchtlinge organisiert haben, Unterstützung bekommen und hätte sich dort schon etwas Gemeinsames, Solidarisches entwickelt, dann hätte das Kommen der Flüchtlinge auch etwas ganz anderes auslösen können. Denn wo Flüchtlinge hinkommen, da ist auch schnell die Auseinandersetzung daran da, warum sie hierher fliehen müssen und in ihren Ländern nicht mehr leben können... Natürlich finden wir den Schutz für Flüchtlinge und das Zurückdrängen der Faschisten absolut notwendig. Aber das Beispiel zeigt auch, daß das nicht reicht.«

Gegen die Zerstörung des Sozialen, »eine der wesentlichen Grundlagen für die Macht und das Fortbestehen des kapitalistischen Systems«, möchte die RAF einen »gesellschaftlichen Prozeß« in Gang bringen bzw. vorantreiben, der »die Alternative zum System lebt«, denn, heißt es an anderer Stelle, »während wir vorher davon ausgegangen waren, daß Guerillapolitik die gesamten Widersprüche zusammenfassen und zum Angriff bringen muß, setzten wir uns damals (seit 1989/90, O.T.) damit auseinander, wie wir direkter mit der Verschärfung der Lebensbedingungen umgehen, wie wir unsere Kraft dafür einsetzen, daß Veränderungen in den Kämpfen schon heute durchgesetzt werden können. Denn weder die Menschen im Trikont noch die hier können darauf bis zur Weltrevolution warten.«

Oliver Tolmein arbeitet an einem Buch zur RAF (»Stammheim vergessen«), das im Oktober im Konkret Literatur Verlag erscheint

Konkret 09/92, S. 30

Matthias Küntzel

»The new global enemy«

Ein Geheimpapier des amerikanischen Verteidigungsministeriums beschreibt, gegen welche Mächte die Rüstung der USA nach dem Ende des Kalten Krieges gerichtet ist: vor allem gegen ein zukünftig womöglich nuklear bewaffnetes Deutschland

Brüssel 1968. In der vertraulichen Runde der Nato-Verteidigungsminister kommt das Gespräch auf den Kampfpanzer Leopard. Soll auch Italien eine größere Stückzahl aus Deutschland beziehen? »In diesem Fall«, sagt Helmut Schmidt, »müßten wir ja wohl einen Leo fertigen, der mit Sonderantrieb fährt: ein Schritt vorwärts, drei Schritte zurück!« Eisiges Schweigen. Das in Spott gekleidete Ressentiment des ehemaligen Wehrmachtsoffiziers galt dem Partner, der 1943 das Bündnis mit Nazi-Deutschland verlassen hatte. Die Sitzung wird unterbrochen. Binnen Stunden spricht sich in sämtlichen Nato-Hauptstädten die deutsche Selbstentblößung herum; nur nach außen hält man dicht.

Diese Episode macht deutlich, wie tief die geschichtlichen Muster im Gedächtnis der Lebenden eingegraben sind. Sie zeugt zugleich von der Existenz einer Welt, die sich den öffentlichen Einblicken entzieht: Über den Zustand der Beziehungen zwischen den Mächten erfährt das Publikum die Wahrheit aus den Archiven – wenn es zu spät und der nächste Krieg längst geführt ist.

Aus jener dem öffentlichen Diskurs vollständig entzogenen Sphäre stammt ein Pentagon-Papier vom Februar 1992. Es gelangte durch eine gezielte Indiskretion an die »New York Times«, welche das Dokument in großer Aufmachung am 8. März veröffentlichte. Unter der Überschrift »Definitive guidance from the secretary of defense« und versehen mit dem Stempel NOFORN (»No foreign nationals«) war es zuvor als vorläufige politische »Richtlinie für die US-Verteidigungsplanung der Haushaltsjahre 1994-1999« in den höchsten Rängen des Pentagon, des Nationalen Sicherheitsrats sowie des Weißen Hauses kursiert. Die auch dem US-Kongreß vorenthaltene Stellungnahme beantwortet die Frage, gegen wen die Aufrüstung der USA nach dem Ende des Kalten Krieges vorrangig gerichtet ist: Gegen jene Mächte, so die Antwort, die auf längere Sicht in der Lage sein könnten, die amerikanische Vorherrschaft zu brechen: ein nuklear bewaffnetes Deutschland, ein entsprechend gerüstetes Japan, der indische Subkontinent sowie die Staaten der GUS.

Aus dem Zweiten Weltkrieg waren zwei Großmächte hervorgegangen; nach dem Kalten Krieg soll es bei der einen bleiben: »Unser erstes Ziel muß es sein«, so das Pentagon-Papier, »das Wiedererstehen eines neuen Rivalen... zu verhindern. Diese übergeordnete Erwägung liegt unserer neuen regionalen Verteidigungsstrategie zugrunde. Wir müssen versuchen, zu verhindern, daß irgendeine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen für die Schaffung einer gobalen Machtposition ausreichend wären. Bei den infragekommenden Regionen handelt es sich um Westeuropa, Ostasien, das Gebiet der früheren Sowjetunion und Südwestasien.«

Das besondere Augenmerk der Pentagon-Autoren galt den Emporkömmlingen in Tokio und vor allem in Berlin. Neben zwei sichtbaren amerikanischen Siegen (über Moskau und gegen Bagdad) habe es »einen weiteren, weniger ins Auge springenden« gegeben: »die Integration Deutschlands und Japans in ein amerikanisch geführtes System kollektiver Sicherheit«. Woraus sich die Frage ergibt, wie dieser Punktsieg verteidigt werden kann. Erstens sollen beide Aufsteiger davon überzeugt werden, daß ihre militärischen wie auch zivilen Belange in der Hand der USA gut aufgehoben sind, so daß sie »weder eine größere Rolle anzustreben noch eine aggressivere Haltung einzunehmen brauchen, um ihre legitimen Interessen zu schützen«. Zweitens gehe es darum, den militärischen Abstand ständig groß genug zu halten, um klarzumachen, »daß ein möglicher Rivale nicht darauf hoffen könnte, schnell oder leicht eine militärische Vormachtstellung in der Welt zu gewinnen«. Drittens solle auch vor militärischen Angriffen nicht zurückgeschreckt werden, um zu verhindern, daß neue Atommächte in Nordkorea, im Irak, im Rahmen der GUS oder in Europa entstehen. Denn die Existenz weiterer Atommächte, so die Überlegung, könnte dazu beitragen, daß plötzlich auch in Tokio und Berlin die nukleare Frage auf der Tagesordnung steht. Atomwaffen in diesen Ländern würden aber eine Situation provozieren, bei der die globale ökonomische Konkurrenz zwischen den Großmächten in militärische Rivalität umzukippen droht.

In seinen Aussagen über die Atomwaffen stützt sich das Pentagon-Papier auf die ursprünglich klassifizierte Studie »The Role Of Nuclear Weapons In The New World Order« vom Dezember 1991. Für die Länder der »Dritten Welt« wird darin eine zunehmende Popularität von Atomwaffen prognostiziert. Nicht ohne Berechtigung, wie die Studie ausdrücklich vermerkt, werden die Machthaber jener Länder davon ausgehen, daß auch ein kleines Atomarsenal die großen Mächte von einer Intervention in ihre *local affairs* würde abhalten können. Da aber die USA (z.B. in Bezug auf die strategischen Rohstoffe) auch das gern zur eigenen Sache machen, was als *local affairs* firmiert, wird darauf gesetzt, diese Länder zur Non-Proliferation zu zwingen – und sei es mit Gewalt, inklusive der Androhung eines Atomschlags. In seiner Anordnung vom 13. Juli 1992 hat George Bush diesem Ansatz Rechnung getragen und Gespräche mit »Freunden und Alliierten« über »internationale Aktionen« angekündigt, mittels derer »ernsthafte Verletzungen von Grundsätzen der Non-Proliferation« in Zukunft unterbunden werden sollen.

Auf einem vollkommen anderen Blatt stehen demgegenüber die nuklearen Ambitionen von Ländern wie Japan oder der Bundesrepublik, welche von eigenen Atomwaffen fernzuhalten wesentlich bedeutsamer scheint. Denn die Wirtschaftsmacht jener Länder würde erst in Verbindung mit Atomwaffen – so die Annahme des Pentagon – den USA den Rang der führenden Weltmacht streitig machen. Da mag die Wirksamkeit konventioneller Systeme im Golfkrieg noch so eindrucksvoll unter Beweis gestellt worden sein: Was in den innerimperialistischen Auseindersetzungen zu Beginn dieses Jahrhunderts die Kriegsflotte gewesen ist, wird heute durch die Atomstreitmacht eines Landes symbolisiert. Und so konzentriert sich die amerikanische Militärpolitik auf beides: das Entstehen neuer nuklearer Imperialismen durch entsprechende Zugeständnisse und Garantien zu verzögern (»Dies dürfte wohl nicht immer funktionieren«, heißt es in der Rohfassung der oben genannten Reed/Wheeler-Studie, »die ökonomischen Interessen könnten zu stark divergieren, der Prestige-Bedarf könnte zu hoch und der amerikanische Atomschirm zu unglaubwürdig sein...«) sowie die Wirksamkeit bereits existierender Nuklearprogramme durch Abwehrsysteme zu begrenzen.

Ein Beispiel für den Rüstungswettlauf West gegen West ist das amerikanische Rüstungsprogramm GPALS (Global Protection Against Limited Strikes). Mit dieser Miniversion von SDI wollen die Vereinigten Staaten sich und ihre bevorzugten Verbündeten gegen begrenzte (nukleare) Raketenschläge unverwundbar machen. Das Programm stößt weniger in Moskau auf Ablehnung als in Paris. Dort jedenfalls macht man keinen Hehl aus der Sorge, »daß das GPALS-Programm eines Tages dazu führen könnte, die französische Atomstreitmacht zu neutralisieren. Ein derart neutralisierender Effekt würde jedoch, etwa im Falle einer Krise im Mittleren Osten, wo Paris und Washington unterschiedliche Ziele verfolgen, die französische Glaubwürdigkeit beeinträchtigen« (»International Herold Tribune«).

Wie die Atomwaffen-Studie zeigt, will man in Washington in der Tat nicht ausschließen, daß sich in Zukunft für die Wahrnehmung eigener Interessen auch das britische oder das französische Atomwaffenpotential als Hindernis erweisen kann. Im Anhang der Studie werden in Form einer Matrix nicht nur die von Moskau oder Peking, sondern zugleich die von »other nuclear weapon states« ausgehenden Gefahren für die Vereinigten Staaten untersucht. Als sonstige Nuklearmächte werden neben Indien und Südafrika Frankreich und Großbritannien sowie vorsorglich auch schon mal Deutschland und Japan mit angeführt. Es sind also weniger die vermeintlichen Plutoniumsammler in Pjöngjang, Islamabad oder Algier, auf die die eigentliche Sorge der amerikanischen Regierung sich konzentriert. Sondern befürchtet wird der Dominoeffekt, der schließlich mit Deutschland oder Japan einen »new global enemy« hervorbringen könnte: »Unsere Strategie muß nun erneut darauf zielen (*refocus*), das Entstehen eines jedweden künftigen Konkurrenten auf globaler Ebene auszuschließen.«

Soviel zu den Kernaussagen des Dokuments, das zum Zeitpunkt seiner Enthüllung unmittelbar vor der Verabschiedung stand und somit die politische Ratio der US-amerikanischen Streitkräfteplanung relativ authenisch dokumentiert. In dem Pentagon-Papier wird sichtbar, was die Verlautbarungen der Gipfelkonferenzen immer schlechter kaschieren: daß die scheinbar so neue Weltordnung mit Verhältnissen schwanger geht, die in den Stellungskriegen des Ersten Weltkriegs ihren bisher wohl authentischsten Ausdruck gefunden haben. Es handelt sich um das wohl erste an die Öffentlichkeit durchgesickerte Regierungsdokument der letzten 45 Jahre, in dem die Aufrüstung und die Logik der innerimperialistischen Konkurrenz in einen Zusammenhang gebracht werden. Mit einer Art Neuauflage amerikanischer Eindämmungspolitik soll den Rivalen um die Weltherrschaft nicht nur die Unnötigkeit, sondern auch die Zwecklosigkeit diesbezüglicher Ambitionen vor Augen geführt werden.

In seiner Tendenz überrascht das Papier freilich nicht. Nach dem Kräftemessen von 1914ff war es im Zweiten Weltkrieg der sowjetische Faktor, der das Ringen der beiden Bündnissysteme überlagert hatte, während erst mit dem Sieg der Sowjetunion über Hitler jener weltpolitische Ausnahmezustand zustandekam, der im gemeinsamen Kampf gegen Moskau die Bindekräfte für Nato und EG schuf. Mit dieser Konstellation ist es für’s erste vorbei. Die Dominanz der gemeinsamen Interessen über die singulären wird heute zunehmend abgelöst durch die Dominanz der singulären gegenüber den gemeinsamen.

Noch hofft man darauf, die auseinandertreibenden Interessen in übergeordneten Gremien wie den Vereinten Nationen oder der Nato einkapseln zu können. Doch ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis die neuen Kräftepole ihre eigenen Bündniszusammenhänge neben-, bzw. gegeneinander antreten lassen: Ein KSZE-Sicherheitsrat als das Gegenstück zu dem in New York und eine Armada der Westeuropäischen Union mit anderer Einsatzdoktrin als der der transatlantischen Allianz. Der drängende Unterton ist zwar verständlich, mit dem das Pentagon-Papier die Nato-Kohärenz beschwört, um das Bündnis »als Medium US-amerikanischer Einflußnahme und Partizipation in den europäischen Sicherheitsfragen« ebenso zu erhalten, wie »das Aufkommen von exklusiv europäischen Sicherheitsvereinbarungen, welche die NATO und besonders die integrierte Befehlsstruktur der Allianz untergraben könnten, zu verhindern«. Doch ist die historische Vergeblichkeit derartiger Bemühungen evident.

Im alt-westlichen Lager ist Deutschland heute die alle alten Verhältnisse zielstrebig durcheinanderwirbelnde Macht. Schon im Verlauf der 2 plus 4-Gespräche war es in erster Linie dem Drängen des amerikanischen Präsidenten zuzuschreiben, daß die Nato-Integration der West-Bundeswehr erhalten blieb. Im Gegenzug hatte Kohl die ausschließlich deutsche

Zuständigkeit für alle die Ex-DDR betreffenden Verteidigungsfragen durchsetzen können: Am 3. Oktober 1990 war mit dem Bundeswehrkommando Ost die erste nationale Kommandostruktur etabliert.

Was heute selbst der Gräfin liberales Wochenblatt als »Enthemmung der deutschen Außenpolitik« charakterisiert, findet seitdem sein militärisches Pendant in dem Versuch einer Renationalisierung deutscher Kriegsführungsoptionen. Rigorosität und Tempo dieser Bewegung machen klar, daß der deutsche Militarismus hier nicht nur aus dem Schatten einer Nato-Vergangenheit herauszutreten beginnt, sondern sich im Vollzug dieser Bewegung zugleich für 40 Jahre Fesselung revanchiert. Daß der künftige deutsche Führungsstab der Streitkräfte in preußischer Tradition seine Kommandohöhe in Berlin errichten wird, steht bereits fest, dagegen ist noch offen, ob das Kind erneut den Namen Deutscher Generalstab tragen darf, wofür nicht zufällig Egon Bahr (»Um Mißverständnisse zu vermeiden, kann man dem Ding auch einen anderen Namen geben. Aber warum sich verstecken?«) seit einigen Monaten die Werbetrommel rührt.

Denn selbstverständlich wird auch hier die Vergangenheit gleich doppelt entsorgt: Die Abwicklung der Nato-Epoche von 1945-1990 geht einher mit der Rehabilitierung soldatischer Traditionen von 1939-1945 durch einen neuen Traditionserlaß, dessen Entwurf zur Zeit jedoch noch umstritten ist, da er bisher die Wehrmacht noch nicht pauschal zum Vorbild erhebt, sondern allein die »militärische Leistung von Soldaten und (Wehrmacht-)Truppenteilen, die in jener Zeit ehrenhaft gehandelt und tapfer gekämpft haben«. Wenn dann als Begleitmusik den Anwesenden der Leipziger Kommandeurstagung der Marsch geblasen und jede »Weinerlichkeit, Verzagtheit, Bequemlichkeit, Erstarrung und Überheblichkeit« überwunden und »Speck und Rost«, so der neue von Moltke alias Generalinspekteur Naumann, beseitigt sind – dann winkt dem deutschen Soldaten zum Lohn erneut der Einsatz auf dem – so Naumann – »von mir oft genannten Krisenbogen von Marokko bis Indonesien«.

Was dieses Coming-Out schließlich von der Nato übriglassen wird, ist offen. Beide Tendenzen, die derzeit festgemacht werden können, widersprechen dem Pentagon-Papier fundamental. Wenn auch die Nato als nukleare Rückversicherung und als Medium der nuklearen Teilhabe nicht sang- und klanglos gekündigt wird, dann doch wenigstens deren Spielregeln. »The rules have changed«, konstatierte der Kanzlerberater Michael Stürmer, die »Pax Americana« werde in Zukunft als »joint venture« oder gar nicht funktionieren. Volker Rühe ergänzt die Politik der Revision durch die Bemerkung, daß die Nato nur für eine *area* zuständig sei. »Dabei bleibt es. Für Einsätze außerhalb ist etwas anderes nötig.« Die von »Rühe vor dem Sturm« ausdrücklich als Nato-Alternative vorgeschlagene »europäische Eingreiftruppe« soll zukünftig in jenen Fällen zum Einsatz kommen, in denen – so Generalinspekteur Naumann – »die NATO entweder nicht handeln kann oder nicht handeln will«. »Oder nicht handeln will...« meint jene Situationen, in denen die Interessen der Deutschen nicht mehr die der USA sind. Es bedarf nicht mal der Kenntnis von Reißmüllers Leitartikeln, um zu erkennen, daß dies heute bereits für nahezu jeden Brennpunkt Osteuropas gilt.

Gewiß befinden sich das Euro-Korps und die WEU-Armee in einem embryonalen Zustand. Und selbst ausgewachsen werden sie sich mit der globalen Militärmacht der USA auf absehbare Zeit nicht messen können. Doch ist eine Eskalation der derzeit bereits eskalierenden Entwicklungen insofern abzusehen, als eine vollständige deutsche Handlungsfreiheit erst ab 1995 mit dem Abzug der ehemals sowjetischen Truppen erreicht sein wird.

Die hier skizzierten Entwicklungen sind jedenfalls brisant genug, um Henry Kissinger nach nur 17 Monaten deutscher Einheit zu einer dezenten Warnung vor einem dritten Weltkrieg zu veranlassen: »Zweimal in einer Generation haben die USA Krieg geführt«, schreibt Kissinger, weil sie davon überzeugt gewesen seien, daß ein von einer einzigen feindlichen Macht dominiertes Europa für die Sicherheit und Wirtschaft der USA eine Bedrohung darstelle. »That reality has not changed«, heißt es dann weiter. Wenn sich auch heute keine europäische Macht gegenüber den USA feindlich zeige, würde doch bereits der Beginn eines irgendwie gearteten hegemonialen Verhaltens in jener Region unverzüglich als feindliches Verhalten wahrgenommen werden. Eine diesbezügliche Herausforderung könne sich einerseits aus den osteuropäischen Instabilitäten ergeben und zweitens »from the redefinition of Germany's role«.

Wird dies alles berücksichtigt, lassen sich das Pentagon-Papier und seine Veröffentlichung auch anders interpretieren: nicht nur als Schaufenster, das einen Einblick in die innerimperialistische Widerspruchslage gewährt. Sondern zugleich als eine Warnung und als Aufruf an die Welt, eine Atommacht Deutschland zu verhindern.

Für die USA ist schlecht, aber notfalls hinnehmbar, wenn eine politisch unberechenbare, aber ökonomisch schwache Regierung (wie etwa die pakistanische) die Bombe besitzt; es ist schlecht, aber hinnehmbar, wenn eine ökonomisch potente, aber berechenbare Regierung (wie etwa die französische) über Atomwaffen verfügt. Die höchste Alarmstufe ist jedoch gegeben, wenn ein ökonomisch starkes, aber unberechenbares Land zur Atommacht wird.

Die geschichtlichen Muster sind tief eingegraben im Gedächtnis der Lebenden. Das Verdikt der Unberechenbarkeit in Bezug auf Deutschland ist in keiner Weise revidiert worden. Glücklicherweise, möchte man hinzufügen, ist doch das neue Deutschland längst eine kritische Masse. Der Zusammenhang ist explosiv: Hier die 42 Tonnen Plutonium, über die die Bundesrepublik 1999 verfügen wird, und dort der für Hilfsflüge eingesetzte Bundeswehr-Offizier, der vor laufender

Kamera davon schwärmt, »mit ein paar Luftangriffen, ach was, mit einem einzigen Angriff dem Spuk ein Ende« bereiten zu können.

Es ist schon lange nicht jener in den amerikanischen und deutschen Strategiezentren so wohlgelittene Arnulf Baring allein, der für die deutsche Bombe die Trommel rührt. Sondern es sind mittlerweile auch Bonner Regierungsbeamte, deren ressentimentgetriebene Ambitionen die »International Herold Tribune« wie folgt zitiert: »Bis zum Jahre 2.000 sind wir entweder Bestandteil einer starken EG mit nuklearer Rückversicherung oder wir werden wegen des Gefühls, isoliert zu sein, zu einer eigenen Kapazität getrieben.« Wenn Rupert Scholz, Kriegsminister a.D., die völlige Preisgabe der französisch-britischen Atomwaffen-Rechte zur Voraussetzung einer Europäischen Sicherheitsunion erhebt, dann ist damit der Vorwand für die eigene nukleare Option bereits formuliert. Festzuhalten ist jedoch, daß, wenn auch alle großen Mächte damit beschäftigt sind, ihre Schützengräben auszuheben, das Thema *german bomb* eine Art »Nie Wieder Deutschland«-Position selbst im zwischenimperialistischen Rahmen freizusetzen im Begriff steht.

Und hier? Wie haben die deutschen Medien, wie hat die deutsche Politik auf das Pentagon-Papier reagiert? Die Bundesregierung antwortete demonstrativ: mit Schweigen. Die durch Formulierung und Veröffentlichung der »Richtlinie« entstandene Vertrauenskrise zwischen den beiden Ländern veranlaßte das Pentagon, den zweithöchsten Soldaten der US-Armee an den Rhein zu schicken, um die »Mißverständnisse« über ein Papier, das angeblich »auf der niedrigst möglichen Arbeitsebene« (Außenminister Baker) entstanden sei, zu klären. Die deutschen Pressekommentare bezeugen in einer Art Zwischenbericht, bis zu welchem ideologischen Punkt es die Atommacht auf Abruf bereits gebracht hat:

Josef Joffe etwa, der in der Washingtoner *strategic community* ein und aus gehende Leitartikler der »Süddeutschen Zeitung« kam zu dem Schluß, daß es in der Geschichte noch keine souveränen Staaten gegeben habe, »die auf Dauer darauf verzichtet hätten, ihre wirtschaftliche Potenz in militärische Muskelkraft umzusetzen. Die ungeschriebene Pentagon-Prämisse ist es dann auch, diesen Eventualfall so lange wie möglich hinauszuzögern.« Deutsche Atomwaffen also nur noch eine Frage der Zeit? Lothar Rühl, ehemaliger Staatssekretär der Hardthöhe, veröffentlichte einen Leitartikel in der »Welt«, der, auf die Informierung der Leser vollständig verzichtend, überhaupt nur als chiffrierte Antwort an Washington einen Sinn ergab. Unter dem Titel »Und die Supermacht Nr. 2?« drückte er aufs Tempo: »Westeuropa braucht deshalb eine Militärorganisation mit einem gemeinsamen Generalstab, einen Rahmen für europäische Streitkräfte als nationale (d.h. nicht länger integrierte – MK) Kontingente in der Atlantischen Allianz und eine politische Autorität«.

Auf Hohn und Spott verlegte sich demgegenüber die »Zeit«, die sich über die »Angst« des Pentagon »vor einem emanzipierten Europa« nur noch lustig machte: Der in der Pentagon-Stellungnahme postulierte Erfolg, die Bundesrepublik und Japan in ein US-dominiertes Sicherheitssystem integriert zu haben, »dürfte bei aller Dankbarkeit der Betroffenen doch eher Museumswert besitzen«. Da es unter anderem um Deutschlands Ehre geht, sah sich auch Rudolf Augstein veranlaßt, zunächst gegen die USA, die »zu Hause ein fast unterentwickeltes Gebiet« und im übrigen »unfähig« seien, »eine langfristig geplante Außenpolitik zu verwirklichen«, vom Leder zu ziehen. »Unter Bruch bestehender Verträge müßten sich beide (Deutschland und Japan – MK), bietet man ihnen keine Sicherheitsgarantien, in den Besitz von Atomwaffen bringen, beide widerwillig.« Dabei könnte Japan, »politisch bis auf die Knochen korrupt«, Atomwaffen gar nicht brauchen. »Deutschland hingegen sitzt in der Zwickmühle«, weshalb man es »sehr wohl verstehen« könne, »daß Deutschland in etlichen Jahren seinen ‘gleichberechtigten’ Platz in einem kollektiven Verteidigungssystem findet (mit oder ohne ABC-Waffen)«.

»Gleichberechtigt« hieß früher »Ein Platz an der Sonne«. Die Folgen dieses Programms sind bekannt.

Matthias Küntzel hat gerade eine Studie über die »deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt« veröffentlicht: Bonn und die Bombe, Campus Verlag, 334 Seiten, 48 Mark

Konkret 09/92, S. 34

Erwin Riess

Fluchtachterl

Die österreichische Linke, bestätigt in ihrem Mißtrauen gegen die Wirklichkeit und ihrem distanzierten Verhältnis zur Geschichte, hat sich wichtigen neuen Aufgaben zugewendet. Einige verteidigen die kapitalistische Vernunft gegen nicht mehr vorhandene Bolschewisten, andere die österreichische Eigenständigkeit gegen die kapitalistische Vernunft

»Zammhalten müssen wir, des is einmal klar

miteinander san wir unschlagbar

zammhalten müssen wir, sonst san wir verlurn

grad ham wirs uns gschwurn, daß wirs eisern tun«
(Wiener Arbeiterlied)

Wien, Sommer 1992. In einem Kaffeehaus diskutieren zwei Linke über die Weltlage. Der eine, ein Kommunist, beklagt, daß Leningrad jetzt St. Petersburg heiße, der andere, ein linker Sozialdemokrat, tröstet ihn mit dem Hinweis, daß die »Arbeiterzeitung« endgültig eingestellt worden sei. Mit einem Seufzer wenden sich beide daraufhin der Melange und dem Apfelstrudel zu.

Die österreichische Linke blieb vom Zusammenbruch des Realen Sozialismus weitgehend unbeeindruckt. Immer schon hegte sie ein tiefes Mißtrauen gegen die Wirklichkeit, und die Ereignisse im Osten konnten sie darin nur bestätigen. Anfangs hatte sie die Umgestaltung des Kommunismus mit Sympathie verfolgt – eine vom Neuen Denken befriedete Welt schien ihr zum Greifen nahe – , doch sieht sie sich jetzt mit den Früchten der Perestrojka, den Bürgerkriegen, den Hungerrevolten und den aufgebrochenen Autos im Wienerwald, alleingelassen.

Auch zur Geschichte hat die österreichische Linke ein eigentümliches Verhältnis. Weil sie so viele Niederlagen hinnehmen mußte, ging sie schon vor langer Zeit zu ihr auf Distanz und machte ihr jene Gewalt zum Vorwurf, auf deren Handhabung sie selbst sich nicht verstand. Folgerichtig machte sie daraufhin Anleihen bei der katholischen Kirche und vervollkommnete ihre moralische Kompetenz. Längst vergeudet die österreichische Linke ihre Kräfte nicht mehr mit Hausaufgaben, sie beschäftigt sich stattdessen mit den Gattungsproblemen der Menschheit, deren vordringlichstes darin besteht, den Kapitalismus zu modernisieren und jene Vernunft in die Geschichte wieder einzuführen, die von den bolschewistischen Gewalttätern aus ihr verbannt worden war.

»Österreicher« und »Weltoffene«

In Österreich firmiert die kapitalistische Vernunft unter zwei Buchstaben: EG. Und der Streit um den Beitritt Österreichs entzweit die österreichische Linke. Auf der einen Seite steht die Verteidigungsfront der österreichischen Eigenständigkeit, die nicht nur von grünalternativen, kommunistischen und linkssozialistischen Gruppen gebildet wird, sondern auch Teile des christlichen und des großdeutschen Lagers (»Wir Österreicher sind die besseren Deutschen!«) umfaßt. Stellvertretend für die Argumentation dieses Lagers sei hier der Tiroler Schriftsteller und Herausgeber der Literaturzeitschrift »Foehn«, Markus Wilhelm, angeführt, der einen heiligen Kreuzzug gegen die EG führt und mit dem »übertölpelten Volk«, dessen »Lebensraum« gefährdet sei, Protestfeuer auf den Tiroler Bergen abbrennt.

Den »Österreichern« stehen die »Weltoffenen« gegenüber; diese zweite Front wird von der Wirtschaft, den Medien und der SPÖ gebildet. Ihre Position wird idealtypisch vom Wiener Bürgermeister Zilk, einem Sozialisten der alten Schule, verkörpert. Als er im Vorjahr einen verdienten Auslandsösterreicher ehrte, konnte sich der Bürgermeister eine launige Bemerkung nicht verkneifen: Der Geehrte sei, das wisse alle Welt, Kosmopolit, er, Zilk, kenne ihn aber trotzdem als guten Menschen.

Selbstverständlich sind beide Positionen in der EG-Frage falsch, das sagt einem gestandenen Linken schon die Dialektik. Wer Österreich kennt und sich dennoch nicht entblödet, den heimischen Mief gegen einen weltoffenen Kapitalismus zu verteidigen, dem ist nicht mehr zu helfen. Wer umgekehrt die EG-Normalität mit wenigen prosperierenden Zentren und vielen Zonen des Elends der österreichischen Rückständigkeit freiwillig vorzieht, der ist entweder dumm oder er besitzt Fabriken in Belgien. Wer glaubt, das Beitrittsansuchen an die EG sei eine Versicherungspolice gegen die Haiderisierung Österreichs, übersieht, daß schon der Völkerbund mit dem österreichischen Faschismus keine Probleme hatte. Wer schließlich meint, durch ein Bündnis mit Italien und Frankreich könne der große deutsche Bruder davon abgehalten werden, dem kleineren Bruder Hilfsdienste für die osteuropäischen Kolonien abzufordern, der irrt ebenso wie derjenige, der Österreichs Autonomie beschwört, weil er insgeheim auf eine mitteleuropäische Donauföderation hofft. Die endgültige linke Position zur EG besteht also darin, das, was nicht zu vermeiden ist, auch nicht zu wählen.

Kleine Soziologie der österreichischen Linken

Obwohl die österreichische Linke in der Europa-Frage uneins ist, weist sie doch alle Merkmale einer homogenen Bevölkerungsschicht auf.

Aus der katholischen Provinz mit der Matura in der Tasche nach Wien geflüchtet, kehren die in der Großstadt Verlorenen als pragmatisierte Intellektuelle wieder aufs Land zurück. Ein Linker, der keinen Bauernhof im Waldviertel, kein Ausnehmerhäuschen im Burgenland sein eigen nennt, wird von seinen Genossen scheel angesehen; sie vermuten in ihm einen schlecht verdienenden Naturmuffel: einen unverbesserlichen Proleten.

Soziologisch betrachtet setzt sich die österreichische Linke aus drei etwa gleich großen Lagern zusammen. Es sind dies die Staatslinken, die Restlinken und die Fluchtlinken. In den letzten Jahren hat die Fluktuation zwischen den früher separierten Strömungen zugenommen; nicht wenige Linke fühlen sich in allen Lagern zuhause.

Zu den Staatslinken zählen die Repräsentanten des großen proletarischen Blocks in Agonie, der von SPÖ, KPÖ, den Grün-Alternativen, den Trotzkisten, verschiedenen Abspaltungen der Trotzkisten, sowie von Einzelpersonen gebildet wird. Die Staatslinken zeichnet aus, daß sie den Staat zum Adressaten aller Wünsche, Beschwerden und Hoffnungen machen und auf diesem Wege auch weit fortgeschritten sind, sei es als grüne Parlamentarier, Journalisten beim staatlichen Fernsehen oder als Ministerialräte im Bundeskanzleramt. Staatslinke trinken gerne Pinot Gris, verteidigen Claus Peymann gegen seine Schauspieler und kennen Peter Turrini von einem Abendessen beim sozialdemokratischen Kulturminister.

Die Fluchtlinken setzen sich aus Sozialdemokraten, Kommunisten und anderen linken Gruppierungen zusammen. Fluchtlinke unterscheiden sich von den Staatslinken dadurch, daß sie den Staat erobern wollen, aber gleichzeitig auch eine Nische in der zivilen Gesellschaft beanspruchen, als Surfbrettverleiher oder Schleusenwärter an stillgelegten Mühlbächen etwa. Fluchtlinke bevorzugen weißen Ruländer (»Fluchtachterl«), kennen Claus Peymann vom Hörensagen und verehren Peter Turrini, weil er ausdrückt, was sie zu denken verlernt haben.

Die Restlinke schließlich besteht aus sozialistischen und kommunistischen Veteranen, denen sich einige katholische Konvertiten beigesellt haben. Die Restlinken wollen vom Staat nichts außer die monatliche Rente, sie suchen auch keinen Ausgleich in Feuchtbiotopen, sondern pflegen die alten Traditionen der Arbeiterbewegung. Ihre Gaumen erfreuen sich am »Brünnerstraßler«, einem reschen Weißwein, der den Dauerfrostböden des nördlichen Weinviertels entstammt, verabscheuen Claus Peymanns Anbiederung an Österreich und wissen, in welcher Spielminute Pietro Turrini die italienische Fußballnationalmannschaft anno 1930 zum Weltmeistertitel geschossen hat.

Die Beziehungen der linken Fraktionen zueinander sind labil. Wenn Staatslinke und Restlinke aufeinander treffen, endet der innerlinke Meinungsstreit nicht selten damit, daß der Wirt die Polizei zu Hilfe ruft, weil die Fluchtlinken, die zwischen den verfeindeten Staatslinken und Restlinken vermitteln wollten, von beiden verprügelt werden.

Die KPÖ

Allgemein kann also gesagt werden, daß die österreichische Linke in einer guten Verfassung ist. Selbst die KPÖ, die vom Zusammenbruch des Realen Sozialismus kurzfristig beeindruckt schien, hat längst wieder Tritt gefaßt. Ihre Wiener Vorsitzende führte den letzten Wiener Wahlkampf mit der offensiven Losung »Ich wähle KPÖ, weils schad' drum wär« und der Bundessprecher Baier gab im Februar die Direktive aus, daß die wichtigste Aufgabe der Partei »die theoretische Neubegründung ihrer Notwendigkeit« sei. Im übrigen könne man sie ja immer noch umbenennen.

In der von der KPÖ herausgegeben Wochenzeitschrift »Salto«, der Nachfolgerin der eingestellten Tageszeitung »Volksstimme«, tobt seit Monaten eine heftige Diskussion über die Sinnhaftigkeit linker Politik. Ein prominenter französischer Marxist, Lucien Sève, Mitglied des ZK der KPF, wies darauf hin, daß die Zukunft der »biographischen Revolution« gehöre, die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht wechsle in diesen stürmischen Tagen immer wieder ihren Sinn. Auch müsse die historische Spaltung zwischen denen, die leben, und denen, die überleben, endlich überwunden werden. Eine Kommunikationswissenschaftlerin meldete sich darauf hin mit der Einsicht zu Wort, daß in jedem Linken ein kleiner Haider wohne.

Auch die im Vorjahr von der KPÖ abgefallene Gruppierung um die Zeitschrift »Wolkenbruch« ist guter Dinge; sie organisiert monatliche Kaffeehausrunden und ruft zur Versöhnung von Spiritualismus und Marxismus auf. Sogar Kärnten blieb vom linken Aufschwung nicht verschont: einige slowenische Kommunisten gründeten zu Weihnachten eine zweisprachige Zeitschrift mit dem subversiven Namen »Tango«.

Wer glaubt, die Kreativität der österreichischen Linken sei damit erschöpft, irrt. Zwar konnte das Gerücht, eine Gruppe linker Theoretiker arbeite an einem Organ der theorielosen Linken namens »Polka«, bisher noch nicht bestätigt werden, kein Gerücht aber ist, daß im Burgenland vor Weihnachten eine von Ex-Kommunisten initiierte Zeitschrift namens »Uhudla« gegründet wurde. Der Name »Uhudla« geht auf eine im Burgenland beheimatete Selbstträger-Weinrebe zurück, deren Wein einen so hohen Anteil von Methylalkohol aufweist, daß er gesundheitsgefährlich ist. Aus diesem Grund ist der

Verkauf des Uhudla-Weins auch verboten. (Die Rebsorte stammt aus den USA, sie wurde Ende des vorigen Jahrhunderts importiert, um den nach dem Reblausbefall darniederliegenden Weinbau zu beleben.)

Die Gruppe um die Zeitschrift »Uhudla« sieht ihre politische Hauptaufgabe darin, für die Legalisierung einer Rebe zu kämpfen, deren Wein mit einiger Wahrscheinlichkeit blind macht. Sie bedient sich dabei einer von der »Prawda« geborgten Werbestrategie. Erschien dieses Blatt einst mit dem Zusatz »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!«, so besticht der »Uhudla« mit dem rebellischen Untertitel »Macht die Starken stärker und haut die Schwachen um!«

Die Grünen

Der Streifzug durch die österreichische Linke darf vor der erfolgreichsten linken Unternehmung des letzten Jahrzehnts nicht halt machen. Zwar wird den Grünen der gänzliche Verzicht auf die außerparlamentarische Arbeit von einigen Fundamentalisten vorgehalten; andererseits ist aber der fanatische Einsatz der Grünen für die Aufwertung des Parlaments ein schöner Beweis dafür, daß sie den New Age-Flügel der Jungbourgeoisie stellen. Die Sprößlinge aus den besten Familien sind anstellig, adrett gekleidet und beschämen den Sozialminister durch das fehlerfreie Nachsprechen ganzer Sätze. Die kulturellen Fertigkeiten der grünen Leitfiguren sind kein Zufall, sondern das Produkt gediegener Erziehung in Privatschulen. Besonders zeichnet die grünen Jungpolitiker erfrischender Ehrgeiz aus; sie posieren als Mannequins, erobern die Kleinkunstbühnen und fahren Solarautos, kurz, sie tun alles, um von den Eltern jenen Beifall zu erhalten, dessen sie so dringlich bedürfen.

Christoph Chorherr, Lektor an der Wirtschaftsuniversität und Verkehrssprecher der Grünen, verwirrt den Wiener Gemeinderat durch geistreiche Bonmots, was seinen Vater, den Herausgeber der großbürgerlichen »Presse«, mit Genugtuung erfüllt. Klubobfrau (Fraktionsvorsitzende) Madeleine Petrovic, eine enragierte Gegnerin von Tierversuchen, pflegt ebenso die bürgerliche Empfindsamkeit, wie die grüne Programmschreiberin Puntscher-Riekmann, die in einem Aufsatz über Antonio Gramsci einmal die Frage nach dem Verhältnis von spontanem Konsens und Zwang innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft aufwarf, ohne zu bemerken, daß die Grünen ja die Partei gewordene Antwort auf diese Frage darstellen. Gleich in ihrer ersten Wortmeldung gab die neue Klubobfrau der Grünen die Parole aus, nicht nur mit der SPÖ zu liebäugeln, es gebe ja noch die Partei der Eltern, die ÖVP. Wenn man mit dieser zusammenginge, wäre zumindest ein Ziel der grünen Bewegung, die Rückholung der Politik in die Großfamilie, erreicht. Man könne dann der Innenstadtwohnung entfliehen und im elterlichen Landhaus bei Demeterbrot und Biowein mit den pensionierten Großbürgern Betrachtungen über den Sinn des Lebens anstellen.

Auch der grüne Leitstern Peter Pilz stammt aus einer von der Bourgeoisie abhängigen Schicht, und zwar aus der gewerkschaftlichen Funktionärsaristokratie. Sein Vater war Angestellten-Betriebsratsobmann der verstaatlichten Böhler-Werke und sein Haus wurde von Ortsunkundigen oft mit dem des Direktors verwechselt. Die von Pilz inszenierte Ablösung des grünen Klubobmanns Voggenhuber, des einzigen Kopfes, den die Grünen je vorzuweisen hatten – er brachte einst das Kunststück zuwege, als Mandatar einer Bürgerliste das Himmelfahrtskommando eines Salzburger Planungsstadtrats nicht nur zu überleben, sondern die Salzburger Baumafia für zwei Jahre in Schach zu halten – , liefert die Partei völlig den Karriereplänen ehrgeiziger Bürgerkinder aus. Nicht genug damit, gefällt sich Pilz, der in Wien mit einem aggressiven Persönlichkeitswahlkampf erfolgreich war, in der Rolle des großen Herausforderers von Jörg Haider. Es handelt sich dabei aber um eine groteske Selbstüberschätzung, die nicht wenigen Politikern eigen ist, die, wie Haider, das Naturell des skrupellosen Schmähführers besitzen, ohne aber dessen Führerqualitäten zu erreichen.

Die Grünen, die in der Jugoslawienfrage ÖVP und FPÖ rechts überholten und die sofortige staatliche Anerkennung jedes Weilers verlangten, der von den Dorfältesten nach dem Genuß einiger Gläser Slivowitz zur autonomen Republik erklärt worden war, führen in ihren Reihen zwei Minderheitenvertreterinnen, eine Kroatin und eine Slowenin. Beide fallen nur durch die fortgesetzte Beschwörung der Idee der Multikulturalität auf; jenes groben Unfugs, der der einzig vernünftigen Haltung Hohn spricht, die in einem feudalkatholischen Land den Angehörigen verschiedener Nationen und Kulturen abgefordert werden muß – die Bereitschaft einander, wo nur irgend möglich, aus dem Weg zu gehen. In diesem Staat für Fremde einzutreten, wie es der Innenminister mit der Kampagne »Keine Angst vor Ausländern« versucht, kommt in Wahrheit einem Aufruf zu Mord und Totschlag gleich.

Fernab der vorgeführten Parteien und Gruppen existieren aber noch einige linke Haufen, die weder von der Niederlage des Realen Sozialismus, noch von den Amtstiteln der Staatslinken zu beeindrucken sind. Sie halten Karl Marx für den Koch von Ulrike Meinhof, lehnen den Marxismus als Schonkost für die werktätige Klasse ab und nennen sich, weil von jeglicher historischer Einsicht frei, »autonom«. Von den anderen Fraktionen der Linken als buchlose Analphabeten verfolgt, huldigen sie einem fröhlichen Aktionismus. Sie demonstrieren zum Beispiel gegen den Opernball und geben den Österreichern damit Gelegenheit, das schwere Gerät der Staatsschützer – vom gepanzerten Fesselballon bis zum mobilen Schützengraben – zu bewundern. Zwei schwache Hundertschaften von Vermummten machen fünftausend bis an die Zähne bewaffnete Polizisten ausrücken und legen damit dem Publikum die Frage nahe, in wessen Interesse dieser Probekrieg geführt wird. Im Finale tritt dann die Staatslinke in Gestalt des konvertierten Trotzkisten Pilz vor die bedrohte Polizei und

weist mit einer herrischen Geste die zwischen Polizei und Skinheads zum Spießrutenlauf angetretenen Autonomen vom Opernhaus. Linke Politik, so Pilz, habe in den Parlamenten und nicht auf den Straßen stattzufinden, außerdem seien die Polizisten den aggressiven Parolen schutzlos ausgeliefert, und das sei bei der Verfassung der Wiener Polizei, deren Mehrheit Haider wählt, gefährlich; die Autonomen sollten sich nicht der Stärkung der FPÖ schuldig machen.

Diese Neuauflage der Sozialfaschismustheorie wird mittlerweile allgemein anerkannt, auch die beiden Fraktionen der Kommunistischen Partei, die KPÖ(R), das R steht für Rest, und die KPÖ(F), das F steht für Flucht, lassen an den Autonomen kein gutes Haar, besaßen diese doch vor Jahren die Frechheit, Leben in ein leerstehendes KPÖ-Gebäude zu bringen (s. KONKRET 10/90). Wer das Eigentum nicht respektiere, aus dem könne kein ordentlicher Kommunist werden, tönte es damals aus den Vorstandsetagen der KPÖ-Betriebe.

Schließlich soll das neueste in der Staatslinken zirkulierende Gerücht nicht verschwiegen werden. Es gibt Hinweise auf Verhandlungen, in die einige Restlinke, hoch in den Achtzigern stehende ehemalige Spanienkämpfer, mit den Autonomen eingetreten sein sollen, und die die Gründung einer Exilorganisation der KPdSU zum Ziel haben. Es heißt, die Spanienkämpfer bestünden darauf, daß die Führungspositionen ausschließlich von Genossen bekleidet werden dürfen, die eine siebzigjährige Erfahrung in der Jugendarbeit vorweisen können. Angeblich haben die Autonomen um Bedenkzeit gebeten.

Erwin Riess berichtete in KONKRET 4/92 über Österreich vor den Präsidentschaftswahlen

Konkret 09/92, S. 37

Boris Gröndahl

1 Million Kommunisten

Ein Bericht über die Aktivitäten linker studentischer Gruppen in der oberhessischen Provinz

Seit dem 14. Juli 1992 entscheidet unter den Studentinnen und Studenten der Universität Marburg die Antwort auf eine Frage von höchster politischer Bedeutung, auf welcher Seite der Barrikade man sich einreihen darf. In jener Nacht versuchten zwei Studenten, in die Räume des Allgemeinen Studentenausschusses (Asta) einzubrechen und einen Computer zu stehlen, und die Frage lautet: Hat die »Bündnisliste«, ein Zusammenschluß verschiedener linker Grüppchen, vorher von dem Einbruch gewußt, ihn gar beschlossen? Auf diese Frage den naheliegenden Einwand zu erwarten, wofür ihre Beantwortung denn von Bedeutung sei, heißt, den momentanen Zustand der studentischen Linken zu übersehen, von dem solche Fragen einen getreuen Bericht liefern.

In den 80er Jahren war diese studentische Linke in der BRD eine übersichtliche Veranstaltung. Auf der einen Seite gab es den MSB Spartakus, die studentische Abteilung der DKP, und den Sozialistischen Hochschulbund (SHB), den einige ebenfalls den Kommunisten zuschlugen, der jedoch stets auf dem Titel »sozialdemokratisch« bestand. MSB und SHB propagierten pro Semester mindestens eine Massenaktion gegen eine (»weitere«) Verschärfung der Studiensituation und erklärten diese nachher zu einem (»weiteren«) Erfolg. Auf der anderen Seite sammelten sich die »Basisgruppen«, die sich durch die Ablehnung und Verächtlichmachung von Massenaktionen auszeichneten und Anti-Repressions- und Anti-AKW-Referate einrichteten, sobald sie in einem Asta vertreten waren. Die Juso-Hochschulgruppen schlossen sich mal diesem, mal jenem Lager an.

Der Zustand blieb stabil, bis Ende der 80er in den Studentenverbänden das Neue Denken Einzug hielt. Der MSB erwies sich als nicht sehr widerstandsfähig und löste sich am Ende einer zweijährigen rasanten Talfahrt kurz nach der Kapitulation der DDR in Luft auf. Der Rest des einst 2.000 Genossinnen und Genossen zählenden SHB, ein Häufchen von etwa 70 Leuten, bemühe sich, so hört man, bei den Juso-Hochschulgruppen um eine sozialdemokratische Familienzusammenführung.

Der Verlust des Fixpunktes »MSHB« führte an den Hochschulen gleichzeitig zur Zersplitterung in örtlich und thematisch eng begrenzte Grüppchen und dazu, daß Linke nun Gemeinsamkeiten mit Linken entdeckten, die sie früher bis aufs Messer bekämpft hatten. Basisgrüppler und SHBler fanden sich auf einmal Seite an Seite wieder.

So entstand auch die Marburger Bündnisliste. Unter dem Slogan »Für einen Asta der Bewegung« kandidieren auf ihr Grün-Bunt-Alternative Liste (GBAL), Fachschaftsplenum Medizin, GEW-StudentInnengruppe, Bunt-Links-Undogmatisch-Basisdemokratische Aktion (»Bluba«), Ökologische Linke an der Hochschule, Grüne an der Uni, Kritische JuristInnen, Alternative Wiwis »u.v.a.«. Die schwule Rosa Liste ist auf der Bündnisliste nicht mehr vertreten; eine neue Gruppe namens Emanzipatorische Linke/Internationale Liste (»EmaLi/IL«) behält sich die Trennung vor.

Gemeinsame Plattform der Bündnisliste ist »links-emanzipatorische Politik«; was das sein soll, scheint von Fall zu Fall entschieden zu werden. Den Studierenden genügte es; sie wählten die »BüLi«, wie die Bündnisliste bisweilen zärtlich genannt wird, gemeinsam mit der Feministischen Frauenliste (»FemFraLi«), den »Mathe-Physik-AktivistInnen« (»MaPhyA«) und der Rosa Liste in den Asta.

Die kurze Irritation nach dem Wegfall der alten Lager schien also überwunden, und die studentischen Organisationen konnten sich neuen wichtigen Aufgaben zuwenden. Der Einbruch in der Nacht vom 13. auf den 14. Juli jedoch machte die erhoffte Ruhe wieder zunichte.

Um 1 Uhr 25 wurde in dieser Nacht die Polizei von einem Augenzeugen benachrichtigt, erklärte die Staatsanwaltschaft später. Zwei Personen versuchten, in die Räume des Asta einzubrechen. Daß wenig später eine Streife zur Stelle war und die Einbrecher festnahm, hat einem der beiden vielleicht das Leben gerettet. Bei dem Versuch, ein Fenster einzuschlagen, hatte er einen zu kleinen Stein gewählt und sich die Nebenaorta aufgeschnitten; er mußte mit einem Notarztwagen in die Klinik gebracht werden. Das Ende eines wohlorganisierten Coups: Das Fenster hätte gar nicht eingeschlagen werden müssen, da das Asta-Büro auch über ein defektes verfügte, das sich unproblematisch von außen öffnen läßt. Und der »Augenzeuge« war womöglich nicht zufällig dort.

Denn die beiden scheinen keineswegs die einzigen gewesen zu sein, die von dem Einbruch bereits vorher wußten. Noch am Morgen des Tattages meldete sich ein anonymer Anrufer beim Lokalblatt »Oberhessische Presse«. Nicht nur vom Bruch konnte er berichten, er deutete sogar Zweck und Hintermänner an: Um eine Computeranlage gehe es, der Coup sei »von Studenten abgesprochen« gewesen, und das ganze sei eine Sauerei. Aus den »Studenten« wurde in einer Erklärung der Staatsanwaltschaft zwei Tage später »eine Gruppe innerhalb des Asta« und aus dem Computerklau eine vorgetäuschte Straftat. Das fragliche Gerät sei schon zuvor gestohlen worden, nun gehe es der »Gruppe« darum, die Versicherungssumme zu kassieren.

Natürlich wußte nun jeder Bescheid. Mit »Gruppe« konnte nur die Bündnisliste gemeint sein. Früher hätte man routinemäßig erst mal versucht, den leninistisch verfaßten MSB zu beschuldigen; der Dilettantismus, mit dem hier vorgegangen worden sein soll – es heißt, daß ein Plenum der Bündnisliste die Tat beschlossen habe, wofür einerseits die basisdemokratische Tradition spräche und womit andererseits die Läuterung derjenigen ihrer Mitglieder belegt wäre, die früher in demokratisch-zentralistischen Organisationen gewirkt hatten – , wäre dann ein entlastendes Indiz gewesen. Doch darauf konnte die Bündnisliste nicht hoffen.

So stand plötzlich die restliche Linke bei der Staatsanwaltschaft Schlange, um ihre Aussage zu Protokoll zu geben. Als erste reagierte eine Gruppe, die sich früher der Bündnisliste zugerechnet hatte und deren Wortführer Hermann Ruttmann im Marburger Stadtparlament sitzt. Seit er dort einen aufsehenerregenden Fraktions-aber-nicht-Partei-Austritt aus den Grünen erklärt und dafür nicht den erwarteten Beifall von links erhalten hatte, wo er sich profilieren wollte, wartete er mit der Mao-Bibel im Anschlag auf die Gelegenheit, seine Chance bei den Kommunalwahlen durch eine Abgrenzung nach links zu wahren. Nun drückte er ab: »Wir ziehen ab sofort zwischen uns und der BüLi einen klaren Trennungsstrich!« Den Feind malte Ruttmann in den schwärzesten Farben: Ja, ein Plenum der Bündnisliste habe die Tat beschlossen.

Das wußte auch die Juso-Hochschulgruppe, und sie konnte sogar den Zeitpunkt nennen, seit dem jeder es hätte wissen können. Konnte man bis dahin allenfalls in der Professionalität des Einbruchs, die an die Aktionen jener Stasi-Abteilung erinnerte, welche die 20 Aktenordner über Bärbel Bohley angelegt hat, einen Zusammenhang zur ehemaligen DDR erkennen, so erklärten die Jusos nun: Spätestens seit »der Asta-Kulturreferent Erich Honecker einlud, damit dieser den Marburger Studierenden erkläre, warum der Sozialismus in der DDR gescheitert ist«, stehe fest, »daß die Bündnisliste den Studenten der Marburger Universität einen in absehbarer Zeit kaum wieder zu behebenden Schaden zugefügt und darüber hinaus der studentischen Selbstverwaltung einen schweren Schlag versetzt hat«.

Doch die Jusos hatten den Gedanken, daß, wer Honecker einlädt, auch Versicherungen betrügt, nur von den »Grünen an der Uni« übernommen, die eine Woche zuvor die bisher bündigste Zusammenfassung und politische Bewertung des Skandals vorgenommen hatten. »Die Grünen an der Uni wissen – wenn wir es auch nicht beweisen können – , daß die These der Staatsanwaltschaft, daß eine Gruppe innerhalb des Asta vor dem Einbruch beschlossen hat, den Einbruchdiebstahl vorzutäuschen, um die Versicherungssumme für einen abhandengekommenen Computer zu kassieren, zutrifft. Bei der derzeitigen Asta-Spitze handelt es sich um die letzten Überreste eines überholten Weltbildes, der jedes Mittel recht erscheint, um das ›kapitalistische Schweinesystem‹ zu zerschlagen... Die Führungsspitze innerhalb der Bündnisliste scheint immer noch nicht zur Kenntnis genommen zu haben, daß der real existierende Sozialismus gescheitert ist und möchte wohl unbedingt als Letzte, das Licht hinter Fidel Castro ausmachen... Wir haben bei den lächerlichen Aktionen dieses Asta monatelang beide Augen zugedrückt und gehofft, daß diese politisch sehr unerfahrenen Studentenpolitiker im Laufe der Wahlperiode doch noch zur Besinnung kommen würden und sich endlich von ihren stalinistischen Phrasen lossagen würden. Die Grünen an der Uni werden in Zukunft mit keiner Gruppe mehr zusammenarbeiten, die sich nicht klipp und klar von jeder Form des untergegangenen Sozialismuses losgesagt hat...«

Wenigstens diese wertvolle Erkenntnis der Grünen kann man aus der Marburger Posse mitnehmen: Daß eine kommunistische Bewegung, will sie die Massen gegen das kapitalistische Schweinesystem mobilisieren, sich in Zukunft nicht aufs Proletariat, sondern auf jene Millionen bundesdeutsche Versicherte konzentrieren sollte, die ihre Versicherungen Jahr für Jahr um zwei bis vier Milliarden Mark prellen.

Boris Gröndahl schrieb in KONKRET 5/92 über die CIA-Vatikan-Solidarnosc-Connection

Konkret 09/92, S. 38

Oliver Tolmein

Mickey und die Popen

Begegnungen mit einem Monarchisten, »Euthanasie«-Diskutanten und Heidegger-Anhängern auf einer Reise durchs neue Rußland

Alexander Ogonews Seitenscheitel ist peinlich korrekt gezogen. Der 23jährige, kurz vor seinem Abschlußexamen stehende Student an der Universität von Samara trägt einen Anzug mit Weste und Taschenuhr. Deutsch spricht er abgehackt, aber perfekt. Nur die Verbindung von deutschem Idealismus und russischer Orthodoxie, klärt er uns auf, nur eine enge politische Allianz mit dem wiedervereinigten Deutschland, könne Rußland aus seiner desolaten Lage retten und Deutschlands Weg zur Selbstbehauptung gegenüber den USA sichern.

Tags darauf treffe ich Ogonew an der Universität. Im Germanistik-Seminar nutzt er das Thema »Ökologie« zu einem wortreichen und engagierten Exkurs über die Tradition der russisch-orthodoxen Kirche (»kirchliche Ökologie«), die geopolitische Lage der untergehenden Großmacht (»Ökologie der internationalen Beziehungen«) und die Notwendigkeit der Rückbesinnung auf slawische Traditionen (»Ökologie des Bewußtseins«). Der Dozent hört schweigend zu, und auch die Kommilitoninnen und Kommilitonen widersprechen nicht. Sascha, der fließend Hegel zitiert, Fichte bewundert und die Wiedereinführung des Zarentums fordert sowie vor der Verderbnis warnt, die von den radikalen Demokraten und der radikalen jüdischen Intelligenz ausgehe, wird zwar, gerät er zu sehr in Rage, etwas belächelt, er wird aber gleichzeitig allgemein als Autorität in Sachen »Politik« anerkannt.

Das zeigt sich etwa darin, daß er von der Fachbereichsleiterin, einer konservativen Kommunistin, ganz selbstverständlich ausgewählt wird, um den deutschen Gästen die aktuelle russische Parteienlandschaft zu skizzieren: Er kenne die Verhältnisse am besten. Und so referiert er eine knappe Stunde über die Demokratische Partei Rußlands, die Russische Volkspartei, die Christlich Demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei, die Liberal-Demokratische Partei, Pamjat und den Russischen Kaiserorden, die Grünen und die RAF, die Revolutionär-Autonomistische Fraktion, die in Rußland den bewaffneten Kampf gegen den Staat führen will.

Seine Bewertungen sind erstaunlich. Vor allem fällt seine zurückhaltende Kritik an Kommunisten auf. »Man muß doch sagen, daß zwischen den Kommunisten und der kommunistischen Ideologie ein riesiger Unterschied besteht. Zumindest hier in Rußland. Schewardnadse zum Beispiel war ja auch Kommunist – und heute? Zuletzt waren in der Kommunistischen Partei vor allem noch diejenigen, die mit aller Macht gegen die russophobische Demokratie kämpften. Und für sie sind natürlich die Roten Fahnen und die Roten Sterne bloß Symbole, weiter nichts. Sie haben keinen kommunistischen Enthusiasmus oder revolutionären Elan.« Auf jeden Fall seien die Kommunisten aber wahrhafte Patrioten und überzeugte Streiter für den starken Staat. »Die Kommunisten sind Etatisten, für sie wird der Staat groß geschrieben – für die Demokraten überhaupt nicht. Deswegen sind die Demokraten heute am gefährlichsten für Rußland.« Schließlich sei die Wiedergeburt des Patriotismus die Voraussetzung für künftigen Wohlstand und Einfluß des russischen Reiches. Mit dem Putschversuch im August letzten Jahres sei ein erstes Zeichen des Protests gegen den Ausverkauf des Landes an den Westen gesetzt worden. Tatsächlich zeigt sich auf den Anti-Jelzin-Kundgebungen, die es immer mal wieder gibt, daß konservative Kommunisten, Zaristen und russische Nationalisten längst eine Vaterländische Front bilden, ohne daß es dafür eines organisatorischen engen Zusammenschlusses bedürfte.

Lauter als die nationalen Töne sindderzeit allerdings (noch), so unser Eindruck in Samara und Moskau, die Proteste gegen die ökonomische Misere. Für einen nationalen Aufbruch fehlt jede Begeisterung. Im verarmenden Rußland begegneten uns eher allgemeine Resignation – und der halb ironische, halb hoffnungsvolle Hinweis darauf, daß man sich in der »perechodnij period«, der Übergangsperiode, befinde. Übergang wohin? Das kann und will niemand so genau beantworten. Große Entwürfe stehen derzeit nicht bereit, und präsentierte sie jemand – niemand würde sich dafür interessieren. Statt dessen beschäftigt alle die Frage: Was bringts? Und vor allem: Wer?

Die politischen Parteien spielen in derlei Erwägungen keine Rolle: Bestenfalls ein paar Prozent der Wählerinnen und Wähler kennen ihre Namen – über Programme, unterschiedliche Taktiken und strategische Pläne kann uns niemand detailliert Auskunft geben. In welcher Partei der Bürgermeister der Zwei-Millionen-Stadt Samara ist? Die Frage läßt sich auch nach einigem Hin und Her zwischen den Dozenten, Sascha und anderen Studenten nicht beantworten. Ungeklärt bleibt auch, wann planmäßig die nächsten Kommunalwahlen stattfinden, ob die Sozialdemokraten in der Stadt 30 oder doch 200 Mitglieder haben und wo sich das Parteibüro der Grünen befindet.

Bekannt sind allenfalls Namen einzelner Politiker – der Personenkult hat die KPdSU überlebt, das Ansehen der Prominenten allerdings nicht: Gorbatschows Renommee ist auf dem Nullpunkt, wir lernen auch nur wenige Menschen kennen, die Jelzin noch verteidigen – aber wer ist der neue Hoffnungsträger? Allgemeine Ratlosigkeit. Später im Studentenwohnheim fragt sich Vera, ob Schirenowski nicht doch der geeignete Mann wäre, die Führung des Landes zu übernehmen. Die Offizierstochter ist sich sicher, daß er der wachsenden Kriminalität Herr werden könnte. Schirenowski,

der die Juden für Rußlands Unglück hält, der für eine faschistische Formierung des Staates und entschieden gegen die Autonomie von Minderheiten oder gar die Loslösung der Republiken eintritt, ist Vorsitzender der weder liberalen noch demokratischen Liberal-Demokratischen Partei.

Freundinnen und Freunde von Vera, die dichtgedrängt in dem kleinen Zimmer auf dem Boden sitzen, widersprechen – aber keineswegs besonders heftig: Schirenowski habe einen schlechten Charakter, meint eine, einer wendet ein, der Mann sei nicht glaubwürdig, schließlich sei seine Mutter selber Jüdin. Andere Namen werden in die Runde geworfen – aber ohne Überzeugung, ohne genaue Vorstellung von den politischen Differenzen und Ideen. Klar sind dagegen die eigenen Kriterien: Ruhe, Ordnung und genug zu essen. Die Studenten, alle zwischen 19 und 22 Jahre alt, sind Vertreter keiner skeptischen, eher einer resignierten Generation, die sich in ihren privaten vier Wänden eingerichtet hat – zwischen Postern von Pop-Musik-Größen, Anti-Aids-Horror-Plakaten und Spruchtransparenten vergangener Parteitage.

Als wir am Abend nach Hause kommen, zu Alexejs Eltern, läuft dort der Fernseher – wie immer, wenn jemand in der Wohnung ist. Das Programm ist denkbar trist: Die Musikvideos von »Superchannel« flimmern über den Bildschirm, im Samaraer Privatfernsehkanal tritt gerade Prince im Rahmen der »Pepsi-Musik-Show« auf, auf Rußland 1 läuft eine amerikanische Krimi-Serie – um die Synchronisationskosten einzusparen, werden alle Dialoge von einem Mann monoton und leicht zeitversetzt gesprochen. Auf Rußland 2 hat man sich mit der »Biene Maja« mehr Mühe gegeben – der Text wird von mehreren Schauspielern simultan übersetzt. Eine Abwechslung bringen lediglich die Nachrichten: Von acht bis neun am Abend Informationen über neue Unruhen, Auseinandersetzungen in der Armee, ein paar Worte von Präsident Jelzin – die Nachrichten werden aufmerksam zur Kenntnis genommen, Anlaß für Gespräche bieten sie nicht. Es bleiben Meldungen aus einer Welt, die dem eigenen Einfluß entzogen scheint – die von »denen da oben« gestaltet wird, oder auch, bei Nationalitätenkonflikten, von »den anderen«. Die Entpolitisierung, die wir wahrnehmen, hat ihren Ursprung aber offensichtlich nicht in den neuen Verhältnissen – sie hat die von oben initiierte Umwälzung bloß überdauert.

Das Gebietskrankenhaus von Samara, ein riesiges Areal, vollgestellt mit renovierungsbedürftigen Plattenbau-Häusern, ist das drittgrößte in Rußland. 625 Ärztinnen und Ärzte versorgen hier knapp 3.000 Patienten. Die Orden, Ehrenzeichen, Kategorien und absolvierten Spezialprüfungen aufzuzählen, die die hierher berufenen Mediziner auf sich versammeln, dauert, inklusive Übersetzung, sechs Minuten. Die Chefärztin Nina Iwanowna läßt sich nur mit Mühe davon abhalten, uns auch noch sämtliche Operationstechniken, die ihre Spezialisten beherrschen, aufzulisten. Was ein Informationsgespräch über die Situation des Medizinbetriebs im neuen Rußland werden sollte, gerät, wie in alten Zeiten, zur Leistungsschau.

Dabei ist der hohe Standard der sowjetischen Medizin unbestritten, aber was hilft das, wenn die Lebensmittelversorgung der Patienten nur noch schwer zu sichern ist? Der Staat gleicht zwar die durch die Inflation stetig steigenden Klinikkosten noch aus – aber auch für Geld ist nicht alles zu haben, zumindest nicht regulär. Die Nahrungsmittelknappheit macht es schier unmöglich, Diätpläne aufzustellen, die auch eingehalten werden können. Und was im Krankenhaus noch gerade eben möglich gemacht werden kann – für die entlassenen Patienten ist es ausgeschlossen, sich fettarm und ohne Zukker, dafür aber vitamin- und mineralstoffreich zu ernähren. Auch Medikamente, Verbandsstoffe, Insulin und Einwegspritzen sind knapp. Dabei ist das Gebietskrankenhaus als »Notstandskrankenhaus« privilegiert und kann noch ergattern, was für kleinere Kliniken längst nicht mehr verfügbar ist.

Wie es weitergehen soll, ist den Ärztinnen und Ärzten unklar – und zwar auf allen Ebenen. Bisher wurde ein Großteil der Behandlungskosten von den Betrieben übernommen. Heute sind aber immer mehr Patienten arbeitslos – und die Planungen für ein Krankenversicherungssystem nach bundesdeutschem Vorbild befinden sich im Anfangsstadium. Während die Einnahmen stagnieren, werden sich die Ausgaben rasch vervielfachen. Nicht nur die Medikamente, die jetzt zu regulären Marktpreisen gekauft werden müssen, werden teurer, auch das medizinische Personal fordert mehr Geld. 1.500 Rubel verdient die Chefärztin des Gebietskrankenhauses, 800 Rubel eine Krankenschwester – der zum Maßstab der Lebenshaltung gemachte Warenkorb verlangt aber längst ein Monatseinkommen von 2.000 Rubel. In vielen Krankenhäusern wird deswegen gestreikt – um die Versorgung der Patienten nicht zu gefährden allerdings erst nach Feierabend.

Auf der Intensivstation sitzt ein halbes Dutzend Ärzte im Dienstzimmer. Wenig zu tun, erfahren wir. Vor zwei Jahren gab es hier noch 24 Plätze, jetzt sind es 18. Nein, nein – keine Sparmaßnahmen, wehrt der Oberarzt ab. 18 reichten aus. Im Augenblick sei nicht einmal die Hälfte der Betten belegt. In der Kinder-Intensivstation, ein Haus weiter, liegt sogar überhaupt niemand. Und das, obwohl es außer dem Gebietskrankenhaus in der Region, in der weit über zwei Millionen Menschen wohnen, nur drei, vier weitere Intensivstationen gibt.

Wir möchten wissen, warum die Auslastung der mit Beatmungsgeräten, Brutkästen, EKGs und EEGs relativ gut ausgestatteten Einrichtung so gering ist. Sind die Anforderungen für die Einweisung höher als bei uns? Werden die Patienten schneller aufgegeben? Wir fragen nach statistischen Daten: Wie alt die Patienten im Durchschnitt sind, ist nicht bekannt, auch über die durchschnittliche Verweildauer, die Todesrate – keine Informationen. Alte Menschen jedenfalls, das

wird aus dem Gespräch klar, werden selten auf Intensivstationen behandelt. Die meisten Patienten stehen im Produktionsprozeß, sind 40 bis 60 Jahre alt.

Die Frage, ob es auch in Rußland eine »Euthanasie«-Debatte gebe, stößt bei Ärztinnen und Ärzten auf Interesse. Sie fragen nach, was denn da bei uns, in der Bundesrepublik, diskutiert werde. Hier gebe es niemanden, der für die Tötung von Patienten eintrete, selbstverständlich werde immer eine Maximaltherapie durchgeführt. Dann reden sie aber doch von »hoffnungslosen Fällen«, von Kindern, bei denen sich die Wiederbelebung nicht lohne, von Frühgeburten mit Spina bifida (offenem Rücken) und Microzephalus (zu kleinem Kopf mit der Folge geistiger Behinderungen), die medizinisch »nicht mehr behandelbar« seien. Ein jüngerer Arzt erzählt von einem Symposion, das 1991 in Moskau stattfand: Ein wichtiges Thema sei die Diagnose von Hirnblutungen und ihren möglichen Folgen gewesen. »Natürlich machen wir uns auch Gedanken darüber, welche Therapie dann noch sinnvoll ist.« Aber mit »Euthanasie« habe das doch nichts zu tun.

Die Unsicherheit ist echt. Der Konsens in der Ablehnung der »Euthanasie«, der Tötung von Patienten oder ihrer Nicht-Behandlung wegen drohender Behinderungen, wackelig. Die anstehende Ökonomisierung des Gesundheitswesens, der enorme Mangel an Medikamenten und therapeutisch notwendigen Materialien und die auch während des real existierenden Sozialismus gepflegte Ideologie vom absoluten Wert körperlicher Leistungsfähigkeit können eine brisante Verbindung eingehen.

Auf dem Weg aus der Intensivstation begegnen wir einem jungen, spastisch gelähmten Mann, der Röntgenbilder trägt – es ist, nach knapp zehn Tagen Aufenthalt in Samara, der erste Behinderte, den wir sehen. Der Arzt, der uns begleitet, hält die Anwesenheit dieses Boten offensichtlich für erklärungsbedürftig: »Er war Medizinstudent im letzten Semester. Bei einem Autounfall hat er sich die Behinderungen zugezogen. Damit er ein bißchen Geld dazuverdient, kann er hier Botengänge machen.« Die Ausgrenzung der Behinderten aus dem Alltag erfolgt systematisch und gelingt fast vollständig – bis auf ein paar bettelnde Invaliden, die auf kleinen Holzwägelchen über die Bürgersteige rumpeln, weil es kaum Rollstühle gibt, und ein paar Taubstumme, die sich vor dem Roten Platz in Moskau treffen, sehen wir auch in den folgenden Tagen keine mehr.

Als wir unsere Gastgeber, Universitätsdozenten, die sonst in allen Fragen bewandert sind und gute Kontakte überallhin haben, fragen, ob wir ein Heim besichtigen können, stoßen wir auf Unverständnis. Zum ersten Mal hören wir: »Das wird wohl nicht gehen.« Schließlich, nach tagelangem Drängen und Insistieren geht es dann doch. Das Heim liegt am Rande der Stadt. Hierher kommen geistig behinderte Kinder der »ersten Stufe«: »Das sind die Debilen«, klärt uns eine Erzieherin auf; schwerer geistig behinderte Kinder, »die Imbezilen und die Idioten«,werden in geschlossene Abteilungen der psychiatrischen Kliniken gezwungen.

Äußerlich sind den Kindern keine Behinderungen anzusehen. Kinder mit Down-Syndrom z.B., erklärt die Heimleiterin, kommen üblicherweise natürlich in die Einrichtungen der 2. und 3. Stufe. Im übrigen sieht sie es als ihren pädagogischen Erfolg an, die Kinder hier an die Normvorstellungen angepaßt zu haben. »Der Junge dort drüben zum Beispiel hat eine spastische Lähmung, sieht man gar nicht mehr, nicht!« Auf unsere Nachfrage, ob sie eine spastische Lähmung für eine geistige Behinderung hält, reagiert sie verständnislos. Wir bekommen den Eindruck, daß hier schon kleine Abweichungen von der Norm eine rigide Aussonderung zur Folge haben.

Das Klima in der »Spezialschule« ist erdrückend: Alles ist sauber, ordentlich und penibel aufgeräumt. Die Kinder sind in Zimmern mit 14 Betten untergebracht, es gibt weder Leselampen noch einen Nachttisch, ein kleiner Spind im Keller ist alles, was sie ganz für sich haben. Während wir die Gemeinschaftsräume besichtigen, schirmen die Erzieherinnen und Erzieher die Kinder systematisch von uns ab – bloß keine Gespräche zwischen ihnen und uns. An der Wand hängen Portraits der großen sowjetischen Pädagogen. Aber statt an Makarenkos Emanzipationsideal orientiert man sich hier an den Erfordernissen der Produktion. Die Kinder bekommen vor allem Unterricht in praktischen Fächern: Schneidern für die Mädchen, Schreinern für die Jungen. Ein Gutteil der im Unterricht hergestellten Waren wird gleich zu günstigen Konditionen an Unternehmen weiterverkauft. Auch dieses Ausbeutungsgeschäft, vergleichbar der Misere in den bundesdeutschen Werkstätten für Behinderte, stagniert derzeit allerdings: Viele der Vertragsfirmen haben Schwierigkeiten, angesichts der ökonomischen Krise weiter zu produzieren.

Als wir an der Straßenbahnhaltestelle stehen, klettern drei Jungs, um die 14 Jahre alt, über den Zaun des Heims und laufen auf uns zu. Ob wir Devisen haben und tauschen können? Wie schnell die Autos in Deutschland fahren und wie teuer sie bei uns sind?

Einige Wochen nach unserer Rückkehr in die Bundesrepublik erreicht uns ein Brief von Wassilij, dem Deutsch-Dozenten, dem unser Interesse an der Behindertenpolitik und der »Euthanasie«-Debatte etwas seltsam vorgekommen war. Er hat eine Seite aus der weitverbreiteten »Komsomolskaja Prawda« beigelegt: »Ist die Tötung von unheilbar Kranken oder geistig behinderten Kindern nötig?« – es sind Leserzuschriften und Diskussionsbeiträge, Reaktionen auf einen zuvor veröffentlichten Text von Professor Doljezkij, einem bekannten russischen Chirurgen und Universitätsdozenten, der mit Verweis auf die Diskussion in den westlichen Staaten für eine Freigabe der »Euthanasie« in Rußland eingetreten war. Zwar

druckt die »Komsomolskaja Prawada« auch einige kritische Zuschriften, ein erheblicher Teil der Briefeschreiberinnen und -schreiber unterstützt jedoch Doljezkijs Vorstoß: »Neugeborene Geistesgestörte sollte man sogar ohne die Zustimmung der Verwandten einschläfern. Sie sind jung und wissen nicht, was Qualen sind. Debile Kinder sind der schlimmste Ballast der Gesellschaft... Ich habe Hitler entschuldigt und werde es weiter tun, weil er die Wahnsinnigen vernichtet und seine Nation wieder gesund gemacht hat. Das ist sehr human«, schreibt eine Frau, und eine Ärztin meint: »Ich möchte Professor Doljezkij sagen, daß er gar nicht so wenige Befürworter hat. Wenn bei uns in der Reanimationsabteilung ein Neugeborenes eingeliefert wird, das z.B. einen ausgeprägten Hydrocephalus (Wasserkopf) hat oder ein unterentwickeltes Zentrales Nervensystem, dann greift man auch zu Euthanasie. Das Kind wird dann in einen hierzulande produzierten Brutkasten gelegt, der sich von den importierten dadurch unterscheidet, daß er die eingestellte Temperatur, den Druck des Sauerstoffes usw. nicht hält und das Kind somit nach einiger Zeit stirbt. Keine Frage, das geschieht heimlich...«

Unser letzter Tag in Samara: Wir sind zu einer Diskussion in den Philosophischen Club der Universität eingeladen. In diesem Zirkel treffen sich seit längerem Professoren, wissenschaftliche Assistenten und einige wenige ausgewählte Studenten der geisteswissenschaftlichen Fakultäten. Getagt wird im Zimmer der Direktorin des philosophischen Seminars: Massige, dunkle Holzregale und Holztische geben dem Raum eine beklemmende Atmosphäre. An den Wänden hängen noch gewaltige Bilder von Engels, Marx und Lenin. Aber wohl nur, weil man es nicht mal der Mühe für wert hält, sie abzuhängen. Das Interesse der Lehrenden und Lernenden konzentriert sich heute auf ganz andere Denker: Die orthodoxen Religionsphilosophen werden seit einiger Zeit wiederentdeckt. »Wir suchen nach den geistigen Wurzeln Rußlands«, erläutert uns die Direktorin in ihrem Begrüßungsreferat – nicht ohne auf den engen ideellen Zusammenhang von deutscher und russischer Philosophie zu verweisen. Sie sagt »Seelenverwandtschaft« und lacht. Der Lieblingsphilosoph der Direktorin ist Martin Heidegger – und mit dieser Vorliebe steht sie nicht allein. An diesem Nachmittag treffen wir auch Alexander Ogonew wieder, der hier als Kenner der orthodoxen Religionsphilosophie und wegen seiner Deutschkenntnisse einen ausgezeichneten Ruf hat. Noch sind nämlich erst wenige Heidegger-Texte ins Russische übersetzt.

Daß Heidegger Nationalsozialist war, stört niemanden – das seien biographische Details, die mit der »großartigen Tiefe« im Denken des Philosophen nichts zu tun hätten. Andere deutsche Theoretiker, wir fragen nach Adorno und Horkheimer, sind hier zwar namentlich bekannt – scheinen den anwesenden Akademikern aber ähnlich fremd, wie uns die Ideen der russischen Religionsphilosophen. Iwan, ein junger Postgraduate, hat englische Übersetzungen von Habermas gelesen. Er hängt der Theorie an, daß jedes Volk seine Mitte brauche – wenn die Extreme regierten, zerbreche das Land. Und in Rußland gebe es eben nur Extreme. Auch Jelzin könne die Mitte nicht finden. Er vergleicht das gegenwärtige Rußland mit dem Deutschland der Weimarer Republik. Eine These, die bei seinem Nachbarn, Alexeij, einem Historiker aus Sibirien, auf heftigen Widerspruch stößt. Der 25jährige Doktorand, der über die Entwicklung der Nationalitätenpolitik im Rußland des 18. Jahrhunderts arbeitet, sieht in der ehemals sowjetischen Zentralmacht vor allem die Ursache für die Auseinandersetzungen um die Alternative »Westorientierung oder Rückkehr zum russischen Erbe«. Mit dieser Fragestellung, so meint er, sei aber auch schon die Antwort gegeben: »Im Zweifelsfall hat sich Rußland immer für einen nationalistischen Kurs entschieden.« Und die Zeit, bis es mal wieder soweit ist, sieht er nicht rosig: »Die Mischung aus religiöser Orthodoxie, unbeholfenem Kapitalismus und Mickey-Mouse-Kultur, die derzeit unser gesellschaftliches Leben bestimmt, kann alles fördern, nur keinen Fortschritt.«

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 5/92 über Rußlanddeutsche und russische Juden

Konkret 09/92, S. 42

Michael Scharang

Abgrenzungswahn und Mordgier

Über das Geschwätz von der Identität

I bin deri bin

in mai mogn is nix drin

waun in mai mogn wos drinwaa

wari laichd a r aundara

Ernst Jandl

Nur im Gedicht gesteht derjenige, der behauptet, er sei, der er ist, auch ein, daß er diese Behauptung, die so anmaßend daherkommt, in Wahrheit aus Verzweiflung aufstellt, aus Verzweiflung darüber, ein anderer nicht sein zu können – nicht eines schicksalhaften Verhängnisses wegen, sondern aus purer Not: vor Hunger.

Das Gedicht von Jandl »I bin deri bin« bringt die ganze Wahrheit ans Licht, die gewöhnlich vom Pathos der Identität – ich bin ich – im Dunkeln gehalten wird. Da die Wahrheit aber, selbst die ganze, nie ganz ist, wird es nicht schaden, ihr auch noch ein paar Überlegungen in Prosa anzuvertrauen.

Außerhalb des Gedichts, im Alltag, ist von jemandem, der sagt: Ich bin, der ich bin, eine Einsicht, die darüber hinausgeht, nicht zu erwarten, ja, diese Worte drücken sogar äußerste Verhärtung gegen Erkenntnis, schon gar gegen Selbsterkenntnis aus. Schwingt in der Formulierung, daß einer ist, *wie* er ist oder *was* er ist, immerhin noch der Trotz der Selbstbehauptung mit, erschöpft sich der Satz, man sei, *der* man ist, in einer Aussage, die nicht nur nichts beinhaltet, sondern darauf auch noch stolz ist.

Dem erwarteten Einwand, hier verkünde doch jemand, mit sich identisch zu sein, ist man geneigt, resigniert nachzugeben: Ja, leider, so ist es; hier pocht wieder einer, wie ohnedies schon jeder zweite, auf persönliche Identität, wobei er zwar nicht weiß, was er redet, um so deutlicher aber spürt, wie es ihn zu Höherem drängt. Die Resignation rührt daher, daß zur Zeit kein Begriff so erhaben ist über Kritik wie »Identität« und daß mit keinem anderen Wort so viel persönliches Wohlbefinden und allgemeines Wohlergehen assoziiert wird.

Ob reich oder arm, ob links oder rechts, ob spießig konventionell oder alternativ angepaßt, die Gesellschaft schart sich, ein neues Gemeinschaftsgefühl eintrainierend, derart eng um den neuen Götzen, die Identität, daß einem die Lust vergeht, die wieder einmal zum Volk sich zurückentwickelnde Bevölkerung mit der Ansicht zu inkommodieren, die Identitätssuche, zu der sie aufbricht, führe direkt zum ideologischen Räumungsverkauf; und daß einen, des weiteren, der Mut verläßt, das hierorts neu sich formierende Volk und die neu formierten Völker andernorts mit der Gewißheit zu konfrontieren, daß ihre neuen Gewißheiten: ihre neue nationale, politische, ethnische, religiöse und weiß der Teufel was noch für eine Identität, sich bloß zusammensetzen aus altem Abgrenzungswahn und uralter Mordgier.

Doch schrickt der Widerspruchsgeist aus der Narkose, in die ihn der Weltzustand versetzt hat, auf, sobald er mit Ernst Jandls Vierzeiler in Berührung kommt, der, einem Pfeil gleich, ins geheimnislose Zentrum der Identität eindringt, so daß der Stoff, aus dem dieses Phänomen besteht, endlich für alle sichtbar nach außen quellen kann: ein Häufchen Dreck: Identität nichts als ein Zwangsprodukt aus Mangel und Not: Ich bin der ich bin/in meinem Magen ist nichts drin/wenn in meinem Magen was drin wär/wär ich leicht ein anderer.

Hegel hat die Inhaltslosigkeit des Identitätsprinzips A ist gleich A entlarvt; dieses Prinzip sei »nichts weiter als der Ausdruck der leeren Tautologie«, die Wahrheit sei vollständig »nur in der Einheit der Identität mit der Verschiedenheit«. Den Identitätsfetischisten wirft er vor, nicht zu erkennen, was hinter ihren eigenen Behauptungen stecke, hinter den Thesen, »die Identität sei nicht die Verschiedenheit« und »die Identität sei verschieden von der Verschiedenheit«, nämlich: »daß die Identität ein Verschiedenes ist«. Wenn jemand seine persönliche Identität gefunden zu haben glaubt und sie mit dem Satz proklamiert: Ich bin ich, so läßt sich diese Inhaltslosigkeit nur noch vertiefen durch eine andere: Ich bin nicht ein anderer. Würde derjenige sich aber statt auf die Suche nach der Identität auf die nach der Wahrheit machen, wäre er gut beraten, gemäß Hegels Einsicht, daß die Identität ein Verschiedenes ist, den Satz: *Ich bin ein anderer* als Wegzehrung mitzunehmen.

Nicht von ungefähr handeln literarische Kunstwerke davon, daß Personen sich verlieren; das Gegenteil – sich zu finden – wäre ein erfahrungsloses, erkenntnisloses, lustloses Auf-der-Stelle-Treten. Ulrich, Musils Mann ohne Eigenschaften, weist deshalb den sogenannten persönlichen Geschmack von sich und schändet so ein Heiligtum des zur Selbstfindung verpflichteten bürgerlichen Individuums. Zwar läßt Ulrich den Geschmack des Vaters aus dem geerbten Haus entfernen, aber nicht, um einrichtend sich selbst zu verwirklichen; er überläßt es einem beliebigen Möbelhändler, beliebige Sachen in

die Zimmer zu stellen: »Er war vom Mond zurückgekehrt und hatte sich sofort wieder wie am Mond eingerichtet.« Musils vergnüglicher Roman steht in dem Ruf, sperrig zu sein; die Selbstverwirklicher können inmitten des geschmackvollen Sperrmülls, in dem sie sich für die Ewigkeit einer Saison geistig entfalten, an diesem Buch kein Vergnügen finden.

Mit der nationalen Identität verhält es sich nicht anders als mit der persönlichen. Daß die Österreicher Österreicher sind, die Deutschen Deutsche, läuft auf einen Nonsens hinaus, dem nur noch der Unsinn standhält, der Österreicher sei kein Serbe, der Deutsche kein Pole. Sollte nationaler Konstellation überhaupt ein Interesse abzugewinnen sein, wäre dem Verdacht nachzugehen, ob der Österreicher Serbe, der Deutsche Pole sei. Eine solche Recherche könnte vielleicht, versprechen kann man es nicht, mehr zutage fördern als nationalen Plunder.

Dieser Plunder erlebt zur Zeit allerdings eine phantastische Renaissance. Wenn er seine effektivste, die kriegerische, Gestalt auch in Osteuropa annimmt, der Herd des nationalen Identitätswahns liegt im Westen.

Hier hieß es während des Kalten Kriegs, der äußere Feind, der Kommunismus, sei schlimm genug, man könne sich nicht auch noch einen inneren Feind leisten. Deshalb wurden dem einzigen Widerstandsversuch nach 1945, der sogenannten Studentenbewegung, zwei Bedingungen diktiert, unter denen er stattzufinden hatte: Der rechte Antikommunismus der Väter war von den Söhnen durch linken Antikommunismus zu erweitern; der wiederaufgebaute Krempel der Alten durfte von den Jungen kritisiert, mußte aber von ihnen zugleich mit frischem Reformeifer belebt werden.

So glatt das auch über die Bühne ging, der Aufstand, der bald seinen Einstand feierte, hinterließ doch einige äußerst unangenehme Abfallprodukte: Reste von Marx und der Kritischen Theorie. Die galt es in gesamtgesellschaftlicher Anstrengung zu beseitigen.

Doch mit welcher Losung? Da die meisten reaktionären Schlagwörter noch gezeichnet waren vom Einsatz für den Nationalsozialismus, wurde, anfangs ohne sonderliche Zuversicht, eins aus dem vorigen Jahrhundert ausprobiert: Identität; der Kampfbegriff der Romantik in dem mittelalterlichen Turnier, das sie gegen die Klassik veranstaltete; der Kampfbegriff, wie man aus einem großen Essay von Peter Hacks weiß,in der Auseinandersetzung Jahn, Fichte, Schelling gegen Ascher, Hegel, Goethe.

Vor eineinhalb Jahrhunderten wurde Identität mobilisiert als höhere Einheit, in der die Unterschiede aufgehen, gegen ein immer genauer unterscheidendes Denken, das sogar die Scheu ablegte, bestimmte Unterschiede als Widersprüche zu begreifen, gegen ein Denken, das einen zeitgemäßen Staat konzipierte, in dem allgemein geltende Gesetze zu erstreiten wären, und dem die romantische Rückphantasie einer Ständeordnung mitsamt den Privilegien der Stände ein Greuel war.

Der Rückgriff auf die Identität, den die Restauration nach 1968 instinktsicher wagte, war ein voller, wenn auch kein billiger Erfolg. »Identität« existierte damals nicht einmal als Alltagswort, und selbst im philosophischen Seminar spielte dieser Begriff nur eine bescheidene Rolle. Um das Wort zu popularisieren, bedurfte es eines enormen Reklameaufwands. Das Unternehmen glückte aber auch deshalb, weil die Restauration sich nicht dumpf rückschrittlich gab. Die Richtung, in die zu gehen war, hieß ausdrücklich nicht: nach hinten, sondern: nach innen.

Ein kleiner Wink des Trends, und wie immer waren es die Dichter und Denker, die sich zu allererst verzogen. Der Schriftsteller Handke, damals ein extrovertierter, publikumsbeschimpfender Radaubruder, verschwand sogar auf Nimmerwiedersehn in seinem Inneren. Und Helmut Qualtingers »Herr Karl« wurde nun erst wirklich verstanden. Hatten die Österreicher dem Stück bislang beglückt die Information entnommen, daß die kleinen Leute die größten Nazis waren, eine Botschaft, die dem Autor und Schauspieler den Ruf eines Volkskünstlers eintrug, galt jetzt als Lehre des Stücks, daß jeder, bevor er das Maul antifaschistisch aufreißt, mit dem Faschisten in sich fertig zu werden hat.

Veränderung war durchaus noch an der Tagesordnung; doch ehe man sich einen Gedanken über Gesellschaftsveränderung anmaßte, mußte man sich selbst verändern. Die sozialdemokratische Revolutionstheorie, daß die Revolution zu verschieben ist, sei es von heute auf morgen, sei es von außen nach innen, wurde endlich, erweitert um die christliche Botschaft, man möge vor dereigenen Tür kehren, zum Allgemeingut der klassenlosen bürgerlichen Gesellschaft, in der jeder auf die Suche nach sich selbst geschickt wurde, mit der Zusicherung, daß es dabei auf soziale Nebensächlichkeiten nicht ankomme.

Bis heute ist der Zauber ungebrochen, der von dem Wort »Identität« ausgeht; es ruft eine Sehnsucht wach nach einer heilen Welt, die, wenn schon draußen nicht, so doch drinnen existiert, tief in der Person, tief in der Geschichte, tief im Volk. Und würde man bis zum unverdorbenen Ursprung gelangen, erschlösse sich, indem man von vorn beginnt, eine herrliche Zukunft.

Identität ist Inbegriff des Stillstands: Stillstand beim utopischen Ursprung, hinter den es nicht weiter zurückgeht; Stillstand in der utopischen Zukunft, in der, da alle Hoffnung erfüllt ist, das Vergehen von Zeit keinen Sinn mehr hat. Utopie, der Zeitpunkt des Stillstands, ist der Identität, dem Ort des Stillstands, wesensverwandt.

Im Beschwören von Utopie und Identität kommt die Todessehnsucht einer Erste-Welt-Gesellschaft zum Ausdruck, deren noch intakte Mitglieder, um intakt zu bleiben, fortwährend die Tatsache verdrängen müssen, daß ihre bloße Existenz in jeder Sekunde unzählige Menschenopfer fordert. Zugleich verdrängen sie die eigene soziale Lage; danach zu fragen, erscheint als obszön, muß man doch froh sein, in dieser und nicht in einer anderen Weltgegend zu leben.

Ist die soziale Frage erst einmal tabu, ist der einzelne mit jener Ohnmacht geschlagen, derer es bedarf, um dem Weltlauf gewissermaßen mit vollem Bewußtsein ohnmächtig zusehen zu können. Der blinde Kreislauf, den man bereits für überwunden hielt, der sich aber nun als neue Weltordnung installiert, der blinde Kreislauf, davon zu leben, daß andere sterben, läßt einem nur eine Hoffnung: die auf den eigenen Tod, der, zumindest für einen selbst, diesen Kreislauf stoppt.

Heutige Denkvorschriften, positives Denken genannt, lügen jene Todessehnsucht um in ein Bedürfnis nach persönlicher Identität. Dabei berührt die Lüge ungewollt die Wahrheit. Persönliche Identität wäre erreicht, wenn das Individuum mit seinem Innersten übereinstimmte. Nun hat sich dort aber der Wunsch, tot zu sein, eingenistet. Zudem hieß identisch sein immer schon: tot sein. Das ist der logischen Figur der Identität eingeschrieben: Nur im Tod stimmt das Ich vollkommen mit sich überein. Denn das lebende Ich bewegt sich mit jeder Gefühlsregung, mit jedem Gedanken, mit jeder Handlung von sich weg.

Die bürgerliche Losung: *Lieber tot als rot* spricht unmißverständlich aus, wie das Bürgertum die soziale Frage, sollte sie praktisch gestellt werden, zu beantworten gedenkt. Zwar wird Selbstentleibung nicht ausgeschlossen, doch der Weg bis dahin zieht sich; und er ist blutig. Die Losung kündet weiter von Verhältnissen, auf die das Bürgertum ebenso stolz ist, wie es sie bestreitet: daß man es sich in politischer Gleichheit wohnlich macht, daß deren Fundament aber die soziale Ungleichheit ist.

Die Epoche der politischen Gleichheit, die bürgerliche, ist vorbei, auch wenn sie noch ein paar hundert Jahre dauern sollte. Sie hat an Gutem und Schlechtem nichts mehr zu bieten, was sie nicht schon geboten hat. Sie kann aber, obschon mehr tot als lebendig, nicht sterben, denn sie hat ihre Gegner dazu erzogen, sie nicht sterben zu lassen. Sie lehrte sie, daß mit ihr die größte Errungenschaft der Zivilisation, der Rechtsstaat, stürbe. Mit ihm, dem Rechtsstaat, gingen auch ihre Gegner unter.

Weil diese Argumente etwas für sich haben, bleibt das wichtigste Argument unausgesprochen: Der bürgerliche Rechtsstaat bedroht, da er auf sozialem Unrecht basiert, sich selbst am meisten. Er hat in diesem Jahrhundert auch schon einige Male Hand an sich gelegt und blieb nur deshalb nicht als Opfer auf der Strecke, weil seine Opfer ihn retteten. Zu sehr hatten die das bürgerliche Lebensprinzip, den Tausch des Gleichen mit Ungleichem, die Wurzel sozialen Unrechts, als Gesetz des Lebens akzeptiert, um den bürgerlichen Rechtsstaat als einen Tausch zu durchschauen, bei dem man politische Gleichheit nur um den Preis sozialer Ungleichheit bekommt.

Der Tausch des Gleichen mit Ungleichem, zu einer Art Naturrecht geworden, konstituiert das bürgerliche Individuum, das sich nur realisieren kann, indem es andere übertölpelt. Diesen Vorgang als Leistung darzustellen und die daran Beteiligten als Elite und nicht als Gauner, ist die Aufgabe der bürgerlichen Moral.

Die Opfer hängen dieser Moral mitunter inniger an als die Täter. Warum sonst ersehnen die ständig Übervorteilten nichts mehr, als auch einmal jemandem eins auszuwischen. Selbst die Revolution, der Versuch, diesen Zuammenhang zu zerbrechen, muß sich so lange fragen lassen, ob sie ein guter Tausch sei, bis sie sich selber diese Frage stellt und sich damit aufgibt.

Das bürgerliche Individuum, das im anderen nur jemanden sehen kann, den es übervorteilen muß, kennt deshalb nur sich selbst als Subjekt. Der Rest der Menschheit ist Objekt. Deshalb bleibt dem Subjekt keine andere Bewegungsform als die blinde Raserei, und dieserart begibt es sich, ohnedies schon allein, auch noch auf die Suche nach sich selbst. Dort findet es das schlechte Gewissen, Unrecht getan zu haben. Zugleich aber fühlt es sich im Recht, denn unter Recht versteht es Vorrecht und unter Gesetz etwas, das es kraft seiner Vorrechte beugen kann. Das bürgerliche Ich ist pathologisch ichbezogen, so daß es alles nur unter dem Gesichtspunkt des eigenen Nutzens betrachtet; einen Wert jenseits davon, einen Gebrauchswert, kann es sich nicht vorstellen.

Das wirkliche Ziel des Bürgers, allein auf der Welt zu sein, ohne die schreckliche Konkurrenz all derer, die so handeln wie er, ist wirklichkeitsfremd, weil ohne die anderen keine Vorteile zu erwirtschaften sind. Die anderen aber immer nur als Konkurrenten oder als Ausgebeutete hassen und verachten zu müssen, ist kein befriedigendes Lebensgefühl. Deshalb steckt der Bürger sich einen Markt- und Verwaltungsbereich ab, den er Staat nennt, lieber noch Nation, innerhalb dessen er so tut, als wäre er mit allen gut Freund. Um so schrankenloser kann er seinem Haß anderen Nationen gegenüber nachgeben, wobei er die konkurrierenden ausländischen Bürger als Feinde der Kultur und der Zivilisation und die ausländischen Habenichtse als Untermenschen betrachtet.

Weil der Bürger auf der Suche nach seiner Identität, auf dem Weg in sein Inneres, schon deshalb nicht weit kommt, weil dieses nicht tiefer ist als eine Pfütze, weitet er die persönliche zur nationalen Identität aus. Das triviale Geschäft, den anderen zu übervorteilen, wird außerhalb der Landesgrenzen heroisch: Endlich kann man tun, was man sich schon immer

gewünscht hat: den anderen erschlagen. Der Bürger fühlte sich denn auch aufs äußerste provoziert, als die Oktoberrevolution mit Weltfrieden drohte. Und so lautete die Antwort: Weltkrieg. Schnell war ein Führer gefunden, der nur eines glaubwürdig versichern mußte: daß er um jeden Preis Krieg wollte. Das Pech: die ausländische Konkurrenz.

Nun ist, ohne Führer zwar, aber immerhin unter deutscher Führung, der erste Anlauf zu einem Sozialismus gestoppt, und das Experimentierfeld, auf dem eine Lebensweise ausprobiert werden sollte, die das alte soziale Unrecht überwindet, droht zu einem Feldlazarett zu werden.

Der Westen überredet den Osten zu seinen Werten und schaut fasziniert zu, was aus Menschen wird, wenn man ihnen nur den ideellen Wertteil zur Verfügung stellt, den materiellen aber vorenthält, Kapitalismus also ohne Kapital, bürgerliche Demokratie ohne Bürgertum.

Der Schwindel wäre längst aufgeflogen, hätte der Westen nicht zumindest einen konkreten Wert exportiert: die nationale Identität. Der volle Magen scherte sich nicht um Nationalität; der leere braucht alle Identitäten, von der nationalen über die ethnische bis zur religiösen; das macht zumindest Wut im Bauch. Dazu kommt der Zorn, auf falsche Versprechungen hereingefallen zu sein. Doch es gibt kein Zurück. Den falschen Versprechungen folgen leere, und so setzt man nun aufs Selbstbestimmungsrecht der Völker, auf den Vorschlag der westlichen an den Rest der Welt, sich doch selbst umzubringen.

Dieser wahnwitzige Rückschritt ins Nichts, in eine Marktwirtschaft ohne Markt, dieser Rückschritt, der vom österreichischen Außenminister Mock, dem zur Zeit größten Kriegshetzer der Welt, treffend als »großer Fortschritt nach vorn« bezeichnet wurde, bringt eine barbarische Form der Zivilisation hervor, den zum Wirtschaftssystem deklarierten Raubmord. Wenn man sich nur noch ernähren kann, indem man den anderen überfällt, müssen immer neue und immer kleinere Gruppen sich als neue nationale oder ethnische oder religiöse Identitäten konstituieren; die Gruppe, von der man sich heute abgrenzt, wird morgen beraubt.

Daß der Westen dabei tatenlos zusieht, ist eine Lüge. Er versteht die von ihm initiierten Kriege als seine Manöver; wenn dort die Erde verbrannt ist, tritt hier der Ernstfall ein. Der Weltmarkt wird durch die Verwüstungen, die er anrichtet, immer kleiner, die Konkurrenz immer größer. Wie sie am besten zu schlachten sein wird, wird an den jetzigen Schlachten studiert. Der Bürger, auf der Suche nach seiner Identität, stößt immer nur auf den Tod.

Michael Scharang veröffentlichte zuletzt den Roman »Auf nach Amerika« (Luchterhand Literaturverlag)

Konkret 09/92, S. 46

Gerhard Bolte

Stumpfe Waffe der Kritik?

»Seit die Neue Linke rückstandslos in den Poren der Gesellschaft versickert ist, wird die kritische Theorie immer mehr zu einem skurrilen Museumsstück, das jedenfalls mehr zu eitlen Klügeleien als zur tätigen Auseinandersetzung mit der Realität der Klassengesellschaft anstachelt.« Ein Beitrag zur ungebrochenen Aktualität der kritischen Theorie Max Horkheimers

»Das Ziel einer vernünftigen Gesellschaft, das heute freilich nur in der Phantasie aufgehoben scheint, ist in jedem Menschen wirklich angelegt.«
Max Horkheimer

*Was in den sogenannten entwickelten Ländern die Intellektuellen liefern können, die kritischsten und aggressivsten nicht ausgenommen, ist Verzierung, Unterhaltung, Freizeitmaterial, es füllt Massenmedien und leere Wände und dient dem Lauf der Dinge, wie er ohnehin ist. ... Die Bedeutung der Gedanken von Kant, Hegel, Nietzsche und den Dichtern für den Einzelnen steht im umgekehrten Verhältnis zur Zahl der jeweils auf den Markt geworfenen Exemplare ihrer Schriften. ... Massenauflagen von Philosophen beweisen ihre Harmlosigkeit.**

Diese resignative Bilanz der praktischen Wirkung von Gedachtem und Geschriebenem stammt von einem der bedeutendsten Aufklärer dieses Jahrhunderts, dem Begründer der neueren kritischen Theorie: Max Horkheimer. Sein Urteil unter ‘Alterspessimismus’ zu verbuchen und damit abzutun, wäre so bequem wie falsch. Schließlich hat er Ende der zwanziger Jahre als junger Sozialwissenschaftler hellsichtig den Faschismus heraufziehen sehen und ist angesichts dessen für die proletarische Revolution und den Sozialismus eingetreten. Während des anschließenden Exils in Frankreich und den USA konzipierte er eine historisch-materialistische Sozialforschung, die sich der arbeitsteiligen Wissenschaften aus reflektierter Distanz zu bedienen wußte. Horkheimer holte Löwenthal, Marcuse, Adorno und eine Reihe anderer kritischer Intellektueller an das von ihm geleitete Institut. Vom historischen Materialismus und der Kritik der politischen Ökonomie ausgehend konzentrierten sie ihre gemeinsame Anstrengung darauf, den subjektiven und objektiven Mächten auf die Spur zu kommen, welche die große Mehrzahl der vergesellschafteten Individuen in den entscheidenden geschichtlichen Kämpfen immer wieder gegen ihre elementaren Interessen organisieren. Bedeutende Studien über die Folgen der großen Wirtschaftskrise 1929, soziale Ohnmacht und Apathie, die affirmative Funktion der Kultur, irrationalistische Strömungen in der Philosophie, die Dynamik der bürgerlichen Freiheitsbewegung sowie über Autorität und Familie entstanden in dieser Zeit.

Nach seiner Rückkehr aus dem Exil 1949 mußte Horkheimer die bittere Erfahrung machen, daß auch die militärische Niederlage des Faschismus die negative Kontinuität deutscher Geschichte nicht hatte durchbrechen können. Wiederaufbau, Wiedergutmachung, Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung, das sind die Vokabeln, in denen sich diese Kontinuität ausdrückt. Horkheimer beobachtete, wie man dem Faschismus nicht offen, sondern insgeheim die Treue hielt, indem man den materiellen, kulturellen und sozialen Verwüstungen, die er angerichtet, und dem, was er Verfolgten und Verfemten angetan hatte, weniger Aufmerksamkeit schenkte als dem, was von ihm noch brauchbar erschien. Kapitalistische Eigentumsordnung, korporative Sozialstruktur, Kulturindustrie, militantes Arbeitsethos und antikommunistisches Sendungsbewußtsein wurden zu festen Stützen der deutschen Restauration. In der bürokratisch kühlen, eher widerwilligen und häufig ganz ausgebliebenen Entschädigung der Verfolgten des NS-Regimes und der oft großzügigen und verständnisvollen Rehabilitierung und Karrierehilfe für die Nazi-Kader während der Adenauer-Zeit verriet sich die verschworene Kumpanei der Patrioten und die Doppelbödigkeit kollektiver Schuldbekenntnisse. Horkheimer waren sie von Anfang an verdächtig, *weil der ungebrochene Begriff des Kollektivs, mit dem sie sich dabei identifizieren, das ‘Wir’, eben die Denkart bezeugte, die den Nationalsozialismus ermöglicht hatte. ... Das Wir zu bewahren war die Hauptsache. ... Die Anderen sind nicht die Nazis, sondern die Amerikaner und der Widerstand.*

Was man sich nicht verzeihen mochte, war weniger die Judenvernichtung und die systematische Ausrottung von politischen Gegnern und Minderheiten als vielmehr der verlorene Krieg und der damit verbundene Machtverlust. Diesen Machtverlust Deutschlands zu begrenzen und einen möglichst raschen Wiederaufstieg zu ermöglichen – das war der strategische Geheimcode, den Horkheimer aus vielen Schuldbekenntnissen offizieller Repräsentanten heraushörte. Er hatte ein sehr gutes Gespür für den im demokratischen Staat fortwesenden totalitären Nationalismus, der gegenwärtig wieder so machtvoll durchbricht. Das *völkische Gemeinschaftsempfinden*, das sich auch in der Parole »Wir sind ein Volk« aussprach, hatte damals dem Faschismus und hat heute einstweilen der Wiedervereinigung die Massenbasis verschafft.

Wer in den Jubel über die erfolgreiche Beseitigung der Nachkriegsordnung Europas, die den Spielraum der deutschen Politik vernünftigerweise stark eingeschränkt hatte, nicht einstimmen mochte, bekam das zu spüren. *Der Unterschied zwischen dem Einzelnen und dem Kollektiv wird eingeebnet, wer ihn bewahrt, steht draußen, gehört nicht zu ‘uns’, ist wahrscheinlich ein Kommunist.* So war es zu Zeiten des Kalten Krieges, heute genügt es schon, wenn er Ausländer ist. Die

fetischisierte Einigkeit, die freiwillige Bereitschaft zu allen Schandtaten, die in Deutschland immer wieder mit Freiheit verwechselt wird, geht zusammen mit dem Haß auf diejenigen, die nicht konformieren und als einzelne Freiheit für sich beanspruchen. Nicht nur mit dem verquollenen Freiheitsbegriff, der die Dreistigkeiten des Kollektivs sanktioniert und sich für die Freiheit der Individuen nicht interessiert, sondern auch mit der spezifischen Geist- und Ziellosigkeit des deutschen Nationalismus ging Horkheimer hart ins Gericht. Was er vor dem Bau der Mauer notierte, gilt nach ihrem Sturz erst recht. *Der Volksgeist ist finster wie zuvor. ... Nirgendwo in zivilisierten Ländern ist so wenig Grund zum Patriotismus wie in Deutschland, und nirgendwo wird von den Bürgern weniger Kritik am Patriotismus geübt als hier, wo er das Schlimmste vollbracht hat. Berlin, die Wiedervereinigung, die Gebiete jenseits der Oder des zu Recht besiegten Deutschlands werden zu Stimulantien der neuen patriotischen Gesinnung, die von einem unheimlichen Willen gegen inneren, ja gegen äußeren Widerspruch sich ausbreitet. Unansprechbar, weil unreflektiert und von keinem vernünftigen Grund gestützt, vom Westen schlau die Reputation erborgend, man sei ein liberales Volk, man teile die politische Geschichte mit der freien Welt, schickt man sich an, der Freiheit den nächsten Streich zu spielen. Die Kotaus vor den Widerstandskämpfern, die offiziellen Absagen an den Antisemitismus, von den Synagogenbesuchen der Bürgermeister bis zum Schweigen bei Anne Frank, all dieses bereits kleinlaut und formell gewordene Schuldgetue hat bloß die Funktion, sich zum rechten Patriotismus wieder das gute Gewissen zu machen, sofern es nicht bloße Reklame für amerikanische Foundations ist. Der Patriotismus in Deutschland ist so furchtbar, weil er so grundlos ist.*

Ebenso groß wie das Mißtrauen gegen die Deutschen war Horkheimers Enttäuschung über die autoritäre Entwicklung des Staatssozialismus und seine Konzilianz gegenüber den Ländern mit demokratischer Tradition, vor allem Amerika. Daß er in ihnen die einzigen Garanten der Freiheit des einzelnen und damit des ungegängelten Denkens sah, mag lebensgeschichtlich begründet sein. Besonders während der Emigration hatte er die Vorzüge bürgerlicher Liberalität schätzen gelernt. Vielleicht aus Widerwillen gegen den völkischen Nationalismus und den pseudosozialistischen Kollektivismus beurteilte er die Rolle der USA während des Kalten Krieges fast ausschließlich aus der Perspektive eines individualistisch verkürzten Freiheitsbegriffs und deshalb viel zu gutmütig. *Ohne sie wäre die Welt zwischen östlichen und westlichen Hitlers bereits aufgeteilt.* Als ob sie nicht bei der Verteilung an westliche Diktatoren, vor allem in Lateinamerika, die Hauptrolle gespielt hätten. Daß die von den USA repräsentierte Freiheit im Weltmaßstab ein Luxus reicher Rentiers ist, der von dem Milliardenheer der Arbeitenden und Überzähligen mit Not und verschärftem Zwang bezahlt werden muß, kann theoretisch reflektierter Erfahrung eigentlich nicht verborgen bleiben. Und doch hat Horkheimer selbst die miserablen materiellen Bedingungen, unter denen Millionen von US-Bürgern ihrer Freiheit zum Hohn leben müssen, aus dem Blick verloren. Statt dessen übernahm er von der Propaganda des Kalten Krieges den Kampfbegriff der ›freien Welt‹ und damit die Bereitschaft, die gewaltsame neoimperialistische Politik der USA und ihrer Verbündeten als Verteidigung der Freiheit und nicht als brutale Behauptung ökonomischer Interessen zu interpretieren. Weniger der Vietnam-Krieg als die Proteste gegen dieses barbarische Unternehmen erschienen ihm als Bedrohung der Freiheit.

Es ist wahr, die USA haben entscheidend zur Niederlage des Faschismus beigetragen, und es ist ihnen gelungen, den deutschen Nationalismus durch Einbindung ins westliche Lager für geraume Zeit unter Kontrolle zu halten. Aber ist das ein Grund zu politischer Romantik? Von seinem Grundsatz, daß sich eine vom Klasseninteresse gelenkte, skrupellose Großmachtpolitik nicht durch demokratische und humanistische Ideen, in deren Namen sie praktiziert wird, rechtfertigen läßt, scheint Horkheimer im Falle der USA und der ›freien Welt‹ abgerückt zu sein. In bezug auf die Machtpolitik der Sowjetunion, die immerhin den größten und verlustreichsten Beitrag zur Niederlage des Faschismus geleistet hat, ist er weniger konziliant gewesen. Die autoritäre Ordnung in den Ländern des Staatssozialismus und die Unterdrückung des Prager Frühlings durch die Warschauer-Pakt-Truppen hat er schonungslos als Verrat am Sozialismus, der *Idee inhaltlich verwirklichter Demokratie,* attackiert. Der politischen Mentalität des Kalten Krieges entsprach es, die eigene Aktion im Lichte ihrer humanen Idee, die der anderen Seite nach ihrer schäbigen Realität zu beurteilen. Vor allem in den sechziger Jahren ist Horkheimer dieser bequemen Orientierung immer häufiger aufgesessen, während kritische Theorie doch ihre ideologische Funktion ins Bewußtsein zu heben hat.

Erst die außerparlamentarische Opposition – angefangen von der Bürgerrechtsbewegung gegen Rassismus in den USA und der Bewegung gegen Aufrüstung und Notstandsgesetze in der BRD bis zum weltweiten Protest gegen den Vietnam-Krieg – konnte die antikommunistische Doktrin in der BRD vorübergehend antauen. Anders als etwa Herbert Marcuse reagierte Horkheimer jedoch auf die parallel zur Apo entstehende Studentenbewegung, in deren Zuge eine breitere Rezeption seiner Schriften einsetzte, nicht mit Sympathie und Erwartung einer reflektierten politischen Praxis, sondern mit mehr oder weniger schroffer, jedoch ambivalenter Ablehnung. Der radikale Gestus, mit dem die Studenten das Establishment attackierten, stieß ihn als Großbürger ab. Zugleich erinnerte es ihn an den praktischen Anspruch der Aufklärung, an den revolutionären Impuls, der ihn in seiner eigenen intellektuellen Entwicklung bestimmt hatte, an enttäuschte Hoffnungen und an den Verlust der historischen Perspektive.

Das Ziel, an dem die richtige Theorie die Massen ergreifen würde, schien den revolutionären Studenten in unmittelbarer Nähe. Für Horkheimer lag es schon jenseits des geschichtlichen Horizonts. Zu sehr war er sich der bloß ornamentalen

Bedeutung tradierter wie avancierter Kunst und Theorie in der spätkapitalistischen Gesellschaft bewußt. Nicht zuletzt deshalb wird er vom Kultur- und Wissenschaftsbetrieb inzwischen wieder konsequent ignoriert. Schon seit Jahren ist sein Name aus den Hochschulseminaren, akademischen Diskursen und Kulturjournalen fast völlig verschwunden. Massenauflagen, die nach eigenem Urteil seine Harmlosigkeit beweisen könnten, werden seine Schriften in absehbarer Zeit nicht wieder erreichen, obwohl sie seit kurzem in einer übersichtlich gegliederten und solide edierten Gesamtausgabe des Fischer-Verlags vorliegen. Dank der umfangreichen und gründlichen Editionsarbeit der Herausgeber Alfred Schmidt und Gunzelin Schmid Noerr konnten auch zahlreiche zu Lebzeiten Horkheimers nicht veröffentlichte Texte aufgenommen werden. Es handelt sich dabei um Frühschriften, Aufzeichnungen, Vorlesungs- und Vortragsskripte, theoretische Abhandlungen, Diskussionsprotokolle des Instituts für Sozialforschung und Briefe. In einleitenden editorischen Notizen wird auf Anlässe, historische Bezüge, unterschiedliche Fassungen etc. der einzelnen Texte verwiesen, und ein umfangreiches Register rundet die Ausgabe ab.

Die Lage ist paradox. Im Maße, wie sich die objektiven Bedingungen der Rezeption der kritischen Theorie verbessert haben, ist das während und nach der Studentenrevolte so virulente Interesse an ihr erlahmt. In den sechziger Jahren, als die *Dialektik der Aufklärung* noch ein Geheimtip für Eingeweihte war und zentrale Horkheimer-Texte wie *Autoritärer Staat* oder *Vernunft und Selbsterhaltung* nicht einmal in Universitätsbibliotheken verfügbar waren und nur als Raubdrucke unter Studenten zirkulierten, hatte die kritische Theorie trotz Horkheimers skeptischer Einschätzung der Studentenproteste eine beachtliche politische Ausstrahlungskraft. Nicht wenige durch die Apo politisierte Studenten wurden durch Horkheimer-Lektüre zum erstenmal mit undogmatischer, parteipolitisch ungebundener marxistischer Theorie konfrontiert und dadurch befähigt, sich vom antikommunistischen Gesinnungsdruck des Kalten Krieges zu emanzipieren. Seit die Neue Linke rückstandslos in den Poren der Gesellschaft versickert ist, wird die kritische Theorie immer mehr zu einem skurrilen Museumsstück, das jedenfalls mehr zum Schreiben seitenstarker Forschungsberichte und zu eitlen Klügeleien als zur tätigen Auseinandersetzung mit der Realität der Klassengesellschaft anstachelt.

Aber gerade dieses praktische Interesse an der Abschaffung vermeidbarer Not und Unterdrückung ist Horkheimers Leitmotiv gewesen. Es schwingt in allen seinen theoretischen Arbeiten mit, selten aber so deutlich wie in einem kleinen Fragment aus der *Dämmerung*, das den gesellschaftlichen Zustand noch immer präzise trifft: *Das kapitalistische System in der heutigen Phase ist die im Weltmaßstab organisierte Ausbeutung. Seine Aufrechterhaltung ist die Bedingung unermeßlicher Leiden. Die Gesellschaft besitzt in Wirklichkeit die menschlichen und technischen Mittel, um das Elend in seiner gröbsten materiellen Form abzuschaffen. Wir wissen von keiner Epoche, in der diese Möglichkeit in solchem Ausmaß wie heute bestanden hätte. Nur die Eigentumsordnung steht ihrer Verwirklichung im Weg, d.h. der Umstand, daß der ungeheure Produktionsapparat der Menschheit im Dienste einer kleinen Ausbeuterschicht funktionieren muß. Die ganze offizielle Nationalökonomie, die Geisteswissenschaften und die Philosophie, Schule, Kirche, Kunst und Presse sehen es als eine Hauptaufgabe an, diesen ungeheuerlichen Tatbestand zu verdecken, zu verkleinern, umzulügen oder zu leugnen.*

In diesen wenigen Sätzen konzentrieren sich die Qualitäten des Horkheimerschen Denkens: die helle, klare Diktion, die nüchterne Auffassung der Tatsachen, der sichere theoretische Zugriff und das bündige, historisch reflektierte Urteil, die Rücksichtslosigkeit der Kritik, die materialistische Insistenz auf dem Glücksanspruch der Individuen. An Marx und die ältere kritische Theorie anknüpfend, hat Horkheimer einen konsequent materialistischen Begriff der dialektischen Negativität entwickelt. Negativ ist der bestehende gesellschaftliche Zustand, weil er die produktiven Kräfte in eine falsche Richtung lenkt, vermeidbares Elend hervorruft und vorhandene Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage vieler Menschen blockiert. Nur durch unversöhnlich negatives Denken kann das Individuum dieser naturwüchsigen, irrationalen Gesellschaft gegenüber standhalten, ihrem integrativen Sog und Konformitätsdruck widerstehen und dadurch am Ziel einer vernünftigen und gerechten Gesellschaft, in letzter Instanz am eigenen Glücksanspruch festhalten.

Die *theoretische Anstrengung, die mit dem Interesse an einer vernünftig organisierten zukünftigen Gesellschaft die gegenwärtige kritisch durchleuchtet*, bedarf mündiger Individuen, die ihr Leben und Denken in bewußtem Widerspruch zur bestehenden Realität organisieren. Horkheimer spricht in diesem Zusammenhang vom *kritischen Verhalten – Es richtet sich nicht bloß auf die Abstellung irgendwelcher Mißstände, diese erscheinen ihm vielmehr notwendig mit der ganzen Einrichtung des Gesellschaftsbaus verknüpft. ... Die Kategorien des Besseren, des Nützlichen, Zweckmäßigen, Produktiven, Wertvollen, wie sie in dieser Ordnung gelten, sind ihm vielmehr selbst verdächtig und keineswegs außerwissenschaftliche Voraussetzungen, mit denen es nichts zu schaffen hat.* Die Gesellschaft wird nicht bloß nach ihrer positiven Seite, wie sie auf der Grundlage bestehender Arbeitsteilung und Klassenunterschiede funktioniert, sondern ebensosehr in ihrer historischen Dimension und damit unter der Perspektive ihrer Negativität und Veränderbarkeit begriffen. Der individuelle Aufstieg zum nützlichen Mitglied im irrationalen Ganzen ist dann nicht mehr das vorherrschende Orientierungsmuster. *Der zwiespältige Charakter des gesellschaftlichen Ganzen in seiner aktuellen Gestalt entwickelt sich bei den Subjekten des kritischen Verhaltens zum bewußten Widerspruch. Indem sie die gegenwärtige Wirtschaftsweise und die gesamte auf ihr begründete Kultur als Produkt menschlicher Arbeit erkennen, als die Organisation, die sich die Menschheit in dieser Epoche gegeben hat und zu der sie fähig war, identifizieren sie sich selbst mit diesem Ganzen und begreifen es als Willen*

und Vernunft; es ist ihre eigene Welt. Zugleich erfahren sie, daß die Gesellschaft außermenschlichen Naturprozessen, bloßen Mechanismen, zu vergleichen ist, weil die auf Kampf und Unterdrückung beruhenden Kulturformen keine Zeugnisse eines einheitlichen selbstbewußten Willens sind; diese Welt ist nicht die ihre, sondern die des Kapitals.

Eine solche dialektische Auffassung der sozialen Wirklichkeit wird den Tatsachen eher gerecht als eine positivistische Soziologie, die sie nur in ihrer Faktizität verabsolutiert und auf Deutung verzichtet. Es ist symptomatisch für die akademische Diskussion der Kritischen Theorie, daß ihr sowohl der Sinn als auch die systematische Bedeutung dessen, was Horkheimer mit *kritischem Verhalten* bezeichnet, verborgen geblieben ist. Es geht um das wache historische Bewußtsein, eine praktisch-intellektuelle Vorstufe jener historischen Subjektivität, die – wenn sie denn die Ausgebeuteten ergriffe – einmal die Losung der »Expropriation der Expropriateurs« erfüllen könnte und die bis heute immerhin die Kraft zur Reflexion, zum Nicht-Mitmachen, zum Widerstand gegen die alltäglichen Gemeinheiten und Unterwerfungsrituale mobilisiert. Freilich kündigt sich in dem sorgfältig gewählten, vom Klassenbewußtsein abgesetzten Begriff des kritischen Verhaltens auch schon der Umschlag der Perspektive an, Rosa Luxemburgs Menetekel vom Rückfall in die Barbarei. Wenn nämlich die Klasse, auf die nach wie vor alles ankommt, sich konformistisch oder auch nur indifferent verhält, das kritische Verhalten sich auf eine kleine Minderheit widerständiger Individuen beschränkt und deshalb gesellschaftlich ohnmächtig bleibt, wird über kurz oder lang selbst der Gedanke an die klassenlose Gesellschaft aus der Welt verschwinden.

Heute sind wir fast so weit. Mit der Liquidierung des Staatssozialismus im Osten und dem Zerfall der sozialistischen Opposition im Westen scheint die One Dimensional World perfekt, der Marxismus historisch widerlegt und die Idee einer kommunistischen Gesellschaft diskreditiert. Wer sich nicht damit abfinden mag, daß der Sinn des Lebens in der Vermehrung vorhandenen Kapitals besteht und zu diesem geheiligten Zweck immer weniger Menschen unter privilegierten Bedingungen ausgebeutet und immer mehr dem Elend preisgegeben und als überflüssige, lästige, subjektlose Fleischbrocken in der Welt herumgestoßen werden; daß also Verwertungsbedingungen, Eigentumsordnung und Arbeitsdisziplin aufrechterhalten und deshalb je nach Bedarf Recht gesprochen, Wahlen abgehalten, Menschenrechte und Kulturgüter verteidigt oder nationalistische Ideologien geschürt, Kriege angezettelt, Terroristen bekämpft, Geheimdienste und Todesschwadronen ausgerüstet werden müssen – kurzum, wer partout nicht einsehen will, daß dies die natürliche und gottgewollte Ordnung der Dinge ist, gegen die sich nun einmal nichts machen läßt, der sieht sich isoliert. Horkheimer kannte sich damit aus. *Das Widerstand leistende Individuum,* das sich der pragmatischen Versuchung, *die Forderungen der Wahrheit und die Irrationalitäten des Daseins zu versöhnen,* widersetzt, *wird ein konfliktreiches Leben führen; es muß bereit sein, das Risiko äußerster Einsamkeit einzugehen.*

Horkheimers Situation in den dreißiger Jahren war nicht weniger verzweifelt als die der heutigen Versprengten, die sich von der *allumspannenden Ratio des längst irrational gewordenen ökonomischen Systems* nicht imponieren lassen. In Deutschland war die kapitalistische Ordnung nach dem verlorenen ersten Weltkrieg und einer Phase virulenter Klassenkämpfe mit Hilfe der Sozialdemokratie kurzfristig stabilisiert worden. Während der globalen und bislang einschneidendsten Wirtschaftskrise wurden die Hoffnungen auf Revolution erneut enttäuscht. Im Gegensatz zu den Erwartungen vieler marxistischer Theoretiker brachte die Krise zwar den Widersinn der kapitalistischen Produktionsweise an den Tag, konnte aber ihr soziales Fundament nicht erschüttern. Die deutsche Bourgeoisie mochte sich den Sozialdemokraten nicht noch einmal anvertrauen und übergab die Regierung den Faschisten. Die proletarischen Organisationen wurden zerschlagen, die bürgerlichen Freiheiten abgeschafft, der nächste Krieg vorbereitet. Und die Aussichten, daß sich in der Sowjetunion noch eine sozialistische Gesellschaft entwickeln würde, schrumpften unter Stalin mit jedem Tag. Auch wenn die Ereignisse für Horkheimer und seine Freunde nicht überraschend kamen, so machten sie ihnen doch drastisch klar, daß sich zwischen dem *Streben nach einem Zustand ohne Ausbeutung und Unterdrückung* und dem tatsächlichen Bewußtsein des Proletariats eine schwarze Wand aufgetürmt hatte.

Wie Horkheimer diese Situation, die durch das persönliche Schicksal der Emigration noch verschärft wurde, nicht nur intellektuell bewältigt, sondern aus ihr eine bemerkenswerte theoretische Produktivität gewonnen hat – das dokumentieren seine Aufsätze in der *Zeitschrift für Sozialforschung*. Sie dürfen als Lehrstück dafür gelten, daß verpaßte historische Chancen, enttäuschte Hoffnungen und die Erfahrung sozialer Ohnmacht nicht zwangsläufig zu gedankenloser Resignation, Konformismus und Renegatentum führen müssen. Deshalb – und natürlich auch wegen ihrer ungebrochenen sachlichen Aktualität – sei ihre Lektüre allen empfohlen, die auf selbständiges Denken nicht verzichten mögen und deren Phantasie noch ausreicht, sich eine bessere als die gegenwärtige Gesellschaft vorzustellen.

Horkheimers Arbeiten sind deshalb so aufschlußreich, weil sie vom Beginn eben der geschichtlichen Periode datieren, deren Ende wir jetzt erleben. Sie reflektieren die seit den Tagen der Klassiker veränderte Situation, den Verlust der Perspektive historischen Fortschritts. Zwar liefert die Kritik der politischen Ökonomie immer noch das angemessene begriffliche Instrumentarium zum Verständnis der spätkapitalistischen Gesellschaft und bildet insofern das Fundament auch der kritischen Theorie. Schon Marx wußte, daß dem dort systematisch dargestellten Bewegungsgesetz des Kapitals keine Kausalmechanik einwohnt, die den Übergang zum Sozialismus von selbst herbeiführt. Die von ihm erwartete Dynamik von Verelendung und Revolution war allerdings ausgeblieben. Der Kapitalismus hatte sich seiner eigenen Krisentendenz

gegenüber flexibler und stabiler gezeigt, als es im 19. Jahrhundert abzusehen war. In den fortgeschrittenen Ländern war es gelungen, das Proletariat weitgehend zu integrieren, und insofern bedurfte die Klassentheorie einer Revision. Schließlich ermöglichte die Film-, Radio- und Fernsehtechnik den Aufbau einer Kultur- und Bewußtseinsindustrie, die der herrschenden Klasse ungeahnte Manipulationsmittel an die Hand gab, deren Auswirkungen auf die Klassendynamik erst noch zu analysieren waren. Um die kritische, die Marxsche, Theorie in ihren zentralen Gehalten, namentlich der Kapital-Analyse, festzuhalten und zugleich der veränderten gesellschaftlichen Lage anzupassen, bedienten sich Horkheimer und seine Mitarbeiter durchaus der Resultate der arbeitsteiligen Fachwissenschaften, besonders der materialistischen Sozialpsychologie.

Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, neuen gesellschaftlichen Entwicklungen theoretisch Rechnung zu tragen, hat Horkheimer später vom *Zeitkern der Wahrheit* gesprochen. Weil dieser Begriff inzwischen immer häufiger die Abgesänge der Renegaten schmückt, die nur das noch für wahr halten, was unmittelbar ihrer Karriere dient, soll daran erinnert werden, daß er für Horkheimer aufs engste mit dem historischen Materialismus verknüpft gewesen ist. *Wenn aus dem Anspruch auf Glück, den das wirkliche Leben bis zum Tode nicht gehalten hat, zuletzt bloß die Hoffnung, aber nicht die Erfüllung hervorgeht, so konnte die Veränderung der das Unglück bedingenden Verhältnisse zum Ziel des materialistischen Denkens werden. Je nach der geschichtlichen Lage gewann dieses Ziel eine andere Gestalt. Angesichts der Entwicklung der Produktivkräfte im Altertum waren auch die materialistischen Philosophen dem Leiden gegenüber auf die Ausbildung innerer Praktiken angewiesen; Seelenruhe ist die Auskunft in einer Not, vor der die äußeren Mittel versagen. Der Materialismus des frühen Bürgertums zielte dagegen auf die Vermehrung der Naturerkenntnis und die Gewinnung neuer Kräfte zur Beherrschung von Natur und Menschen. Das Elend der Gegenwart aber ist an die gesellschaftliche Struktur geknüpft. Darum bildet die Theorie der Gesellschaft den Inhalt des heutigen Materialismus.*

Einen objektiven Bezug zur Zeit hat die materialistische Theorie immer gehabt, auch wenn sie sich erst auf einer späten Stufe ihrer historischen Dimension bewußt geworden ist. Als Theorie der Gesellschaft steht sie selbst in Wechselwirkung zur geschichtlichen Praxis. Wie sie diese im Sinne ihrer eigenen Ziele beeinflussen will, läßt sie sich auch von ihr bestimmen und versucht beständig, neue Phänomene und Tendenzen im Zusammenhang des Ganzen auf ihren Begriff zu bringen. Mit Zugeständnissen an den Relativismus historistischer Prägung oder gar an die wechselnden Moden des Zeitgeistes hat das nichts zu tun. *Die kritische Theorie hat nicht heute den und morgen einen anderen Lehrgehalt. Ihre Änderungen bedingen keinen Umschlag in eine völlig neue Anschauung, solange die Epoche sich nicht ändert.* Der Begriff der Epoche ist aber durch das tragende Produktionsverhältnis, nicht durch kurzfristig historische Bewegungen der politischen Oberfläche oder des kulturellen Gemüts bestimmt. Von einer äußerlichen Einteilung der Geschichte nach Herrscherdynastien, Kriegen und Staatsformen hat Horkheimer ebensowenig gehalten wie von einer innerlichen nach den häufig dumpfen religiösen, moralischen oder ästhetischen Vorstellungen der Zeitgenossen. *Der Faschismus,* schrieb er 1938, *ist nicht wider die bürgerliche Gesellschaft, sondern unter bestimmten historischen Bedingungen ihre konsequente Form.*

Den Anspruch, Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen Gefüge auf die sich durchhaltende epochale Wesensstruktur des Kapitalverhältnisses zu beziehen und überhaupt die Gesellschaft in ihrer Totalität zu erfassen und kritisch mit ihren Möglichkeiten zu konfrontieren, hat er nicht preisgegeben. *Da die Theorie ein einheitliches Ganzes bildet, das nur in der Bezogenheit auf die gegenwärtige Situation seine eigentümliche Bedeutung hat, befindet sie sich in einer Evolution, die freilich ebensowenig ihre Grundlagen aufhebt, wie das Wesen des von ihr reflektierten Gegenstands, der gegenwärtigen Gesellschaft, etwa durch ihre neuesten Umbildungen ein anderes wird.* Heute hat sich im Wissenschaftsbetrieb ein Innovationszwang eingeschliffen, abgelöst von der wirklichen geschichtlichen Bewegung, die zugleich ein Stillstand ist, alle paar Jahre neue Theorien zu produzieren. Diesem Zwang zur Scheinproduktivität, der das ökonomische Bewegungsgesetz eher vollstreckt als reflektiert, ist Horkheimers Auffassung vom *Zeitkern der Wahrheit* diametral entgegengesetzt. Sie basiert darauf, *daß die Theorie einen sich historisch verändernden Gegenstand hat, der bei aller Zerrissenheit doch einer ist. Sie speichert nicht Hypothesen über den Verlauf einzelner Vorkommnisse in der Gesellschaft auf, sondern konstruiert das sich entfaltende Bild des Ganzen, das in die Geschichte einbezogene Existentialurteil. ... Es besagt, in grobem Umriß formuliert, daß die Grundform der historisch gegebenen Warenwirtschaft, auf der die neuere Geschichte beruht, die inneren und äußeren Gegensätze der Epoche in sich schließt, in verschärfter Form immer aufs neue zeitigt und nach einer Periode des Aufstiegs, der Entfaltung menschlicher Kräfte, der Emanzipation des Individuums, nach einer ungeheuren Ausbreitung der menschlichen Macht über die Natur schließlich die weitere Entwicklung hintanhält und die Menschheit einer neuen Barbarei zutreibt.*

Schon früh hat Horkheimer der idealistischen Geschichtsphilosophie abgesagt und mit dem historischen Materialismus den blind naturwüchsigen, von keinem teleologischen Sinn gehaltenen, quasi schicksalhaften Verlauf der wirklichen Geschichte und die darin eingeschlossene *Möglichkeit des Rückfalls in die Barbarei* erkannt. Dem positivistischen Fatalismus ist er allerdings nicht verfallen. *... nur in dem Maße waltet über den menschlichen Ereignissen das Fatum, als es die Gesellschaft nicht vermag, ihre Angelegenheiten in ihrem eigenen Interesse selbstbewußt zu regeln. Wo die Geschichtsphilosophie noch den Gedanken an einen dunklen, aber selbständig und eigenmächtig wirkenden Sinn der Geschichte enthält, den man in*

Schematen, logischen Konstruktionen und Systemen nachzuzeichnen versucht, ist ihr entgegenzuhalten, daß es gerade soviel Sinn und Vernunft auf der Welt gibt, als die Menschen in ihr verwirklichen. Wenn die Vernunft historisch nicht zum Zuge kommt, weil sie zum Instrument kompromißloser Ausbeutung von Mensch und Natur verkümmert, so spricht das vielleicht gegen die idealistische Lehre von der Wirklichkeit des Vernünftigen, mehr aber noch spricht die falsche Praxis gegen sich selber. Jedenfalls widerlegt sie nicht die Theorie, welche das Bewegungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft kritisch enthüllt und damit zugleich die in der historischen Konstellation gelegene Möglichkeit des Besseren aufgezeigt hat. *So einfach ist der Begriff der Bewährung als Kriterium der Wahrheit nicht aufzufassen. Die Wahrheit ist ein Moment der richtigen Praxis; wer sie jedoch unmittelbar mit dem Erfolg identifiziert, überspringt die Geschichte und macht sich zum Apologeten der je herrschenden Wirklichkeit.* Auch die kritische Theorie hat sich in der Praxis zu bewähren, aber im Sinne ihrer Vermittelbarkeit und nicht des unmittelbaren Erfolgs, denn sie enthält schon das Bewußtsein der *unaufhebbaren Differenz von Begriff und Realität.*

Mit Marx teilte Horkheimer die Intention, Motive der idealistischen Philosophie in materialistischer Gesellschaftskritik aufzubewahren und in ausgezeichneten historischen Momenten in eine befreiende Praxis hinüberzuretten. Bei aller Gemeinsamkeit im Grundsätzlichen ergeben sich jedoch aus der genauen Beobachtung des historischen Verlaufs unterschiedliche Akzentsetzungen innerhalb der Theorie. Schon Marx konzentrierte sich nach dem Scheitern der Revolutionen von 1848 immer mehr auf die Kritik der politischen Ökonomie, und Horkheimer ist ihm darin insofern gefolgt, als er die Kapitalanalyse als Zentrum der kritischen Theorie begriff, auf das sich die fachwissenschaftlichen Studien des Instituts für Sozialforschung zu beziehen hatten. Daß die offenbare praktisch-politische Ohnmacht des Proletariats sich durch ausgefeilte Revolutionstheorien überwinden lasse, hat er nicht geglaubt, und Organisationen mißtraute er zeitlebens. Die späteren, von fachphilosophischer Seite unternommenen Versuche, mit Hilfe der Frühschriften aus Marx wieder einen ›richtigen‹ Philosophen zu machen, konnten ihn nicht interessieren. *Die materialistische Dialektik trifft das Gemeine, Schlechte, Zeitgemäße. ... Die Identität von Ideal und Wirklichkeit ist die universale Ausbeutung. Deshalb besteht die Marxsche Wissenschaft in der Kritik der bürgerlichen Ökonomie und nicht im Entwurf einer sozialistischen: den hat Marx Bebel überlassen. Er selbst erklärt die Wirklichkeit an ihrer Ideologie ... . Verhandelt wird über Smith und Ricardo, angeklagt ist die Gesellschaft.*

Gegen die Marxsche Theorie wird heute allgemein eingewandt, sie habe sich in ihren Prognosen nicht bewährt, weil die proletarische Revolution ausgeblieben sei oder jedenfalls nicht zu einer höheren Form der Vergesellschaftung geführt habe, und damit sei auch die Ökonomiekritik erledigt. Die Geschichte des Staatssozialismus habe schließlich den praktischen Beweis erbracht, daß es zur kapitalistischen Gesellschaft keine gerechtere und wirtschaftlich produktivere Alternative gebe. Dabei wird so getan, als habe der Staatssozialismus nur den natürlichen, d.h. an privatem Eigentum und Profit orientierten Lauf der Wirtschaft unterdrückt und die Menschen ihrer Freiheit beraubt. Daß er ihnen trotz der Verwüstungen des deutschen Angriffskrieges und der militärischen Konfrontation im Kalten Krieg jahrzehntelang einen materiellen Standard geboten hat, der nicht nur weit über dem der vogelfreien Massen der Dritten Welt, sondern auch über dem vieler US-Bürger lag, muß das propagandistisch interessierte Urteil geflissentlich übersehen.

Horkheimer hatte den planwirtschaftlichen Versuch in der Sowjetunion anfänglich mit distanzierter Sympathie beobachtet, die sich jedoch in der Phase des stalinistischen Terrors in unversöhnliche Feindschaft verwandelte. Aus der Enttäuschung bestimmter Erwartungen von Marx zog er allerdings theoretische Konsequenzen, die auf dem heutigen Meinungsmarkt nicht mehr angeboten werden. Daß die bürgerliche Ökonomie aufgrund immanenter Gesetze ohne den Willen der beteiligten Individuen, gleichsam von selbst in den Sozialismus übergehen werde, hatte Marx niemals behauptet. Aber er hatte doch die Erwartung ausgesprochen, daß die krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Produktion und die dadurch bedingte Verwandlung der entfesselten Produktivkräfte in ungeheure Destruktivkräfte, die Polarisierung von privatem Reichtum und sozialer Not die Menschen schließlich dazu drängen werde, das Nächstliegende und praktisch Vernünftige zu tun: nämlich den gesamten Wirtschaftsprozeß ihrer gemeinsamen Kontrolle zu unterwerfen, um ihn rationell und solidarisch zu regeln, statt von ihm als einer blinden Macht beherrscht zu werden. Marx hat sich von keinem idealistischen Geschichtsoptimismus leiten lassen, sondern von dem materialistischen Gedanken, daß das wohlverstandene Interesse der Individuen einmal bewußt die Geschicke der Gesellschaft bestimmen kann. Daß dieser Gedanke praktisch gescheitert ist, weil es den Unterdrückten an Willen, Kraft und Verstand gefehlt hat, die Revolution wirklich zu machen, heißt noch lange nicht, daß er auch theoretisch falsch war. Wie die unsachgemäße Bedienung eines elektrischen Geräts kein Argument gegen dessen technische Konzeption und Bedienungsanleitung enthält, so kann eine falsche gesellschaftliche Praxis nicht die Einsicht in die Möglichkeit und Notwendigkeit einer besseren widerlegen.

Freilich hat die Theorie darauf zu reflektieren, wenn die Gesellschaft sich gegen die mit ihr verbundene geschichtliche Konsequenz verhärtet. Horkheimer sah sich durch die Erfahrung des Faschismus genötigt, das Augenmerk auf die ökonomischen Tendenzen, sozialpsychologischen Mechanismen und politischen Manipulationsinstrumente zu lenken, welche die Gesellschaft gegen die aufgeklärte Veränderung immunisieren und sie in ihrer bestehenden Struktur zementieren. Er fand heraus, daß aus den Bewegungsgesetzen des Kapitals die Zentralisation ökonomischer und politischer

Macht und in deren Gefolge wachsende Ohnmacht, Apathie, fast unbegrenzte Anpassungsbereitschaft, autoritätsgebundenes Bewußtsein und Verhalten auf seiten der Beherrschten folgen. Der Kreislauf von Abhängigkeit und Versorgung, die lückenlose Ausfüllung des Lebens mit materieller und kultureller Produktion und Konsumtion bringt den Typus des manipulativen Charakters hervor, der beim Genozid ebenso reibungslos funktioniert wie in der Rüstungsindustrie oder auf dem Parteitag. Den Underdogs wird die Identifikation mit den Schweinereien abverlangt, für die man sie benutzt. Und die Praktiken der Herrschenden unterscheiden sich auch äußerlich immer weniger von denen des organisierten Verbrechens. *Nicht einbrechende Gangster haben in Deutschland die Herrschaft über die Gesellschaft sich angemaßt, sondern die Gesellschaft geht aus ihrem eigenen ökonomischen Prinzip heraus in die Gangsterherrschaft über.*

Gerade die objektive Tendenz deutet eher auf die Kontrolle der Gesellschaft durch die schlagkräftigsten Gangs und Rackets und jedenfalls auf eine Ermattung und Regression der Abhängigen und Unterdrückten als auf die Entwicklung revolutionärer Subjektivität hin, die Horkheimer immer weniger mit der materiellen Lage des Proletariats vermittelbar erschien. Die Verhältnisse in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern begünstigten die Herausbildung autoritärer Staaten und barbarischer Kollektive, die zu Terror und Krieg bereit waren, während der Kampf eines klassenbewußten Proletariats für eine sozialistische Revolution in sehr weite Ferne rückte. *Theorie,* schrieb Horkheimer 1940, *bestimmt wesentlich den Gang des Verhängnisses. ... Der Eintritt von Verhältnissen, die aus dem Begriff abzulesen sind, legt dem Idealisten das Gefühl der Befriedigung, dem historischen Materialisten eher das der Empörung nah. Daß die menschliche Gesellschaft wirklich alle Phasen durchläuft, die als Umschlag des freien und gerechten Tausches in Unfreiheit und Ungerechtigkeit aus seinem eigenen Begriff zu entfalten sind, enttäuscht ihn, wenn es wirklich so kommt.*

Prognostizieren läßt sich nur das, was aus dem Prinzip der bestehenden Gesellschaft folgt. Die geschichtliche Aktion, die das Bestehende transzendiert, entzieht sich dagegen der Prognose, weil sie vom bewußten Willen der Revolutionäre abhängt und insofern einen Schritt einschließt, der den Kreis der Notwendigkeit durchbricht. *Das Rationale ist nie vollständig deduzierbar. Es ist in der geschichtlichen Dialektik überall angelegt als der Bruch mit der Klassengesellschaft.* Je weniger Halt der revolutionäre Wille in der sich zur Racketherrschaft verfestigenden Klassengesellschaft finden konnte, desto mehr legte Horkheimer den Akzent auf den unvermittelten, radikalen Bruch – einen lichten Moment der Unterdrückten, die ganz unerwartet ihre historische Möglichkeit erkennen und ergreifen. *So verstümmelt alle auch sind, in der Spanne eines Augenblicks könnten sie gewahr werden, daß die unter dem Zwang der Herrschaft durchrationalisierte Welt sie von der Selbsterhaltung entbinden könnte, die sie jetzt noch gegeneinanderstellt. Der Terror, der der Vernunft nachhilft, ist zugleich das letzte Mittel, sie aufzuhalten, so nah ist die Wahrheit gekommen.*

Dieser wohl unter dem Einfluß von Walter Benjamin entwickelte Gedanke einer nicht mehr mit der geschichtlichen Situation vermittelten Revolution klingt nach säkularisiertem Messianismus. Dem widerstreitet allerdings Horkheimers Lehre, daß selbst eine siegreiche Revolution der Menschheit nur eine immer verlierbare Chance zur vernünftigen Organisation ihres gesellschaftlichen Zusammenhangs bietet und keineswegs die Erfüllung garantiert. *Die Umwälzung, die der Herrschaft ein Ende macht, reicht so weit wie der Wille der Befreiten. Jede Resignation ist schon der Rückfall in die Vorgeschichte. Nach Auflösung der alten Machtpositionen wird die Gesellschaft entweder ihre Angelegenheiten auf Grund freier Übereinkunft verwalten, oder die Ausbeutung geht weiter. ... Unwiderruflich ist in der Geschichte nur das Schlechte: die ungewordenen Möglichkeiten, das versäumte Glück, die Morde mit und ohne juristische Prozedur, das, was die Herrschaft den Menschen antut. Das andere steht immer in Gefahr.*

Nie wieder hat der revolutionäre Impuls des Horkheimerschen Denkens sich so stark in seinen Schriften niedergeschlagen wie Anfang der vierziger Jahre. Mit der faschistischen Eroberung großer Teile Europas und dem Triumph der stalinistischen Diktatur in der Sowjetunion war die dünne Decke der Zivilisation zerrissen und der Rückfall in Barbarei, vor dem Rosa Luxemburg angesichts des ersten imperialistischen Weltkriegs gewarnt hatte, wirklich geworden. Die epochale Niederlage aller ernstzunehmenden humanen Bestrebungen in diesem Jahrhundert hatte die theoretischen und praktischen Perspektiven verschoben. Im Bewußtsein, daß der Rückfall stattgefunden hatte und der Versuch, sich ihm intellektuell zu stellen, allen künftigen Ansätzen zur gesellschaftlichen Veränderung im Sinne des historischen Materialismus vorangehen muß, schrieb Horkheimer zusammen mit Adorno die *Dialektik der Aufklärung*.

Beiden ging es darum, die praktische Ohnmacht der Aufklärung aus deren eigener Bewegung und im Lichte des materiellen Lebensprozesses der Gesellschaft zu begreifen. Ihre Hauptthesen: Als abstrakte Negation des Mythos schlägt Aufklärung um in die Verewigung mythologischen Bewußtseins. Die technische Beherrschung der Natur, die auf deren eigene Zwecke nicht mehr reflektiert, verlängert sich in die äußere und innere Beherrschung der Menschen und reproduziert ihre Naturverfallenheit auf höherer Stufe. Die *dialektische Verschlingung von Aufklärung und Herrschaft,* das Ineinander von technischem Fortschritt und gesellschaftlicher Regression ist ein Befund, der bei Marx wohl bisweilen angedeutet wird, nun aber ins Zentrum der Theorie rückt.

Vieles, was Horkheimer nach 1950 im Zusammenhang mit der Entwicklung zum integralen Kapitalismus und der Verkürzung der Rationalität auf ihre instrumentelle Dimension geschrieben hat, klingt pessimistisch und resignativ. *Mehr*

und mehr harmoniert, was Sinn des Lebens heißt, mit dem, was ohnehin da ist, die Menschen passen der Wissenschaft, dem Tatsächlichen sich an – selbst in ihrer Sehnsucht. Die Differenz von Individuum und Kollektiv wird überwunden zugunsten des Kollektivs, der Einzelne, der anders ist, verschwindet, wie das Andere verschwindet, das ihm einmal den Gegensatz zur Welt bedeutet hat. Modern man gets rid of his illusions and becomes reasonable, i.e. he accepts and uses his reason as one of his natural organs like his hands and feet, as an instrument. Der Rest ist Schweigen, nein, der Rest ist Nichts.

Der unbedingte Respekt vor den Tatsachen, der einst das Bewußtsein der Menschen von Mythen, Dogmen und Aberglauben befreien konnte, hat sich inzwischen selbst als Mythos entpuppt, der ein angemessenes Verständnis vieler ihr Leben betreffender Tatsachen blockiert. Der Positivismus, der sie nur in ihrer Faktizität verabsolutiert, statt sie im Zusammenhang zu begreifen, ist nicht bloß zur unangefochtenen Weltanschauung, sondern zur politischen Alltagsorientierung, zum way of life fast aller Zeitgenossen geworden. Horkheimer spricht die Pointe dieser Entwicklung an. Wo der Geist mit der Wirklichkeit ganz zusammengeht, da triumphiert er nicht als göttliche Weltvernunft, sondern da ist er am Ende. Ein grimmiger Hohn auf Hegels Geschichtsphilosophie, der nicht nur die bürgerliche Fortschrittsdoktrin desavouiert, sondern auch ihrer historisch-materialistischen Aufhebung einen Knacks gibt. Der Positivismus ist die weltanschauliche Konsequenz einer Gesellschaft, deren Fortschritt ein Stillstand ist – das versteinerte Bewußtsein von Menschen, denen aufgrund ihrer praktischen Unfähigkeit, geschichtlich über ihren Zustand hinauszugehen, auch die theoretische Kraft, ihn intellektuell zu überschreiten, abhanden gekommen ist. *Die immanente Logik der gesellschaftlichen Entwicklung weist auf den Endzustand eines total technisierten Lebens hin. Die Herrschaft der Menschen über die Natur erreicht ein solches Ausmaß, daß der Mangel und damit die Notwendigkeit der Herrschaft von Menschen über Menschen verschwindet. Das Ende jedoch ist zugleich völlige Ernüchterung, das Erlöschen von Geist, soweit er vom Verstand als Werkzeug sich unterschied. Materielle Not war zugleich die Bedingung der Ungerechtigkeit, der Unterdrückung wie der Sehnsucht und der Phantasie. Die Menschengattung erfüllt ihre Bestimmung, indem sie den Status einer besonders geschickten, raffinierten Tierrasse erreicht.*

Auch der Fortbestand der materiellen Not, über deren baldiges Ende Horkheimer sich täuschte, hat Geist und Phantasie nicht retten können. Die düsteren Gedanken des revolutionären Theoretikers sind für die Freunde der herrschenden Ordnung Anlaß genug gewesen, ihn als verlorenen Sohn in den eigenen Reihen willkommen zu heißen. Selbst sein Erst-Herausgeber Brede atmete auf, »der kritische Pessimismus« Horkheimers habe »die Hoffnungen des Marxismus endgültig abgelöst«. Aber solch hausbackene Phaseneinteilungen, mit denen sich besonders auch Jürgen Habermas immer wieder hervortut, können der kritischen Theorie Horkheimers, die sich auch in ihren historischen Bezügen dialektisch aufhebend und nicht in einfacher Sukzession bewegt, nicht gerecht werden. Mit einer Abfolge verschiedener Weltanschauungen hat die kritische Theorie nichts zu tun, und wer Horkheimer in ein solches Schema zu pressen versucht, projiziert nur sein eigenes verdinglichtes Bewußtsein auf ihn.

Im Gegensatz zu den niveaulosen Abgesängen, die prominente Ex-Marxisten ihrem Publikum in den letzten Jahren zugemutet haben, spricht aus Horkheimers Notizen von 1950 bis 1970 eine abgeklärte, reflektierte Resignation. Darin drückt sich die Trauer über die Ohnmacht der historischen Vernunft und den Untergang des Individuums, aber auch jene Ermüdung aus, die sich nach einem langen intellektuellen Kampf mit der Klassengesellschaft einstellt, wenn diese sich immer hermetischer gegen ihren Begriff und erst recht gegen ihre praktische Veränderung abriegelt. Der skeptizistische oder positivistische Fatalismus der Bourgeoisideologen, die ab und zu mit bedauerndem Tiefsinn die Starrheit der Verhältnisse beklagen, mit denen sie im Grunde einverstanden sind, ist Horkheimers Texten ganz fremd. Was dem Leser zunächst nur als Resignation und Abkehr vom Zweck der kritischen Theorie erscheinen mag, ist akkumulierte historische Erfahrung, die auf dem revolutionären Impuls lastet und ihn zu erdrücken droht. In einigen Passagen wird das besonders deutlich. *Wenn die Vorgeschichte zu Ende ist, weil Essen und Wohnen und Kleidung nirgends mehr und für niemanden ein Problem sind, wird dann die höhere, die eigentliche Geschichte beginnen, die Kultur, wie es heißt, oder zeigen die Kinos und Stars in den arrivierten Ländern an, wo es dann hinuntergeht? Ich meine, die Menschheit hat über ihre natürlichen Bedürfnisse nur dann noch sogenannte edlere, wenn jene noch nicht befriedigt sind. Vielleicht habe ich unrecht. ... Der Rückfall scheint das einzige Ziel des Fortschritts zu sein. Doch der Gedanke daran ist ruchlos, solange es noch ein Leid gibt, das durch den Fortschritt behoben werden kann.*

Anders herum wird ein Schuh draus. Weil der von der Kapitalakkumulation getragene Fortschritt so verfaßt ist, daß er, von Schönwetterperioden abgesehen, stets auch das Leid und die Not vergrößert, ist dem Leiden nur durch einen wirklich gesellschaftlichen, über das Kapital hinausgehenden Fortschritt beizukommen. Obwohl Horkheimer am Ende seines Lebens an einen solchen Fortschritt nicht mehr glauben mochte, blieb sein Denken offen, es schnappte nicht ein. Auch sein Pessimismus behielt eine praktische Funktion. Ähnlich wie Günther Anders suchte er die Welt in ihrer Negativität zu begreifen, nicht um seinen privaten Frieden mit ihr zu machen, sondern um durch eine bessere Praxis widerlegt zu werden. Finstere Erwartungen wie die zitierten sprach er aus, damit sie enttäuscht würden. Der revolutionäre Wille hatte sich in die Anstrengung verwandelt, bei allem theoretischen Pessimismus doch einen praktischen Optimismus zu bewahren. *Es ist wahr, ein Einzelner kann den Weltlauf nicht ändern. Aber wenn sein ganzes Leben nicht die wilde Verzweiflung ist, die*

dagegen sich aufbäumt, wird er auch nicht das unendlich kleine, bedeutungslose, eitle, nichtige bißchen Gute zustande bringen, zu dem er als Einzelner fähig ist.

Was spricht heute für eine kritische Theorie, deren praktische Durchschlagskraft in so krassem Mißverhältnis zu ihrem theoretischen Anspruch steht? Unzeitgemäß ist sie immer gewesen, weil sie gegen das falsche Einverständnis ihrer Zeit zum Ausdruck bringt, was geschichtlich an der Zeit ist. Als Marx und Engels im Kommunistischen Manifest zur Revolution aufriefen, standen sie auf ähnlich verlorenem Posten wie sechzig Jahre später Rosa Luxemburg, die in öffentlicher Rede die Arbeiter zum Widerstand gegen die imperialistische Kriegsmaschine bewegen wollte. Für Horkheimer war die Isolation noch sinnfälliger, weil er sich einer proletarischen Partei nie anschließen mochte und die politische Entwicklung in Deutschland ihn zur Flucht zwang. Die unter seiner Regie entstandenen Studien über die gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus wurden in einer Exilzeitschrift publiziert, die von ein paar hundert über die Welt verstreuten Intellektuellen gelesen wurde. Die kritische Theorie *hat keine spezifische Instanz für sich als das mit ihr selbst verknüpfte Interesse an der Aufhebung der Klassenherrschaft. Diese negative Formulierung ist, auf einen abstrakten Ausdruck gebracht, der materialistische Inhalt des idealistischen Begriffs der Vernunft. In einer geschichtlichen Periode wie dieser ist die wahre Theorie nicht so sehr affirmativ als kritisch, ebenso wie das ihr gemäße Handeln auch nicht ›produktiv‹ sein kann. An der Existenz des kritischen Verhaltens, das freilich Elemente der traditionellen Theorien und dieser vergehenden Kultur überhaupt in sich einschließt, hängt heute die Zukunft der Humanität. Eine Wissenschaft, die in eingebildeter Selbständigkeit die Gestaltung der Praxis, der sie dient und zugehört, bloß als ihr Jenseits betrachtet und sich bei der Trennung von Denken und Handeln bescheidet, hat auf die Humanität schon verzichtet. Selbst zu bestimmen, was sie leisten, wozu sie dienen soll, und zwar nicht bloß in einzelnen Stücken, sondern in ihrer Totalität, ist das auszeichnende Merkmal der denkerischen Tätigkeit. Ihre eigene Beschaffenheit treibt sie daher zur geschichtlichen Veränderung.*

Zwischen dieser ungebrochen aktuellen Einsicht Horkheimers und seiner Diagnose der praktischen Ohnmacht aufklärender Theorie liegt ein Widerspruch – freilich keiner, der sich durch logisch sauberes Denken vermeiden ließe, sondern einer, auf den man durch konsequentes Denken gestoßen wird.

* Alle kursiven Passagen sind Zitate von Max Horkheimer

Gerhard Bolte hat über Hegels Staatsbegriff promoviert (»Staatsidee und Naturgeschichte«, zu Klampen Verlag 1991) und lebt in Lüneburg

Konkret 09/92, S. 54

Ingrid Strobl

Wann begann das Grauen?

In einem Dreieinhalbstundenfilm nebst Begleitbuch hat die Filmemacherin Helke Sander ein bislang tabuisiertes Thema zur Sprache gebracht: die Massenvergewaltigung deutscher Frauen durch Rotarmisten 1945. Die Art, in der sie dies tat, ist ein weiteres Beispiel für den atemberaubenden Revisionismus, der hierzulande den Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus und seinen Folgen bestimmt

»Dann kamen drei so russische Soldaten, dem Aussehen nach waren das Mongolen«, sagt eine Frau. Zu hochdramatischer Musik werden Soldaten der Roten Armee in Berlin vorgeführt: feixende Fressen, Kippen im Maul, »mongolisch«, fremd und dazu noch frech. Die Bilder suggerieren, daß diese Russen gerade Berlin anzünden – wo sie auftauchen, brennt es, fallen Häuser in Trümmer. Die Befreiung – eine Zerstörungsorgie. Die Deutschen: Opfer.

Helke Sander, eine der wenigen wirklich beachtenswerten deutschen Filmemacherinnen, hat in einem dreieinhalbstündigen Dokumentarfilm ein Thema zur Sprache gebracht, das bisher von allen Seiten als Tabu gehandelt wurde: die Massenvergewaltigungen durch Rotarmisten in Berlin (und in den ehemaligen Ostgebieten). In zwei Teilen beschäftigt sich der Film zuerst mit den betroffenen, das heißt: vergewaltigten Frauen, im zweiten Teil mit den Kindern, die aus diesen Vergewaltigungen entstanden. Zusätzlich zum Film erschien im Verlag Antje Kunstmann ein Buch mit dem gleichnamigen Titel »BeFreier und Befreite«, herausgegeben von Helke Sander und Barbara Johr.

Barbara Johr zeichnet sowohl im Buch als auch im Film vor allem für die Zahlen verantwortlich. Sie hat, zusammen mit dem Statistiker und »Experten für Bevölkerungsverluste« Gerhard Reichling, versucht, herauszufinden, wie viele Frauen tatsächlich von Soldaten der Roten Armee vergewaltigt worden waren, und wie viele Kinder daraus resultierten. Sie kommt zu folgendem Ergebnis: »Als 1945 über 450.000 Soldaten der Roten Armee in Berlin kämpften, lebten 1,4 Millionen Mädchen und Frauen in der Stadt. Zwischen Frühsommer und Herbst 1945 wurden mindestens 110.000 dieser Mädchen und Frauen von Rotarmisten vergewaltigt. Die meisten Vergewaltigungen, mindestens 100.000, geschahen im April, Mai und Juni 1945.« Aufgrund der darauf folgenden Schwangerschaften (abgerechnet die sehr hohe angenommene Zahl der Abtreibungen) »sind 5% der Kinder, die in Berlin zwischen Ende 1945 und Sommer 1946 geboren wurden«, »Russenkinder«. Tausende Frauen und Mädchen nahmen sich, nach der Statistik von Johr und anderen, das Leben, viele wurden auch von ihren Vätern oder Ehemännern ermordet oder in den Selbstmord getrieben. »Nach Reichling«, so Barbara Johr weiter, »wurden 1,9 Millionen deutsche Frauen und Mädchen während des Vormarsches bis Berlin von Männern der Roten Armee vergewaltigt, davon 1,4 Millionen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten und während der Flucht und Vertreibung, 500.000 in der späteren sowjetischen Besatzungszone«.

Sie haben sich große Mühe gegeben, die Autorin und Regisseurin Helke Sander und ihre Mitarbeiterinnen. Dieser Film wurde gewiß nicht übers Knie gebrochen. Um so fataler ist das Ergebnis. Ob die Autorin das nun so wollte oder nicht (und es ist trotz allem davon auszugehen, daß sie es so wohl nicht wollte) – »die Russen« werden in »BeFreier und Befreite« zu brutalen und tumben Ver-brechern gestempelt, während die Verbrechen der Deutschen relativiert werden.

Die vergewaltigten Frauen kommen unzensiert zu Wort, so daß mit den Berichten über die – realen – Vergewaltigungen gelegentlich auch schiere Ideologie transportiert wird. Das wäre an sich kein Problem, und es ist verständlich, daß die Autorin »ihre« Betroffenen nicht maßregeln will, weder während der Interviews noch am Schnittplatz. (Während sie allerdings die Gespräche mit diesen Frauen – und darin auch sich selbst – bis zum Manierismus stilisiert und inszeniert.) Doch auch unter den Expertinnen und Experten findet sich kaum eine oder einer, die oder der von dem speziellen untersuchten Verbrechen auf den Kontext verweist, in dem es stattfand. Im Gegenteil: Eine von Sanders Expertinnen, mit der sie sich besonders gerne, besonders häufig und besonders liebevoll unterhält, war 1937 Ärztin im Reichsarbeitsdienst. Ein anderer Experte war Wehrmachtsoffizier und darf unwidersprochen seine »Jungs« verteidigen. Der Statistiker, mit dem Sander für diesen Film (und das Buch) gearbeitet hat, wird von Barbara Johr – sicherheitshalber? – so eingeführt: »Schwerpunkt seiner jahrzehntelangen Arbeit waren Vertreibungs- und Wiedereingliederungsvorgänge sowie Kriegsverluste auf internationaler Ebene. Er ist kein Vertriebenenpolitiker.«

Alle dürfen in diesem Film sagen, was sie wollen, die Autorin widerlegt nichts und mischt sich auch in den Gesprächen inhaltlich kaum ein. Das wäre durchaus ein akzeptables Stilmittel – wenn auch andere Stimmen zu Wort kämen. Das geschieht aber nicht. Die fast einzige Ausnahme ist Annette Eckert, die berichtet, daß ihre Mutter »ihren« Rotarmisten geliebt hat, und daß sie selbst auf der Suche nach ihrem Vater ist. Annette Eckert erzählt ruhig und differenziert, ohne die Vergewaltigungen zu verharmlosen oder gar in Frage zu stellen. Doch sie ändert damit nichts an dem Film, in dem ihr letztlich eine Art Feigenblattfunktion zukommt. Was diesen Film so entsetzlich macht, ist seine Blindheit gegenüber allem, was nicht direkt oder unmittelbar mit seinem Gegenstand – den Massenvergewaltigungen an deutschen Frauen zu tun hat.

Daß das angesichts des Themas gar nicht anders möglich sei, ist kein Argument. Helke Sander hat jahrelang recherchiert. Sie ist sogar nach Minsk gefahren, um dort ehemalige Soldatinnen und Soldaten der Roten Armee zu befragen. Dennoch

wird in »BeFreier und Befreite« nie der Gesamtkontext hergestellt. Nie wird in diesem Film ernsthaft auf das eingegangen, was Wehrmacht, SD, SS in der UdSSR angerichtet, was sie an den dortigen Menschen allgemein und – angesichts des Themas – was sie speziell an den Frauen dort verbrochen haben. In dem bereits zitierten Buch zum Film, »BeFreier und Befreite«, ist ein Aufsatz von Ingrid Schmidt-Harzbach abgedruckt, die als einzige den historischen Zusammenhang herstellt, die als einzige auch von Nazi-Propaganda und Rassenwahn spricht, die als einzige einige Aussagen von Experten und Betroffenen widerlegt. Im Film taucht ihre Argumentation nicht mehr auf. Und das liegt ganz offensichtlich nicht daran, daß Ingrid Schmidt-Harzbach vor dessen Fertigstellung gestorben ist.

Männer vergewaltigen Frauen im Frieden wie im Krieg. Alle fünf Minuten wird in der Bundesrepublik eine Frau vergewaltigt. In Kriegszeiten sind Vergewaltigungen patriarchale Norm, und sie dienen der »Befriedigung« der eigenen Truppe wie der Erniedrigung des Feindes. Der Eroberer »schändet« die Frau des Gegners, des Eroberten. Er will damit dessen Eigentum, dessen (angeblich) Heiligstes »beflecken« und ihn so an seinem wundesten Punkt treffen. Die Frau ist das Schlachtfeld, auf dem diese innermännliche Angelegenheit ausgefochten wird. Und, zugleich, das Objekt, an dem der einzelne Vergewaltiger seine Frustration entladen, den vielzitierten »Sexualstau« des Frontsoldaten abreagieren kann.

Es gilt – nicht nur – in Kriegszeiten für die Geschlechter zweierlei Recht und Moral. Männer, die, im von den Deutschen besetzten Frankreich zum Beispiel, zu Verrätern geworden waren, die als Kollaborateure, als Handlanger für den Feind gearbeitet hatten, wurden bestraft, indem man sie verprügelte oder hinrichtete. Frauen, die kollaboriert oder einfach nur mit einem Besatzungssoldaten geschlafen hatten, wurden gezielt entwürdigt. Ihnen wurden die Haare abrasiert, sie wurden mit kahlem Kopf und manchmal sogar nackt durch die johlende Menge getrieben. Das wurde in ganz Frankreich keinem Mann angetan, auch nicht dem übelsten Nazi-Spitzel. Frauen wiederum, die vom Gegner vergewaltigt wurden, werden häufig auch noch von ihrem Mann (oder Vater) verstoßen. Oder, wie Sander in ihrem Film dokumentiert, zum Selbstmord gezwungen oder gleich umgebracht. Sie sind durch die »Feindberührung« wertlos geworden. Auch das ein »Schicksal«, das für Männer undenkbar ist.

Es ist nicht zu leugnen, und es soll auch nicht geleugnet werden, daß Rotarmisten einzeln und/oder in Gruppen Massen von Frauen und Mädchen in den ehemaligen Ostgebieten und in Berlin vergewaltigt haben. Eine Vergewaltigung ist – als solche – eine Vergewaltigung, egal, ob sie von einem Russen, einem Amerikaner, einem Franzosen oder einem Deutschen begangen wird. Aber auch Vergewaltigungen spielen sich in einem bestimmten Kontext ab, und dieser muß dann thematisiert werden, wenn eine bestimmte Gruppe von Vergewaltigern und Vergewaltigten hervorgehoben werden soll.

Der Gesamtzusammenhang, vor dem die Massenvergewaltigungen in Berlin, das heißt also während der Befreiung, zu sehen sind, ist der Zweite Weltkrieg, dessen Ende in Berlin von der Roten Armee (unter schwersten Verlusten) erkämpft wurde. Der Zweite Weltkrieg, den Deutschland als Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen ganz Europa, in seinem brutalsten Ausmaß aber gegen die UdSSR geführt hat. Der Gesamtzusammenhang sind die unzählbaren und unvergleichlichen Greueltaten der Deutschen in den besetzten Ländern, und auch hier wieder speziell in Polen und in der UdSSR. (Von der Shoa, von den Vernichtungslagern soll hier gar nicht erst die Rede sein.) Es geht nicht darum, das, was den deutschen Frauen durch die Vergewaltigungen angetan wurde, zu verharmlosen oder zu relativieren, indem auf die deutschen Verbrechen gegen die sowjetischen Menschen verwiesen wird. Es geht nur darum, zu sagen: Wir erzählen erst einmal die ganze Geschichte, das, was Deutsche, also auch die Männer, Väter und Söhne der später vergewaltigten Frauen, in der UdSSR angerichtet haben, was die Rotarmistinnen und Rotarmisten und ihre Familien erleiden mußten, wieviel Millionen Tote, wieviel verschleppte Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter es gab, wir erzählen vom Generalplan Ost, vom »Kommissar-Befehl«, vom gezielten Verhungernlassen der Kriegsgefangenen, etc. Und vor diesem Hintergrund beleuchten wir jetzt unser Thema, das Unrecht, das von Soldaten der Roten Armee begangen wurde, die Qual, die deutsche Frauen und Mädchen durch Vergewaltigungen erlitten haben.

In dem Film wird aber eben nichts dergleichen gesagt. Im Buch »BeFreier und Befreite« schreibt Ingrid Schmidt-Harzbach in ihrem bereits zitierten Aufsatz: »Eine Woche im April. Berlin 1945«: »Die Listen der Frauen waren vielfältig... schwangere Frauen, die auf ihren Bauch tippten und ›Baby‹ sagten, wurden nicht angerührt.« – Schwangere Frauen in Belorußland wurden von den deutschen Besatzern mit allen anderen in die Scheune getrieben und lebendigen Leibes verbrannt. Jüdischen Frauen wurden die Säuglinge von der SS aus dem Arm gerissen, und dann wurden die Kinder vor den Augen der Mütter so lange mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen, bis nur noch ein Brei aus Blut und Gehirnmasse übrig war. Die Rotarmisten taten im eroberten Deutschland nichts dergleichen. Sie ermordeten keine Säuglinge, sie verbrannten nicht Menschen lebendigen Leibes, sie legten nicht systematisch Dörfer und Städte in Schutt und Asche, sie vernichteten nicht gezielt die Ernte und das Vieh der deutschen Bauern, und so weiter und so fort.

Auch darüber kein Wort in Helke Sanders Dreieinhalbstundenfilm. Statt dessen fügt sich das Grauen der Vergewaltigungen quasi bruchlos ein in den »Horror« der letzten Kriegsmonate, das Elend und die Angst der deutschen Frauen, die im Bombenhagel, in Trümmern leben und hungern mußten, immer in Panik vor »dem Russen«, der vor den Toren stand und dann schließlich auch kam. Nicht einmal fragt die Autorin, wann bei diesen Frauen das Grauen begann, ob schon damals,

als sie in der Wochenschau sahen, was ihre Männer in anderen Ländern anrichteten, ob schon damals, als die jüdischen Nachbarn verschwanden, oder erst als sie selber von Bomben getroffen wurden und nichts mehr zu essen hatten.

Die deutschen Frauen sind in diesem Film ausschließlich Opfer, nicht »nur« der Vergewaltigungen. Was mit den Frauen in den besetzten Ländern geschah, ist dagegen kein Thema. Und wenn, dann wird es auch noch mit einem atemberaubenden Geschichtsrevisionismus behandelt, wie etwa die Wehrmachtsbordelle. Die deutschen Soldaten, so die in dem Film wiederholt geäußerte These, hätten deswegen vergleichsweise wenig vergewaltigt, weil sie so gut mit Bordellen versorgt waren. Dazu Ingrid Schmidt-Harzbach: »Beschlagnahmte deutsche Dokumente, 1946 bei den Nürnberger Prozessen vorgelegt, beweisen, daß von den deutschen Eroberern systematisch vergewaltigt wurde, um Terror zu verbreiten: polnische, jüdische und russische Frauen wurden vergewaltigt und in vielen Fällen grausam ermordet. Hunderte von Frauen und Mädchen wurden erbarmungslos verfolgt, in Wehrmachtsbordelle getrieben und dort zur Zwangsprostitution mißbraucht, zum sog. ›Vergnügungsdienst‹, oft Vorstufe zum administrativen Massenmord. Geschändete jüdische Frauen wurden tätowiert, bzw. erhielten den Stempel ›Feld-Hure‹ – ›Hure für Hitlers Truppen‹. Diese Form der Vergewaltigung, des Zwangsverkehrs, wurde institutionalisiert und technisch-bürokratisch verwaltet. Neben den Wehrmachtsbordellen in den von Deutschen besetzten Gebieten, in denen verhaftete Frauen und Mädchen zur Befriedigung von durchziehenden Soldaten und Offizieren zwangsarbeiten mußten, gab es in den KZs Bordelle für Häftlinge. Neben der sog. Freudenabteilung lag der ›Wissenschafts-Block‹ des Lagers, ›Institut für Hygiene und wissenschaftliche Forschung‹, wo jüdische Frauen und Mädchen wie Tiere in Käfige eingesperrt waren. In brutalster Weise wurde an ihnen herumexperimentiert, Sexualorgane verstümmelt, verschiedene Methoden der Sterilisation ›wissenschaftlich‹ erprobt. Lächeln war Vorschrift beim Vergnügungsdienst. Die Mädchen und Frauen standen unter ständiger Todesangst, eine ›Meldung‹ zu bekommen, wenn der deutsche Herrenmensch nicht zufriedengestellt war.«

Es stellt sich die Frage, warum für Sätze wie diese in dem langen Sanders-Film kein Platz zu finden war? Warum nur Ingrid Schmidt-Harzbach nur im Buch so argumentiert. Statt dessen darf im Film mehr als einmal gesagt werden, die russischen Soldaten seien verhetzt worden, und der Oberhetzer sei Ilja Ehrenburg gewesen. Er habe die Rotarmisten immer wieder aufgefordert: »Haß auf den Feind sollt ihr haben.« Der Mehrheit der Rotarmisten mußte dieser Haß durchaus nicht »künstlich« beigebracht werden – das hatten die Deutschen selber bestens besorgt. Daß aber unwidersprochen auch noch von allen sowjetischen Politikern, Generalstäblern, Politruks und Agitprop-Leuten ausgerechnet der Jude Ilja Ehrenburg als antideutscher Hetzer hervorgehoben wird, erschreckt selbst in diesem Film noch einmal zusätzlich.

Ansonsten wird gerne relativiert. »Russische Frauen von Deutschen vergewaltigt«, sagt die Autorin mit tragischer Stimme aus dem Off, »deutsche Frauen von Russen vergewaltigt, russische Frauen, deutsche Frauen...« Alles dasselbe. Wir sehen »die Straßen Berlins« und hören: »Von Nazis erschossene Deserteure, erschossene Nazis, Selbstmörder...« Im Tode sind sie alle gleich. So, wie auch die Nazis und die Russen letztlich dasselbe waren: »In der Hitlerzeit mußte man auch schon den Mund halten, und dann ging's (so) weiter«, sagt eine Frau, »diese Diktatur oder jene – immer: ›pst‹.« – Es muß ein ›pst‹ gewesen sein, das 20 Millionen sowjetische Menschen ermordet hat. Das ursprüngliche Anliegen der Autorin geht in ihrem Film unter: Sie wollte ja, wie sie mehrfach betont, in erster Linie zeigen, was diese Massenvergewaltigungen für die betroffenen Frauen bedeuteten und welche teils lebenslangen Folgen sie für sie hatten. Das jedoch verschwindet letztlich im Bombast der Inszenierungen und im revanchistischen Ton des gesamten Filmes. Mit »BeFreier und Befreite« schwimmt Helke Sander auf der neuesten deutschen Welle, ob sie das nun will oder nicht.

Helke Sander/Barbara Johr: BeFreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Verlag Antje Kunstmann, München 1992;

BeFreier und Befreite. Krieg – Vergewaltigungen – Kinder. 2 Teile. Regie: Helke Sander, Deutschland 1991/92, 35 mm, zus. 210 Min.

Ingrid Strobl schrieb in KONKRET 5/92 über die Berliner Gedenkstätte»Haus der Wannsee-Konferenz«

Konkret 09/92, S. 57

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Sonntag Mitternacht, 9. August. Heut soll – nach amtlicher Ansage – nördlich vom 51. Breitengrad Sahara zu Gast sein. Aber Grade knapp unter vierzig über Null im Schatten kommen mir zupasse, denn es giebt für meinen kleinen süßen Rappel namens Hamburg-Ammersee im Sattel eines von Verarbeitung und Preis her schlichten Sportrades in selbstverpflichteten 4,0 Tagen nix ermunternderes denn eine Kanonenöferlhitzn und nix verläßlicheres als wie eine von der Geographie garantierte Steigung von Hamburg nahe NormalNull auf Ammersee 550 Meter drüber. Hermann L., der Grundgütige, hat mir aus seinem voluminösen Fundus ein fast wie neues Radsporthoserl geschenkt (eins mit einem aus der Haut der Ziege getriebnen, die Friktionen im Arsch/Sackbereich minimierenden Zwickl drin – dies für Radsportgreenhorns), desgleichen ein rotes Trikot mit Hüfttäschchen, auch einen fast kaum gebrauchten Sattel (mein alter war schwer durchgeritten) hat er mir aufgezogen.

Im KöPi Hoenigs hab ich grad meine Zettel bezahlt, denn Saufschulden sind Ehrenschulden und man weiß bei zehntausend Individualverkehrsgefallenen pro anno ja nie ob – und ich weiß aber immer noch nicht, wie ich das Bagageproblem lösen soll. Doch, jetzt, um sieben in der Früh, weiß ichs, im Kellerverschlag stoß ich auf einen prähistorischen Rucksack mit zirka zehn Litern Rauminhalt, den nehm ich. Leiberl, Zwothose und -socken, den geliebten von Motten und vom vielen Handrauswaschen zerlöcherten Cashmerepullover (für die Höhenlagen), Hygienebeutl, Handtuch, Badhosn, Pearlcorder, Flickzeug, Reifenheber, Fernabfrager, Neunhundert in bar und den anläßlich der Dreharbeiten zur SDR-Serie »Bärenbach« in Schwäbisch Gmünd für 9.95 erstandenen Batteriewecker – rein damit. Die Landkarte obenauf. Mit der S 31 setz ich über die Elbe. In HH-Neugraben steige ich auf. Richtung Heide. Soltau. Bergen. Celle. Und allüberall, an den Tankstellen, in den Wirtsgärten, ein Menschengeschlecht, das unfähig ist, sich klimaadäquat zu kleiden. Sie schwitzen in ihren Säcken wie die Sau und glotzen wie Kälber. Ich aber bin vergnügt und pfeif mir eins. Runter von der B 3 und bißchen übers Land. In Hänigsen am späten Nachmittag ins Freibad, paar Lagen schwimmen, paar Halbe trinken, Brotzeit. Die Sonne sinkt und es sind noch 20 Kilometer bis Hildesheim. Öha, ein doppelbeidoberschenkliger Msklkrmpf. Haut mich aufs Bankett unter einen Alleebaum und heißt mich wie unter Strom sein. Aber es geht nach einer Weile wieder und um zehne bin ich in Hildesheim und bezieh im Gästehaus der Frau Klocke Quartier. 195 Kilometer – reicht.

Nach seichtem Schlaf morgens um sieben auf die B 243 nach Seesen, Northeim, Göttingen, recht hügelig ists und es geht ein Gegenwind, der traurig stimmt. In Sooden-Allendorf ersteh ich Regens wegen einen zitronenfarbnen Überzieher. Eschwege. Fünf Kilometer Stau in beiden Richtungen, denn es hat einen Lastzug geschmissen und das geladne Umzugsgut liegt zersplittert und das Führerhaus ist zerquetscht und am Rande der Rollbahn liegen von blutrotem Blut getränkte Gazerollen und des womöglich schon verstorbnen Truckers Talisman, eine Schießbudenpuppe. In den Abendstunden ist eine schöne Windstille und ich erreiche Bad Hersfeld nach braven 190 Kilometern und beziehe bei Frau Lingg Quartier, nachtmahle reichlich und da ist auch schon die Nacht vorüber und Begonnenes will fort betrieben sein und ich begebe mich auf die B 27 wieder, nach Fulda. Den Aufstieg zur Schwedenschanze (800 m) meide ich, lieber über Bad Brückenau nach Hammelburg, wo mich auch so mancher Zehnprozenter zwackt, aber die fast fünf Kilometer lange Abfahrt ohne Tritt im Vierzigerschnitt entzückt. Bis Karlstadt wellt es sich noch, dann aber gehts bretteben in Begleitung des Mains nach Würzburg rein und raus nach Ochsenfurt und hinauf in die fränkische Höhe, ein übrigens widriges Betthupferl. Im Schwarzen Adler zu Uffenheim ist gut ruhn. 191 Kilometer. Paßt. Nächsten Morgen in Rothenburg/Tauber Gepäckminimierung. Was nicht gebraucht wird – per Post nach Wildenroth. In Feuchtwangen Brotzeit. Weiter nach Dinkelsbühl, Nördlingen. Donauwörth. Noch vierzig Kilometer nach Augsburg. In den Abendstunden rüber nach Mering, Merching und über die abgeerntete Flur rein nach Wildenroth. Ein ritueller Schlußspurt, eine Halbe hell beim Alten Wirt. 211 Kilometer, fertig ist die Laube: 787 Endstand.

Intressant an so einem kleinen süßen Rappel ist ja, daß man während demselben weder Zeitung liest noch fern schaut geschweige sich schwächt. An Musiken geht einem ohne daß man sie auch nur im geringsten abstellen kann folgendes durch den Kopf: Besame mucho, Hej Jude, Drunt in der greana Au, sowie Beim Bergarbeiterball beim Bergarbeiterball beim Bergarbeiterball in Bitterfeld tanzt die ganze Welt für ihr gutes Geld ins Wochenend hinühüber – (aus Hacks' »Sorgen und die Macht«). Selbstverständlich findet bis auf die Wahrnehmung der Notreife der Eichen, deren Früchte in Masse leicht einen Sturz herbeiführen können, keinsterlei Naturschönheitsbeobachtung statt. Schließlich: die Tour stand unterm Stern Monique's (einer brillanten SchutzheiligIn!).

(Vgl. auch »Tour de KONKRET«, KONKRET 9/84)

Konkret 09/92, S. 58

Jens Hoffmann

Ship of Fools

Erinnerung an den 1981 verstorbenen Schriftsteller Nelson Algren, »dem es gelungen ist, zu beschreiben, wie jene ausdruckslosen Gesichter zustandegekommen sind, die man in den Städten sehen kann«

»Herrje!« rief ich aus, »ist denn hier eine neue Welt?« – »Mir ist sie just nicht neu«, versetzte er, »aber man sagt, es soll außer dieser noch eine andere geben mit Sonne, Mond und allerhand sonstigen schönen Sachen, doch diese hier ist älter.« Franois Rabelais

Vergessen Sie Hemingways schillernde Forellenbäuche. Lassen Sie Paul Bowles ruhig weiter im Nicht-Sein rumstochern. Bringen Sie endlich Sartres Prosagemurkse zum Altpapiercontainer. Tun Sie es, wenn nötig »Nausée, mon Dieu, nausée«-zischelnd, aber tun Sie es! Falls Sie Glück haben, finden Sie danach eines von Nelson Algrens Büchern. Vielleicht den Roman Nacht ohne Morgen oder die Erzählungen Das letzte Karussell (beide Titel werden derzeit bei Zweitausendeins verramscht). Und sollten Sie Algrens Der Mann mit dem goldenen Arm sehen und kein Geld dabei haben, so verdrängen Sie den Tag Ihrer Konfirmation plündern Sie die nächstbeste wehrlose Oma aus oder sammeln Sie Pfandflaschen. Aber lassen Sie dieses Buch nicht stehen. Gehen Sie nicht vorbei! Oder gehören Sie zu den Leuten, die den raren, seltsamen Schönheiten der Städte keinen Blick mehr zuwerfen? Dann sind Sie leider schon tot und haben es nicht mal gemerkt.

Am 28. März 1909 wird Nelson Algren Abraham als Sohn schwedisch-deutsch-jüdischer Einwanderer in Detroit geboren. Er macht seinen Universitätsabschluß und schlägt sich als Kaffeeverkäufer, Tankstellenteilhaber und Wanderarbeiter durch die Wirtschaftskrise. Anfang der 30er Jahre beginnt er mit dem Schreiben und sitzt 1933 für vier Monate im Knast, weil sie auch in den kleinsten texanischen Käffern sehr genau auf Leute achten, die sich Schreibmaschinen greifen und das Bezahlen vergessen. 1945, nach vier Jahren Kriegsdienst in Wales, Deutschland, Frankreich, läßt er seinen Namen auf Nelson Algren kürzen und zieht in eine □Rat Alley□ genannte Ecke Chicagos, um konzentriert schreiben zu können. Die Ratten soll er mit Konservenblech und Nägeln bekämpft haben. Bereits 1942 war sein Roman Nacht ohne Morgen erschienen, aber ohne großen Erfolg. Der kam 1949 mit Der Mann mit dem goldenen Arm, einem Buch, für das man durchaus ein Dutzend Wellensittiche verbrennen lassen darf, wenns mal hart kommen sollte. Zwei Jahre zuvor hatte Algren Simone de Beauvoir kennengelernt. Sie schrieb dann später eine Menge Papier mit ihren gemeinsamen Erlebnissen voll, was Algren, als Küsse nurmehr das waren, was man sich beim Gehen auf die Haut presst, mit Worten wie »Will she never quit talking?« kommentierte. Aber er befestigte weiterhin sorgfältig Erinnerungsschnipsel an seiner Beauvoir-Pinnwand. Sie trug seinen Ring, obwohl sie ihn mal als »labil, düster und sogar neurotisch« bezeichnete, was nebenbei wohl der einzige gute Witz war, den Madame je niederschrieb. Und sogar neurotisch!

Algren machte trotzdem weiter. 1951: Chicago: A City On The Make, ein Werk, das nicht zur Vergrößerung seines Bekanntenkreises beitrug; 1956: Walk On The Wild Side; 1965: Notes From A Sea Diary, ein Buch zu Hemingway; 1973: The Last Carussell; schließlich 1981 sein Roman The Devil□s Stocking (dt. Calhoun – Geschichte eines Verbrechens), der erst 1983 in den USA publiziert wurde. Die Zeit des Erfolgs war längst vorbei. Daran änderten auch Sartres und Beauvoirs Algren-Übersetzungen nichts. Jealous Widow, sein Rennpferd, hatte bereits den Besitzer gewechselt. Wenige Tage bevor Algren am 9. Mai 1981 an einem Herzinfarkt starb, erfuhr er, daß er in die American Academy of Arts and Letters aufgenommen worden war. Er muß sich wie ein kleines Kind gefreut haben und schlug prompt den Rat seines Arztes aus, sich prophylaktisch ins Krankenhaus zu begeben. Er wollte feiern und trinken. Doch zu der geplanten Feier kam es nicht mehr. Der erste Partygast fand Algrens Leiche. Die bereitgestellten Flaschen blieben ungeöffnet. Als Algren unter der Erde war, sollte ein Straßenabschnitt in Chicago nach ihm benannt werden. Aber das verhinderten einige Anwohner, die Komplikationen bei der Postzustellung befürchteten. Heute scheint Algren in den USA etwa so bekannt zu sein wie Joseph Roth in Hieflau an der Ems. Soll heißen: Keine belesene Wüstenviper kratzt seinen Namen in den Sand.

Was hat Algren getan, daß an ihn, einen längst Vergessenen, erinnert wird? Das einzige, das man von einem Autor fordern muß und was Isaak Babel in sieben Worten zusammenfaßte: »Einfach erzählen. Beschreiben – die Menschen, die Luft.«

Daß dieses »Einfach erzählen« keine Arbeit ist, die mal so nebenbei erledigt werden kann, läßt sich an Algrens frühen, nicht so starken Texten ablesen. Nacht ohne Morgen beispielsweise, die Geschichte des siebzehnjährigen Boxers Bruno Lefty Bicek, krankt daran, daß der Autor seinen Figuren noch zu oft dazwischenquasselt. Falsch verstandenes Engagement für die gestalteten Personen führt dort zu allerlei Peinlichkeiten. Die Eckensteher und kleinen Ganoven des polnischen Viertels von Chicago werden nicht nur als solche beschrieben, sondern überflüssigerweise auch noch ständig als arme Schlucker bezeichnet. Algren kann sich die sozialen Kommentare nicht verkneifen. Er unterschätzt den Leser, dem nicht tausendmal vorbuchstabiert werden muß, daß Automatenknacker, Hühnerdiebe und Käufer altbackenen Brotes nicht wie Clark Gable angezogen sind oder wie Lillian Gish aussehen. Aber daß Bicek sich nach dem warmen Mutterschoß sehnt, daß seine Freundin Steffi Rostenkowski als Kind alles Spielzeug mit ihrem großen Bruder teilen mußte, soll Sie nicht

davon abhalten, diesen Roman zu lesen. Sie würden sonst nämlich nichts von der schrumpligen Puffmutter Mama Tomek erfahren, die erst zu erzählen beginnt, wenn sie ihre fünf Bahnen Heroin geschnupft hat. Oder von Snipes, dem kleinen Juden, der sich vor Ratten und Männern fürchtet, der alle Frauen Sarah nennt und seine letzten Kröten auf Pferde verwettet, »die so ausgebrannt waren wie die Asche, die er auf die Straße trug«. Sie würden nichts von dieser seltsamen Stille hören, »wenn die Jukebox nicht spielte«. Nichts von dem schwarzen Angeklagten, der den Schuß auf einen Polizisten mit »Er oder ich« kommentiert, aber nicht fassen kann, daß ihn seine eigenen Leute verpfiffen haben. Nichts von Knothole Chmura, dem Songtextverkäufer vom Viadukt, der den Entgegenkommenden einen Strick in die Hand drückt und ihnen »Da. Geh und häng dich damit auf« zurauzt. Nein, in Algrens Büchern bekommt niemand Blumen. Denn – »die Welt war ein Irrenhaus, in dem alle gute Manieren hatten«.

Es ist merkwürdig; da sitzt man und hält Boxer, die dafür bezahlt werden, sich gegenseitig die Fressen zu polieren, für lächerlich, bescheuert und uninteressant. Aber Algren bringt es fertig, sie so zu beschreiben, daß man genau versteht, was Lefty Bicek meint, wenn er in der Pause seines letzten Kampfes schnauft: »Jab. Alles auf der Welt ist ein Ziel. Jab.« Bicek wird am Ende vom Autor auf den Elektrischen Stuhl geschickt.

Algrens herausragendes Werk ist Der Mann mit dem goldenen Arm. Eine Geschichte, wie sie ein rissiger Großstadtblock erzählen könnte, wenn er sprechen würde. Ein Wohnblock, in dessen Keller die enttäuschte Hoffnung junger Frauen und Männer wie feuchtes Holz vor sich hin schimmelt. Frankie Machine, der Junkie und Kartengeber, schleppt seine Hoffnungsration in Form eines zerschrammten Übungsschlagzeugs mit sich herum. Jedesmal, wenn der garantiert letzte Morphiumschuß im Zimmer mit den Wänden »wie Wasser« sirrend verhallt ist, spricht er von der Mitgliedskarte des Musikerverbandes, mit der alles anders würde. Doch dann hockt er wieder in Schwiefkas Pokerzimmer, nimmt, solang die Hände ruhig bleiben, die hibbeligen Zocker aus, hetzt, wenn der Affe auf seinen Schultern zu schwer wird, zu Louie, dem besten Stößer der Gegend, und fleht: »Warm. Mach mich warm.« In einer der Wohnungen, wo immer Kessel mit siedendem Öl bereit stehen, die sich alte Liebespaare abwechselnd über die Schädel gießen, sitzt seine Frau Sophie, gelähmt seit dem von Frankie verschuldeten Autounfall, wartet auf ein Wunder oder die Klapsmühle und blättert in ihrem Sammelalbum Tödlicher Unfälle, während das Radio spielt: »Weder Text noch Melodie waren zu unterscheiden, nur ein dumpfes rhythmisches Dröhnen, zu dessen Takt man zwanghaft die Finger bewegen mußte, als zupfe man endlos Fäden aus.« »Die wollen sich ja gernhaben, aber sie wissen halt nicht, wie«, sagt □Schließer□ Schwatzki, der Hausmeister, über die Mieter. Sein 21jähriger Sohn Peter pflanzt pausenlos Papierblumen hinter den Tapeten des Treppenhauses. Die einzige Figur des Romans, in dem ein beleuchteter Straßenbahnwagen als »kostbare Ladung Licht« bezeichnet wird, die für so etwas wie Hoffnung steht, ist die zwanzigjährige Molly Novotny, die in der schmuddligen Oase der Gegend Bier ausschenkt und »tatsächlich« rot wird, als sie vor Frankies Augen zwei Finger befeuchtet und auf ihre Brüste legt. »Das machen die Girls im Safari«, sagte sie halb entschuldigend. »Aber ich tu die Freier nur zu Drinks animieren.« Später wird Frankie diese zarte Geste auf der Bühne eines Stripschuppens wiedererkennen, wo das Publikum dem schwarzen Clown seine paar Groschen vor die Füße wirft und eine Tänzerin mit flackernden Glühbirnen auf der Haut über die Bühne stakst. Molly ist es schließlich, die Frankies »kaputtes Herz« zusammenflickt, die ihn während des Entzuges einsperrt und vor der Polizei versteckt, die den Junkie wegen Mordes an Stößer Louie sucht. Irgendwann wollen die beiden ein anderes Leben führen. □Irgendwann□, das klingt hier so unfaßbar wie □Ewigkeit□. Denn Frankie Machine weiß längst, daß er den richtigen Dreh nicht mehr kriegt.

Ob Algren ein □linker□ Autor war, ist uninteressant. Daß er das große Zittern bekam, als er hörte, daß sein Name Anfang der 50er Jahre auf der schwarzen Liste des FBI stand, ist höchstens von biographischer Bedeutung. Wichtig sind Algrens Bücher, weil es ihm in seinen besten Geschichten gelungen ist, zu beschreiben, wie jene harten oder ausdruckslosen Gesichter zustande gekommen sind, die man in den Städten sehen kann. Er zeigt Leute, die sich listig wehren und vergißt dabei nicht die, die sich aufgegeben haben; die verpfuschten Existenzen mit dem schleppenden Gang und die »hysterischen kleinen Bündel von Möglichkeiten, die nie Wirklichkeit werden konnten«.

An einer Stelle von Nacht ohne Morgen schreibt Algren über die Menschen von Chicago: »...sie schmiedeten alle die gleichen Fluchtpläne, wiederholten dieselben Songs, um sich die Zeit zu vertreiben, und dachten sich denselben unaufrichtigen Tratsch aus; wie Häftlinge, die jahrelang in derselben Zelle hausten. Alle saßen wegen der gleichen Sache, und alle fühlten sich aufs Kreuz gelegt. Jeder war reingerasselt, und keiner würde auf Bewährung freikommen.«

Freiheit auf Bewährung ist keine Freiheit. Und damit sind wir wieder in der Gegenwart.

Bis auf die von Zweitausendeins verramschten Titel ist kein Werk von Algren in deutscher Sprache lieferbar. Die Originalausgaben können über die Versandbuchhandlung Missing Link, Westerstr. 118, 28 Bremen bezogen werden

Jens Hoffmann stellte in KONKRET 7/92 Bücher von Gérard de Nerval und Wiglaf Droste vor

Konkret 09/92, S. 60

Karlheinz Deschner

Mit Gott und den Faschisten II

Das römische Papsttum – durch Kriege und Betrug groß geworden, durch Kriege und Betrug groß geblieben – war beträchtlich am Ausbruch des Ersten Weltkriegs beteiligt, vor allem durch Pius X., der nach dem Zweiten Weltkrieg heiliggesprochen wurde; eine Ehre, mit der jeder besonders belastete Papst rechnen darf.

Der Nachfolger des hl. Pius, Benedikt XV., vom Klatsch (nicht der bösen Welt, sondern) der Kurienkardinäle des Giftmords an einem Konkurrenten bezichtigt, lebt als der große Friedenspapst fort, der im Ersten Weltkrieg durch ergreifende Friedensappelle erbaut hat. Doch während dieser Papst den sich zerfleischenden christlichen Nationen seine schönen biblischen Sprüche zurief, Frieden, Versöhnung, Liebe, zeichnete er selbst für eine Militärseelsorge verantwortlich, die den katholischen Soldaten (und so ist es ja heute noch) das gegenseitige Abmurksen als höchste Pflichterfüllung befahl.

Täglich erschossen, erstachen, erwürgten, verbrannten und vergasten sich so sechs- bis siebentausend Menschen – mit einem Umsatz der Rüstungsindustrie von 100.000, einem Reingewinn von 60.000 Mark pro Stück. Zuletzt zählte man etwa 10 Millionen Tote, dazu 20 Millionen Verwundete und Krüppel sowie 7 Millionen, die verhungert sind. Mit Wissen der obersten deutschen Behörden hatte die deutsche Rüstungsindustrie auch während des Krieges die Feindstaaten beliefert, gelegentlich nur etwa halb so teuer wie die eigene Heeresverwaltung. Einer dieser Doppelverdiener war die Firma von August Thyssen, die dann auch Hitler finanzierte. Wie schrieb der große Schriftsteller und Satiriker Karl Kraus? »Es handelt sich in diesem Krieg.« Jawohl, es handelte sich gut in diesem Krieg, den der französische Klerus als einen »von Gott beauftragten Sendboten« bejubelte, die katholischen deutschen Hirten als »heilige Zeit«, »Gnadenzeit« feierten, als »Wiederaufbau von Gottes Reich«, als den »Krieg, der dem Herrn gefällt«. Und während Feldbischof Michael von Faulhaber, später leidenschaftlicher Parteigänger Hitlers, noch die »Kanonen des Krieges« als »Sprachrohre der rufenden Gnade« verherrlichte, verklärten französische Kleriker selbst den Schützengraben zur »Grotte von Gethsemane«, das Schlachtfeld zu »Golgatha«, den Augenblick des Schlachtens zur »göttlichen Minute«.

»Gegen den Priester«, sagt Friedrich Nietzsche, »hat man nicht Gründe, man hat das Zuchthaus«. Und richtig erkannte er: »Die Priester haben immer den Krieg nötig gehabt.« Gestand doch schon im 5. Jahrhundert der Kirchenvater Theodoret: »Die geschichtlichen Tatsachen lehren, daß uns der Krieg größeren Nutzen bringt als der Friede.« Um dieselbe Zeit erklärte der Zyniker und Heilige Augustinus: »Was hat man denn gegen den Krieg? Etwa daß Menschen, die doch einmal sterben müssen, dabei umkommen?«

Der »Friedenspapst« Benedikt XV. verblich 1922, zwei neue Friedenspäpste folgten. Zunächst kam, nach dem 14. Wahlgang, Kardinal Ratti als Pius XI. Und mit seiner intensiven Hilfe – Regierungsprogramm: »Friede Christi im Reich Christi« (wohlgemerkt: nicht auf Erden überhaupt, denn der Friede Christi richtet sich ja gewöhnlich gegen die übrige Welt) – kamen Mussolini, Franco, Hitler.

Zwar hatte Mussolini, Autor von »Es gibt keinen Gott« und »Die Mätresse des Kardinals«, noch 1920 religiöse Menschen krank genannt, auf die Dogmen gespuckt und sich mit Pfaffenbeschimpfungen geschmückt »wie mit einem duftenden Blumenkranz«. Doch schon 1921 rühmte er Vatikan und Katholizismus derart, daß Kardinal Ratti, ein Jahr vor seiner Papstwahl, ausrief: »Mussolini macht schnelle Fortschritte und wird mit elementarer Kraft alles niederringen, was ihm in den Weg kommt. Mussolini ist ein wundervoller Mann. Hören Sie mich? Ein wundervoller Mann!«

Papst und Duce kamen aus Mailand. Ratti wurde hier Kardinal, Mussolini gründete hier seinen ersten faschistischen Kampfbund. Beide haßten Kommunisten, Sozialisten, Liberale. Ja, beide sahen noch in Sozialdemokratie und Rationalismus Spielarten des Kommunismus. Beide propagierten ein billiges, auf Massenfang bedachtes Schwarz-Weiß-System, worin es bloß Gute und Böse gab, Licht oder Finsternis.

Pius XI., »zum Befehlen geboren«, und der Duce, »der immer recht hat«, regierten selbstherrlich, kompromißfeindlich. Das Volk hatte zu denken, was seine Führer dachten, und zu vollbringen, was seine Führer wollten. Der »Große Rat« des Faschismus war offensichtlich eine Nachahmung des sogenannten »Heiligen Kollegiums«, die faschistische Partei wurde nach dem Muster der »Katholischen Aktion« aufgebaut, von Pius XI. 1922 gegründet, auch die Nachfolge des Duce ähnlich geregelt wie die des Papstes.

Beide, Mussolini und Ratti, hatten, von beiden bezeugt, schon vor dem »Marsch auf Rom« (28. Oktober 1922) verhandelt, jener massenwirksamen, aber überflüssigen Farce von 40.000 Schwarzhemden, denn Mussolini war vom König bereits mit der Bildung der Regierung beauftragt, bevor seine Anhänger Rom erreichten. »Es sind die Vorherbestimmten, die uns fehlen, um den – ausgerechnet – Frieden zu bringen«, bekannte Pius XI. im Sommer 1923 und rühmte den Faschistenführer: »Für Italien hat Gott einen solchen Mann erweckt... er allein hat erfaßt, was sein Land benötigt.«

Da nämlich Mussolini – im Gegensatz zum früheren liberalen Regime Italiens – Presse- und Versammlungsfreiheit aufhob, da er die Kruzifixe in die Schulen zurückbringen, den Religionsunterricht wiedereinführen, da er anstelle von Kant Texte des Augustinus und des Thomas von Aquin setzen, da er die katholische Familienpolitik fördern, beschlagnahmte Kirchen und Klöster zurückgeben, da er die staatlichen Subventionen für kirchliche Bauten erhöhen und die staatlichen Zuschüsse an den Klerus erhöhen ließ, wurde klar: Mussolini war von Gott gesandt.

Und in der Tat. Kaum hatte der einstige Antiklerikale und Atheist, der nun bald vor versammelten Faschisten zur Madonna beten konnte, der bei seinem ersten Auftritt vor den Abgeordneten der Kammer »Gottes Beistand« anrief wie keiner seiner Vorgänger im Regierungsamt seit 1870 mehr, kaum hatte Mussolini gleich sechs katholische Geistliche in sein erstes Kabinett geholt, da beglich er auch die »Rechnung auf dem Gebiet des Höheren und Höchsten«, wie der »Bayrische Kurier« es feinsinnig nannte: Er beglich nämlich die Schulden der »Banco di Roma«, der Hausbank zahlreicher katholischer Organisationen, mit engen Verflechtungen zum riesigen Netz katholischer Raiffeisenbanken, er bewahrte damit ein Geldinstitut vor dem unmittelbaren Bankrott, dem auch die Kurie selbst und mehrere ihrer Hierarchen hohe Summen anvertraut hatten (und dem zeitweise Ernesto Pacelli, der Onkel des nächsten Papstes, präsidierte).

Die 1,5 Milliarden Lire, mit denen Mussolini so großzügig einsprang, um »katastrophale Folgen« für den italienischen Katholizismus zu verhindern, stammten, versteht sich, aus der Staatskasse, weshalb Kardinal Vanutelli, Dekan des »Heiligen Kollegiums«, erklärte, Mussolini sei auserwählt »zur Rettung der Nation und zur Wiederherstellung ihres Glückes«.

Diesen Text hat Karlheinz Deschner am 9. August im Rahmen seiner TV-Sendereihe zur Politik der Päpste im 20. Jahrhundert vorgetragen. Diese Sendereihe wird von Kanal 4 auf der Frequenz von RTLplus vierwöchentlich ausgestrahlt. Nächste Folge: 13. September, 24 Uhr.

Konkret 09/92, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Ein Fernsehreporter, es könnte der im Studio gezogene Fuchswallach Armin unter Günter Baschenbügel gewesen sein, kommentierte den Abgang einer deutschen Dressurreiterin mit den Worten:

Ihr Ritt war noch makelloser.

Einen schöneren Komparativ des Absoluten habe ich nicht gehört, seit unsere Freundin Kuddel einen Glaubenssatz der katholischen Kirche Marias fleckenlose Empfängnis genannt hat.

Dreißig Jahre nachdem der Historiker Fritz Fischer die Geschichte des Ersten Weltkriegs, in den alle hineingeschliddert seien, als Deutschlands »Griff nach der Weltmacht« richtiggestellt hat, schreibt der »FAZ«-Redakteur Günther Gillessen:

Die Schüsse in Sarajevo vor 78 Jahren fielen in die europäische Staatengesellschaft wie in einen Haufen Zunder. Es lag daran, daß alle großen Mächte Europas auf dem Balkan entweder Partei waren, wie Österreich-Ungarn und Rußland, oder glaubten, derentwegen Partei ergreifen zu müssen, wie Deutschland, Frankreich und England. Jede der großen Mächte glaubte, der andern mit gutem Grund mißtrauen zu müssen. Keine ergriff die Initiative zur Erneuerung des europäischen Systems. Keine wollte den großen Krieg, aber keine stemmte sich der Gefahr entschlossen entgegen. »Wir sind alle hineingeschliddert«, war später eine der hilflosen und beschämenden Auskünfte bei der Ursachen-Erforschung.

78 Jahre später haben Serben den Sender Sarajevo überfallen. Dabei wollte Gillessen nicht untätig zusehen. Seit Montag, 10. August, 4.45 Uhr, wird zurückgelogen.

Am nämlichen Tag wurde die Freie und Hansestadt Hamburg nach langem schwerem Leiden von ihrem Mäzen Kurt A. Körber erlöst. Der kurz und schmerzlos Verstorbene, stinkreich geworden durch Produktion und Verkauf von Zigarettenfiltermaschinen, hatte es geliebt, mit dem Steuergeld, das er durch die Einrichtung von Stiftungen dem Finanzamt entziehen konnte, das Kulturleben des Landes, bestehend aus Komponisten, Dirigenten, Intendanten, Malern, Architekten, Senatoren etc. jenem Spießergeschmack zu unterwerfen, den er mit seinem Freund, einem orgelnden Altbundeskanzler, teilte. Journalisten und Professoren aber buchte er für seinen Bergedorfer Schwätzerkreis gleich schockweise, und noch um seine Bahre wedelten sie dankbar mit den Extremitäten:

Wer ihn kannte, wird seine lebhaften, leuchtenden Augen nie vergessen. Er war ein Mann schöpferischer Widersprüche, in einem ungewöhnlichen Maße ganz er selbst, von niemandem abhängig und immer auf der Suche nach dem öffentlichen Nutzen. Zwischen dem Unternehmer und dem Philanthropen gab es vielerlei Verbindungen. »Industrie« war ihm im Vorvätersinne Antriebskraft. Er war ein pragmatischer Idealist. Mit ihm verliert das Land einen Mann von schöpferischer Ungeduld und rastlosem Gemeinsinn.

Professor Michael Stürmer heißt der Krambambuli, der im Feuilleton der »FAZ« gedankenverloren sein totes Herrchen krault. Ob er je wieder ein so lebhaftes, leuchtendes, nützliches, pragmatisches, ideales und spendables finden wird?

Die »Welt« muß vom Umweltgipfel in Rio berichten:

Allerdings zählte der ergraute Revolutionär Fidel Castro zu den Stars der Mammutschau. Wo immer er auftauchte, umschwärmten ihn Reporterscharen. »Fidel-Fidel«-Rufe erklangen. Und er zeigte, daß er nach wie vor feurige Reden halten kann, selbst wenn sie kurz geraten, wie diesmal (viereinhalb Minuten). »Möge der Hunger verschwinden, nicht die Menschheit«, rief er in die Gipfelrunde. »Die ökologischen Schulden sollen bezahlt werden, nicht die Auslandsschulden.« Die Industrieländer »mit ihrem auf Konsum basierenden Entwicklungsmodell« würden dem Ökosystem den größten Schaden zufügen. Der bärtige Uniformträger bekam den stärksten Beifall. Kanzler Kohl fiel auf, daß besonders jene Regierungschefs klatschten, in deren Ländern das jährliche Durchschnittseinkommen bei 500 Dollar oder darunter liegt.

Das hat er aber sehr fein beobachtet. Und woran unser Kanzler wohl erkannt hat, welche Regierungschefs aus Ländern kamen, deren jährliches Durchschnittseinkommen bei 500 Dollar oder darunter liegt? Daran, daß sie so aussahen, als können man aus einem Hosenbein unseres Kanzlers für jeden von ihnen vier Anzüge machen?

In der »Frankfurter Rundschau« erklärt eine Vera Lumpe zur Europameisterschaftszeit ziemlich unbescheiden, warum sie gegen Fußball sei:

Weil ich Männerbeine in Kniestrümpfen häßlich finde. Weil Libido und Libero gar keine Gemeinsamkeiten haben.

Von Libuda weiß sie nichts.

Weil ich gegen Helden bin, die gar keine sind. Weil während eines Fußballspiels kein Mann auf der Straße ist, der mich beschützen kann.

Nämlich vor den Helden mit den häßlichen Beinen, die während eines Fußballspiels leider auch nicht auf der Straße sind.

Ein postmoderner Dichter erobert den Leitartikel der »FAZ«:

Das ist neu: Der Außenminister zeigt, daß er ein Mensch ist, mit starkem Willen, mit Schwächen und Gefühlen. Kinkel ist Kinkel, und das um so mehr, solange er noch seinen Platz finden muß. Zuflucht vor allerlei Zwängen findet er bei sich selbst.

A rose is a rose is a Kinkel und a Kinkel um so mehr, solange er sich in sich und durch sich und mit sich bei sich sucht. Wenn der Poet, er heißt vorne bei sich ebenfalls Claus (und hinten Gennrich), nicht Heinrich Kleists nächsten Klagenfurter Büchnerpreis bekommt, könnt ihr ihn auch gleich dem Rathenow oder der Herta Müller geben.

Ein Münchner Verlag kündigt ein Buch an, dessen Autor Christian Zeiler, er »ist im Management eines mittelständischen Unternehmens in Nordhessen« tätig, »festgefügte Grundüberzeugungen des Feminismus in Frage stellt« und zwar so:

Die Frau am Scheideweg: Weiter in der feministischen Sackgasse oder zurück zur Liebe?

Also wenn ich die Frau wäre und so gefragt würde, zöge ich den feministischen Weg zur Scheide entschieden jener Gasse der Liebe vor, die geradewegs zu einem Sack wie diesem Zeiler führt.

Die Schlagzeile der »Hamburger Morgenpost« am 18. August lautete:

Nach Todesschuß auf Lehrerin – Kinder wollen nicht zurück in die Mord-Klasse

Es heißt, daß Alkoholismus und Magenkrebs bei Journalisten, also den Herstellern solcher Zeilen, besonders häufig auftreten. Ist das kein Trost?

Wie ein Setzer der »Frankfurter Allgemeinen« einmal ein Zeichen setzte:

Schönhuber beteuert vor Journalisten, er leite keine »Asylpartei«. In seiner Rede jedenfalls bemüht er, sich den Eindruck zu verwischen, den Protestwählern zuliebe spezialisiere er sich auf die Gebiete Asyl und Innere Sicherheit.

Schönhuber hatte den Eindruck, er sei ein Nazi. Er hat sich diesen Eindruck verwischt.

Wenn aber alle Kolumnenschnüre reißen, geschieht es, daß auch der Herausgeber Reißmüller Mensch wird:

Viel bedrückender ist, daß so viele Tschechen sich heute noch an einer vergangenen Barbarei festklammern. Doch die jungen Generationen des tschechischen Volkes lösen sich davon und mißbilligen die Vertreibung. Längst haben die katholischen Bischöfe der Tschechoslowakei widersagt. Außenminister Dienstbier hat unlängst im Fernsehen mit klaren Worten daran erinnert, daß im Mai 1945 auf dem Prager Wenzelsplatz Deutsche mit Benzin übergossen und angezündet wurden. Dazu gehörte Mut.

Sehr wahr. Wie groß die Gefahr war, daß die Deutschen zurückkämen, um ihre braunen Kameraden zu rächen, und katholische Dienstbiermänner ihnen dabei für ein Trinkgeld zur Hand gingen, sieht man ja.